Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

Anlagen zu L[amprecht]s Klageschrift

[betreffend die Auseinandersetzung Karl Lamprechts mit Georg von Below, 1893/1894]

Professor Georg von Below's "Detailpolemik"

Hoeniger, Robert

Berlin, 1892

urn:nbn:de:hbz:5:1-157103

Visual Library

Juli 1892 13.

Professor Georg von Below's „Detailpolemik."

Ein Nachwort zu dessen Arbeiten

über

städtische Verfassungsgeschichte

von

R. Hoeniger.

Berlin 1892
Hermann Walther
Walther & Apolants Verlagsbuchhandlung.

Professor Georg von Below's „Detailpolemik."

Ein Nachwort zu dessen Arbeiten

über

städtische Verfassungsgeschichte

von

R. Hoeniger.



Berlin 1892
Hermann Walther
Walther & Apolants Verlagsbuchhandlung.

Was ich im Nachstehenden den Fachgenossen vorzutragen habe, ist wenig erquicklichen Inhalts. Nur mit tiefem Widerwillen bin ich an die Arbeit gegangen. Jahrelang habe ich zu den Angriffen des Herrn v. Below geschwiegen. Wenn ich mich endlich zu einer öffentlichen Aussprache entschlossen habe und mich dabei zu Erörterungen gedrängt sehe, die meinem persönlichen Geschmack sehr wenig entsprechen, so erwarte ich, daß dieser Akt der Notwehr als solcher anerkannt wird.

Zur Begründung meiner Auffassung der städtischen Verfassungsentwickelung ist in der vorliegenden Schrift sachlich nichts Neues beigebracht. Es konnte nicht meine Absicht sein, an dieser Stelle wissenschaftliche Streitfragen zum Austrag zu bringen. Wohl aber hoffe ich, der Zustimmung zu begegnen, daß das Verhalten des Mannes, mit dem diese Zeilen sich beschäftigen, den Anforderungen des Standes, dem wir anzugehören die Ehre haben, nicht entspricht.

Berlin, im Juli 1892.

R. H.

Die Arbeiten G. v. Below's zur Verfassungsgeschichte der deutschen Städte.

Seit einigen Jahren hat v. Below in rascher Folge eine Reihe von Beiträgen zur städtischen Verfassungsgeschichte veröffentlicht.

Sein erster Aufsatz „Zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung" erschien 1887 in der Historischen Zeitschrift (Bd. 58 S. 193–244). v. Below unternahm in demselben nicht mehr und nicht weniger, als so ziemlich alles, was bisher zu dieser Frage geäußert war, als verfehlt zu erklären. Mit wegwerfender Geringschätzung sprach er fast durchweg von denen, die vor ihm auf diesem Gebiete thätig waren. Rückhaltlose Zustimmung für fremde Geistesarbeit fand er in der Regel nur da, wo er ein tadelndes Votum entdeckte, das er gegen einen Dritten auszuspielen vermochte.*)

Vor allem aber glaubte er (S. 194):

„für seine Ausführungen ein Verdienst jedenfalls beanspruchen zu können: Die Herrschaft der Ideen, unter deren Bann die Forschungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung seit nunmehr siebzig Jahren stehen, definitiv beseitigt zu haben."

In einer Rezension, die kurz darauf das Litterarische Centralblatt aus seiner Feder brachte, deutete er zart eine Einteilung der Forschungen über städtische Verfassungsgeschichte in zwei Perioden an. Den großen Wendepunkt bildet das Erscheinen seiner erwähnten Abhandlung.**)

---

*) v. Below a. a. O. S. 194 Anm. 1: „Ich stehe vollständig auf dem Standpunkt Hegels, welcher in dieser Zeitschrift 2, 457 über Nitzsch das Urtheil gefällt hat: „Wir müssen auf das entschiedenste Verwahrung einlegen gegen eine Behandlungsweise der Geschichte . . . . . ."

Ebendaselbst S. 226 Anm. 3: „Soweit Stieda gegen Schmoller polemisirt, stimme ich ihm vollkommen bei. Seine eigenen positiven Aufstellungen dagegen sind mir teilweise nicht verständlich."

**) Litterar. Centr.-Bl. 1887. Sp. 1062 (Besprechung von Stephan, Verfassungsgeschichte der Stadt Mühlhausen i. Th. 1886). „Ref. hat kürzlich an anderem Ort nachzuweisen gesucht, daß die bisherigen Forschungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung nicht den rechten Weg eingeschlagen haben; daß die Untersuchung nur bei einer veränderten Fragestellung gefördert werden kann. Wenn er den dort gewonnenen Maßstab an die vorliegende Schrift anlegen wollte, so würde er sich fast in jeder Beziehung zu derselben in Widerspuch zu setzen haben. Dies wäre jedoch unbillig, da Stephans Buch früher als des Ref. Abhandlung erschienen ist. Referent beschränkt sich deshalb darauf, festzustellen, ob der Verf. auf die von den älteren Forschern gegebenen Anregungen genügend eingegangen ist."

Es folgten rasch hintereinander ein zweiter Aufsatz in der Historischen Zeitschrift (1888 Bd. 59 S. 193—247), ein Buch: Die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde, Düsseldorf 1889, sowie eine Reihe einschlägiger Rezensionen.

Unzweifelhaft erregten die Veröffentlichungen ein gewisses Aufsehen. Der kecke Ton, den der Verfasser zum Teil in den Spalten der vornehmsten Fachzeitschriften anschlug, fand hier einen weithin hallenden Resonanzboden. Klarheit des Ausdrucks und Schärfe der Gedankenführung waren unverkennbare Vorzüge seiner Arbeiten. Wer nicht gerade unmittelbar von der mitunter sehr eigentümlichen „Detailpolemik" des Verfassers berührt wurde, wer vollends nicht selbst mitten in diesen Spezialstudien stand, konnte leicht meinen, in den zuversichtlich vorgetragenen Urteilen ein heilsam reinigendes Gewitter erkennen zu dürfen. v. B. lenkte überdies in der Folge wenigstens etwas ein. Eine größere Anzahl namhafter Forscher erwähnte er fortan mit gebührender Achtung, selbst mit verbindlicher Anerkennung. Seine heftigsten Angriffe konzentrierten sich mehr und mehr auf einen engeren Kreis, etwa: Nitzsch, Schmoller, Lamprecht und einige jüngere „Wirtschaftshistoriker".

Es wurden Urteile laut, die Herrn v. B. in vollstem Umfange zuerkannten, was dieser für sich selbst „in Anspruch nahm", oder die doch mindestens seinen Scharfsinn, sein Verdienst um eine nachhaltige Anregung der Diskussion und um eine Klärung der Begriffe betonten. Die wenigen Stimmen, die sich mit Entschiedenheit nicht nur gegen die Ergebnisse v. B.'s, sondern mehr noch gegen die anmaßende Art des Verfassers und gegen gewisse parlamentarisch schwer zu bezeichnende Praktiken desselben erhoben, verhallten.

Nur die Grundauffassung v. B.'s stieß auf einen ziemlich einmütigen Widerspruch. v. B. vertritt in modifizierter Form die Theorie v. Maurers, derzufolge die Stadtverfassung aus der Verfassung der Landgemeinde herzuleiten ist. Die jüngsten Untersuchungen namhafter Forscher, so verschiedenartig auch Gang und Ergebnisse im Einzelnen sind, stimmen in der Ablehnung dieser Grundauffassung überein.

Ihnen gegenüber unternimmt v. B. in einem kürzlich erschienenen Buche: Der Ursprung der deutschen Stadtverfassung, Düsseldorf 1892, seine Position zu halten.

Die neueren Arbeiten erscheinen ihm in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ihrer Stellungnahme zu der von ihm vertretenen Theorie. In sorgfältiger Abwägung von Zustimmung und Widerspruch findet er, daß die meisten gerade an dieser „Anstoß nehmen" und „ihr eine ganz andere, die Marktrechtstheorie gegenüberstellen."

v. B. Stadtverf. S. 3: „Ich bekenne nun gern, allen diesen Untersuchungen, denen, die sich für mich, wie denen, die sich gegen mich ausgesprochen haben, für reiche Belehrung dankbar zu sein. Allein von der Unrichtigkeit meiner These bin ich nicht überzeugt worden."

Als seine beachtenswertesten Gegner hebt er Gothein, Schulte, Schröder, Sohm hervor. Er erkennt Einzelnes von ihren Ergebnissen dankbar an, ihr Hauptverdienst aber würdigt er an der bei ihm persönlich erzielten Folgewirkung:

v. B. Stadtverf. S. IX. „Der Widerspruch, zu dem gerade ihre Behauptungen mich reizten, hat mich erst dahin geführt, manchen Fragen näher nachzugehen. Es ist nie vergebliche Arbeit, wenn eine Untersuchung mit Energie in Angriff genommen wird. Schädlich ist stets nur die Oberflächlichkeit. Und so dienen denn auch die gründlichen Erörterungen jener Forscher, wenngleich ihr positives Resultat oft nicht die Probe besteht, dazu, uns der Erkenntnis näher zu bringen. Meinerseits muß ich wenigstens gestehen, daß ich es zum größten Teile ihnen verdanke, wenn ich jetzt z. B. Bestimmteres über die Verhältnisse des Bürgerrechts festzustellen vermag,

wenn ich ferner zu einer richtigen Anschauung von der Bedeutung des Marktes für die mittelalterliche Stadt gelangt zu sein glaube, dieselbe jetzt noch geringer anschlage, als ich es früher gethan.

Also das direkte Gegenteil ihrer Absicht haben „die gründlichen Erörterungen jener Forscher" erreicht — wenigstens bei Herrn v. B.

Meine Absicht ist es nicht, an dieser Stelle in eine sachliche Erörterung der in Frage stehenden Probleme einzutreten. Ich habe die Aeußerungen v. B.'s nur aus dem Grunde mit einiger Breite wiederholt, weil sie für die wissenschaftliche Selbsteinschätzung des Verfassers das beredtste Zeugnis ablegen, und weil ohne Kenntnißnahme derselben die nachfolgenden Auseinandersetzungen schwer verständlich wären.

Die ältere städtische Verfassungsgeschichte ist ein Forschungsgebiet, auf dem bei der Lückenhaftigkeit der Ueberlieferung wohl immer verschiedene Ergebnisse möglich bleiben werden. Wenn ich meinerseits glauben möchte, daß wir in der letzten Zeit einer Verständigung erheblich näher gekommen sind, die allerdings nicht mit der Grundauffassung v. B.'s in Uebereinstimmung steht, so bleibt es doch sein gutes Recht, seine wie immer geartete Sondermeinung zu verteidigen. Daß er es in ungeziemender Sprache thut, ist gewiß bedauerlich, aber leider kein Unikum in den Annalen der Gelehrtengeschichte. Das Gleiche gilt von seinem stark entwickelten Selbstgefühl. An sich ist beides Sache des Temperaments und des Geschmacks und sachlich um so bedeutungsloser, je weniger in wissenschaftlichen Fragen eine dauernde Irreführung des fachmännischen Urteils zu gewärtigen ist.

Das, wogegen ich hier Verwahrung einlege, ist ernsterer Art. Es ist: die Verquickung rein persönlicher Rücksichten mit sachlichen Fragen, und weiter: die systematische Anwendung von Mitteln in der wissenschaftlichen Debatte, über deren Unzulässigkeit auch nicht der leiseste Zweifel denkbar ist.

Jedes Raisonnement darüber halte ich für überflüssig. Ich habe nur den Nachweis zu erbringen.

Forscher und „Erfinder".

v. B's neuestes Buch beginnt mit einer Aufzählung seiner eigenen Abhandlungen. Dann bemerkt er, daß „seitdem" eine „große Fülle von der Mehrzahl nach höchst verdienstlichen Monographien zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung" erschienen ist.

Zwei Anmerkungen begleiten den Text. In der ersten zitiert er die eingehenderen Besprechungen seiner „Stadtgemeinde". Dabei ist Köhnes besonders eingehende aber — abfällige Kritik unerwähnt geblieben.*)

Die zweite Anmerkung registriert in längerer Titelreihe einige dreißig der neueren Veröffentlichungen.

Es ist nur anzuerkennen, daß v. B. auch die mehr abseits liegende Litteratur, Doktordissertationen, Gymnasialprogramme und Abhandlungen aus lokalgeschichtlichen Zeitschriften der Beachtung würdigt. Um so befremdlicher aber erscheint es, daß eine Reihe von Arbeiten fehlt, deren Kenntnisnahme gleichfalls für weitere Kreise nicht ohne Wert sein dürfte. Ich ergänze die Liste, ohne meinerseits Vollständigkeit anzustreben, und trage lediglich einige Titel nach, deren Fehlen mir besonders aufgefallen ist:

v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. II. Leipzig 1891.

Koehne, Der Ursprung der Stadtverfassung in Worms, Speier und Mainz. (Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte herausgegeben von Gierke, Heft 31.) Breslau 1890.

Lamprecht, Ursprung des Bürgertums und des städtischen Lebens in Deutschland. (Histor. Ztschr. 67. S. 385—424.)

Liesegang, Zur Verfassungsgeschichte der Stadt Köln, vornehmlich im 12. und 13. Jahrhundert. (Ztschr. der Savigny-Stiftung. (Germ.-Abteilung) XI S. 1—61.)

— Recht und Verfassung von Rees. (Ergänzungsheft 6 der Westdeutschen Zeitschrift, herausgegeben von Lamprecht.)

— Die Kaufmannsgilde von Stendal. (Forschungen zur brand. und preuß. Gesch. III 1—57.)

— Zur Verfassungsgeschichte von Magdeburg und Salzwedel. (Ebendaselbst III S. 329—397.)

v. B. bemerkt allerdings, daß er nicht ein vollständiges Verzeichnis der in Betracht kommenden Arbeiten zu geben beabsichtige. Ich habe mich vergeblich bemüht, einen sachlichen Gesichtspunkt für seine Auswahl zu entdecken. Daß er wie Böcke und Schafe die Arbeiten nach ihrem Werte geschieden hätte, läge am nächsten, und wir erfahren, wie ich schon hier verraten

*) Vgl. unten S. 15, Nr. V.

will, zur Genüge, daß gerade die von mir vermißten Untersuchungen nach Ansicht v. B.'s einen lediglich negativen Wert haben. Aber dieses Prinzip kann das entscheidende nicht gewesen sein, denn er führt in seiner Liste ein Buch, über das er gleichfalls vernichtend aburteilt, mit vollem Titel an.*)

Was sonst aber hat den Ausschlag gegeben? Ich finde schließlich nur einen plausiblen Grund, der ihn bestimmt haben kann.

Bereits aus den eingangs zitierten Aeußerungen tritt zu Tage, wie nach der Vorstellung v. B's die Forschungen auf dem Gebiete, das er mit so überlegenem Urteil zu beherrschen vermeint, in erster Linie nach ihrem Verhältnis zu seinem „Ich" sich gruppieren.

Verschiedene Titel sind als „Separatabdruck" zitiert. Die Arbeiten verdanken also die Erwähnung möglicherweise nur dem zufälligen Umstande, daß die Verfasser sie Herrn v. B. übersandten. Sodann fällt Stephan, Verfassungsgeschichte der Reichsstadt Mühlhausen i. Th., in der Liste auf. Die betreffende Schrift ist bereits 1886 erschienen, gehört also gar nicht hierher, wo doch — um im Sinne v. B.'s zu sprechen — nur die Leistungen der neuen Epoche zu mustern waren. Obendrein ist nach v. B's Urteil**) die Schrift ziemlich belanglos. Vielleicht hat nur der Wunsch, eine eigene zweite***) Rezension des Buches in Erinnerung zu bringen, zur Aufnahme des Titels geführt. Bei fünf weiteren Titeln hat v. B. gleichfalls auf eigene Besprechungen hinzuweisen für gut befunden und zum Schluß noch eine längere Serie von Rezensionen aus seiner Feder zusammengestellt.

Wie hier ersichtlich eine beneidenswerte Selbstschätzung eingewirkt hat, so finde ich auch für das Fehlen der von mir vermißten Arbeiten nur persönliche und nicht sachliche Motive.

Doch davon später.

Herr v B. wird zunächst mit vernehmlicher Stimme einwenden, daß ich ihm schnödes Unrecht thue. Er wird den glänzenden Beweis erbringen, daß er die von mir vermißten Schriften gekannt und genannt hat, wenn auch gebührendermaßen an anderer Stelle, als unter den Arbeiten redlicher Forscher, denen er sich zu Dank verpflichtet fühlt.

Ich will Herrn v. B. die Mühe sparen. Er mag selbst das Wort führen:†)

v. B. Stadtverf. XI ff. „Ich bemerkte vorhin, daß ein großes Interesse die zahlreichen neuen Studien zur Verfassungsgeschichte der deutschen Städte hervorgerufen hat. Freilich läßt sich ein solches Motiv nicht bei allen neueren Arbeiten erkennen. Bei manchen Schriftstellern ist es offenbar nur Eingebung des Zufalls, daß sie gerade über Verfassungsgeschichte schreiben. Denn man darf ein wirkliches Interesse für verfassungsgeschichtliche Untersuchungen doch nur bei denen voraussetzen, welche über ein gewisses Unterscheidungsvermögen verfügen, welche Freude an juristischen Distinktionen besitzen. Es giebt aber manche, welche sich, ohne dieser Voraussetzung zu genügen, an verfassungsgeschichtlichen Problemen versuchen, welche ohne Jurisprudenz die Verfassungsgeschichte darstellen zu können glauben, welche mit Petrarka stolz auf die Platt-

*) Kuntze, Die deutschen Städtegründungen. Leipzig 1891; v. B. bemerkt über die Schrift (S. X Anm. 1): „Es ist doch etwas stark, daß jemand neuerdings die Ansicht von dem römischen Ursprung der deutschen Stadtverfassung wieder aufgenommen hat, ohne, wie es scheint, auch nur eine Ahnung davon zu haben, was Hegel in seiner Geschichte der italienischen Stadtverfassung darüber geschrieben."

**) Vergl. oben S. 1, Anm. 2.

***) Es gehört zu den Gepflogenheiten des Herrn von B., dieselbe Schrift an mehreren Orten zugleich zu rezensieren. Das öffentliche Urteil wird auf diese Weise mit bestem Erfolg von ihm monopolisiert.

†) Die Anmerkungen v. B's füge ich im folgenden in Klammer dem Text ein.

heit der Legisten herabzusehen scheinen. Und wie sie hierin mehr die Anlage zum Dichter beweisen, so bemerkt man diese auch daran, daß sie angebliche Thatsachen vollkommen frei erfinden, eine Kraft der zügellosesten Phantasie zeigen, der gegenüber ich mich in meinem nüchternen juristisch-historischen Geiste tief beschämt fühle. Man könnte diese Schriftsteller bereits zu dem ihnen winkenden Dichterlorbeer beglückwünschen, wenn nicht leider mit dem Mangel an Unterscheidungsgabe bei ihnen gar zu oft eine gewisse Geschmacklosigkeit der Darstellung gepaart aufträte. (Ein echter Typus dieser Art von Arbeiten ist der unten im Anhang besprochene Aufsatz Lamprechts. Ich habe ihn so aufgefaßt, als ob es sich um eine ernst gemeinte wissenschaftliche Arbeit handelt. Vielleicht täusche ich mich. Vielleicht soll es nur eine „historische Skizze" sein, die den Uebergang zu einem von Lamprecht vorbereiteten großen historischen Roman, etwa: „Dietgund, die Tochter des Aldermanns der Groninger Muttergilde" bildet. In diesem Falle bitte ich für mein Mißverständniß um Verzeihung. Lamprecht hat nun daneben — wenigstens bisher — doch auch viel wissenschaftlich brauchbare Arbeiten geliefert. Andere aber pflegen hauptsächlich nur jene antijuristisch- antihistorische Schriftstellerei. So z. B. Liesegang. An Verschwommenheit und Weitschweifigkeit übertreffen dessen Aufsätze alles, was mir jemals bekannt geworden ist . . . . . Von Unterscheidungsvermögen besitzt L. nicht den leisesten Anflug . . . . . wie man aus den Mittheilungen von Hegel (Städte und Gilden II S. 331 Anm. 2) und Jacob, Handelsartikel der Araber, (2. Aufl. S. 71 ff.), denen sich noch manches andere beifügen ließe, ersieht, bevorzugt jener Jüngling mit den poetischen Neigungen im Kampfe des Lebens gewisse sehr unpoetische Kampfmittel . . . .

Der wissenschaftliche Wert der Abhandlungen solcher der Jurisprudenz ebenso wie der Geschichtswissenschaft feindlich gegenüberstehenden Schriftsteller ist selbstverständlich ein äußerst geringer. Hegel (II S. 484) sagt darüber, nachdem er von einigen jener „Erfindungen" gesprochen: „Es ist dies nur ein Beispiel von mehreren, welches zeigt auf welche Weise hier die Verfassungsgeschichte in den Rahmen subjektiver Anschauungen und Kombinationen eingefügt, das Thatsächliche verdunkelt und verwirrt wird. Von dieser Manier der Geschichtsbehandlung in der jüngeren Schule, bei der die reine und unbefangene Auffassung der historischen Ueberlieferung verloren geht und bloße Einbildungen an deren Stelle gesetzt werden, ist ernstlich zu warnen: Die geschichtliche Erkenntnis wird dadurch „nur wenig gefördert, weit mehr aber gehindert." An diesen Worten, die nur zu sehr das richtige treffen, habe ich lediglich das auszusetzen, daß Hegel hier von einer „Schule" — er meint die von K. W. Nitzsch — spricht. Es scheint mir, daß jenen „Erfindern" gerade die sichere Methode, die feste Direktive, die bestimmten Tendenzen fehlen, wie sie in einer „Schule" — mag das Haupt derselben auch Falsches lehren — gewonnen werden: eben nur von der Eingebung des Zufalls lassen jene sich leiten. Das Charakteristische scheint mir bei ihnen zu sein, daß sie der Schule zu früh enteilt sind. Gewiß ist Nitzsch einer ihrer Väter. Gewiß sind dessen Ansichten grundverkehrt. Indessen wie wohl den meisten von ihnen jede persönliche Beziehung zu ihm fehlt, so ist er auch für ihre Uebertreibungen nur theilweise verantwortlich zu machen. (Die Hoeniger, Jastrow, Koehne, Liesegang können dem Andenken von Nitzsch keinen schlechteren Dienst erweisen, als wenn sie gerade ihn in ihren Arbeiten immer von neuem loben. Es entsteht dadurch der Verdacht, das Nitzsch für ihre pseudowissenschaftlichen Leistungen verantwortlich ist. Die panegyrischen Ergüsse jener Schriftsteller haben Nitzsch schon unendlich geschadet!) Von solchen Ungeheuerlichkeiten, wie sie neuerdings Hoeniger, Koehne, Liesegang und soeben Lamprecht erfunden haben, hat er sich immerhin ferngehalten. — —"

Ohne diesem Erguß ein Wort hinzuzufügen, begnüge ich mich, die Leistung tiefer zu hängen.

Nun weiß der Leser, wie v. B. sich mit den Koehne, Lamprecht und Liesegang abfindet.

Aber was sollen Jastrow und ich in der Reihe? Und wo bleibt v. Inama-Sternegg? Ich habe „neuerdings", d. h. doch hier sinngemäß: seit dem Erscheinen von Below's epochemachendem Aufsatz, zur Sache, abgesehen von wenigen kurzen Bücherbesprechungen, nichts veröffentlicht. Allenfalls könnte v. B. sich bei mir mit einem Schein von Recht auf einige Urkundenpublikationen berufen. Von Jastrow aber liegt überhaupt keine einzige, streng diesem Forschungsgebiete angehörige Arbeit vor. Er hat wohl hie und da die in Frage

kommenden Probleme gestreift, aber im wesentlichen doch lediglich als Berichterstatter.

Des Rätsels Lösung liegt auch hier wieder auf dem Boden rein persönlicher Momente. Die Hoeniger, Jastrow, Lamprecht, Liesegang, Koehne, die „Erfinder", Schriftsteller und verunglückten Poeten haben eines gemeinsam: Sie alle sind schuldig des crimen laesae majestatis — gegen Herrn v. Below.

Herr v. B. wird die „Insinuation" eines derartigen ursächlichen Zusammenhanges „mit Entrüstung zurückweisen", wie er das bereits zweimal gethan hat. Unzweifelhaft beruht der Gegensatz v. B.'s gegen Männer wie Nitzsch, Schmoller, Lamprecht im tiefsten Grunde auf einer Divergenz der gesamten Veranlagung und Geistesrichtung, wie das z. T. auch bei einem oder dem andern der übrigen zutreffen mag, die er in erster Linie bekämpft. Aber das reicht zur Erklärung seiner Stellungnahme gegenüber den fünf Genannten nicht aus. Herr v. B. erwähnt einmal,*) daß er sich über Jastrow bereits „in derselben ungünstigen Weise" zu einer Zeit geäußert hätte, als J. noch nie Gelegenheit gehabt hatte, eine unliebsame Bemerkung über ihn (v. B.) zu machen. Der objektive Thatbestand eines Vorsprungs in abfälliger Kritik ist richtig. Aber das beweist im gegebenen Falle wenig; Herr v. B. hat in seinen ersten Arbeiten so ziemlich für jeden ein absprechendes Wort zur Verfügung. Seiner weiteren Angabe, auf die mehr ankommt: „ in derselben ungünstigen Weise" ist einfach entgegenzuhalten, daß v. B.'s Polemik gerade gegenüber den fünf Genannten jede Rücksicht des Anstandes beiseite setzt, und zwar, mit Ausnahme Koehne's, der von vornherein als „Feind" in seinen Gesichtskreis trat, bei jedem der anderen mit deutlich erkennbarer Steigerung immer von dem Augenblick, wo Widerspruch, Tadel oder Zurechtweisung von ihrer Seite gegen v. B. verlautbart war.

Herr v. B. verrät unbefangen genug seine geheimsten Gedanken, wenn er die Fünf unter dem Gesichtspunkt persönlicher Widersacher zusammenfaßt.

v. B. Stadtverf. S. XIV: „Meine früheren Arbeiten haben bei allen sachkundigen Forschern eine wohlwollende Aufnahme gefunden. . . . . In gewissen Kreisen, zumal bei jenen Erfindern, haben meine früheren Arbeiten eine starke Verschnupfung hervorgerufen. Mich beunruhigt ihre Erregung, die sie sehr schlecht zu verhehlen wissen, nicht. Ich werde nach wie vor jeder Art von Dilettantismus, namentlich dem mit Anmaßung gepaarten, entgegentreten."

Ich muß hier als gewissenhafter Chronist eine kurze und lehrreiche Geschichte einflechten. Wir werden dabei auch von Inama-Sternegg hören.

I. Lamprecht. Am 26. Februar 1887 brachte die Deutsche Litteraturzeitung (Sp. 308 bis 310) eine Besprechung über: G. v. Below, Die landständische Verfassung in Jülich und Berg bis zum Jahre 1511. T. I und II. Düsseldorf 1885/86. Das Urteil des Referenten rühmte den Fleiß wie den hervorragenden Scharfsinn des Verfassers und anerkannte, unbeschadet einzelner Ausstellungen, den Wert der vorliegenden Arbeit.

„Entschieden Einspruch dagegen muß ich erheben gegen die Form, in welcher v. B. mit den hervorragendsten Gelehrten unseres Faches — toten wie lebenden — zu diskutieren versucht. Ein Beispiel zeigt die Eigentümlichkeit dieser Manier besser als lange Beschreibungen. An einer Stelle heißt es bei v. B.: Eichhorn wundere sich über eine bestimmte Maßnahme seitens des Herzogs von Braunschweig vom Jahre 1259. v. B. glaubt diese Maßnahme besser als Eichhorn erklären zu können — mir ist übrigens v. B.'s Erklärung mindestens ebenso fraglich als Eichhorns — und aus dieser, für

*) Mitt. a. d. Hist. Litteratur, 17. Jg. 1889. S. 212.

ihn feststehenden Thatsache nimmt er für sich das Recht zu der Bemerkung in Anspruch: „Wir wundern uns nicht [wie Eichhorn], sondern verstehen den Zusammenhang." v. B. nennt derartige Aeußerungen einmal zusammenfassend „Detailpolemik"; wie andere Fachgenossen über solche Detailpolemik denken, mögen ihm gewisse Bedenken zeigen, welche Busson neuerdings in den Oesterreichischen Mitteilungen Bd. 7, 674*) geäußert hat." Lamprecht.

Wenige Wochen darauf folgte (D. L.-Z. 1887. Sp. 347) eine Entgegnung v. B.'s, die irgend einen sachlichen Einwand Lamprechts zu entkräften suchte. Nicht nur die von Lamprecht gerügte Art v. B.'s, sondern auch die ersten Spuren einer virtuosen Verdrehungskunst zeigten sich in dieser Selbstverteidigung. Die Antwort L.'s (ebendas. Sp. 438) beleuchtete das hinreichend. Um sich aus der peinlichen Situation herauszuwinden, griff v. B. in einer zweiten Entgegnung (Sp. 741) zu einer Citatenfälschung, auf Grund deren er nunmehr seinen Rückzug mit einem neuen Hieb gegen Lamprecht deckte.

Lamprecht stellte zunächst den bestrittenen Punkt klar. Demzufolge hat sich allerdings ein Irrtum an einer Stelle seines Wirtschaftslebens eingeschlichen. Es sind daselbst (Bd. II 438) böhmische und rheinische Gulden verwechselt:

„Nur trifft die Schuld dieser Verwechselung nicht mich, sondern vielmehr ausschließlich die von mir a. a. O. allein citierten Münzstudien von Grote..... Man sieht: der als hervorragend zuverlässig bekannte Grote hat sich in diesem Falle geirrt, und ich habe seinen Irrtum übernommen.

Wie stellt sich aber nun v. B. zu diesem völlig unzweideutigen Sachverhalt?

Suchen wir für ihn ein Verfahren ausfindig zu machen, welches ihn nicht bloßstellt, so würden wir etwa sagen: er übersieht das Citat von Grote in meinem ‚Wirtschaftsleben', citiert statt dessen aus Versehen zwei andere, von mir nicht benutzte Gewährsstellen, welche den richtigen, von meiner Quelle abweichenden Text bieten, und beschuldigt mich darauf „nicht geahnter Flüchtigkeit" bei der Benutzung eben dieser mir völlig fremd gebliebenen Gewährsstellen. Wem aber wird wohl eine solche Annahme noch zulässig erscheinen gegenüber einem Autor, welcher den hier gerade entscheidenden Anfang des Citats aus meinem Buche eigenmächtig ..... abändert**), in Worte, deren abweichender Sinn erst den mir gemachten schweren Vorwurf ermöglicht? —

Unter diesen Umständen verzichte ich darauf, mich mit Herrn v. B. noch in weitere Erörterungen einzulassen."

Man sollte meinen, Herr v. B. hätte einer so schweren Anklage entweder eine überzeugende Abwehr oder — wenn das im gegebenen Falle nicht möglich war — ein entschuldigendes Geständnis entgegensetzen müssen. Aber sein erfinderischer Geist entdeckte einen anderen Ausweg. Nach einer Bemerkung, die einen anderweiten sachlichen Differenzpunkt betrifft, fährt er (Sp. 1070) wörtlich fort:

„Weiter frage ich, ob ich etwa nicht berechtigt bin, L. Flüchtigkeit vorzuwerfen, wenn er die Geschichte des rh. Gl. darstellt und nicht einmal die erste Königsurkunde, welche angeblich das Wort rh. Gl. enthält, selbst liest. Er freilich scheint es nicht auffällig zu finden, daß ihm die betr. Urkunde „völlig fremd geblieben" ist."***)

---

*) A. a. O. spricht Busson von der „Unsitte, daß ganz junge Herren, die sich eben die Sporen verdienen, im Hochgefühl der glücklich vollbrachten Erstlingsleistung älteren Leuten gegenüber einen Ton anschlagen, der mit den einfachsten Regeln litterarischen Anstandes nicht zu vereinbaren ist".

) **L. Wirtschaftsl. II, 438: „1385. Grote S. 106 bis 7. Münzordnung K. Wenzels für Hall, Augsburg, Ulm u. Nürnberg; 1 lb. hl. = 1 Rhein. und Ungar. gl."

v. B. D. L.-Z. Sp. 741: „nach der Münzordnung K. Wenzels von 1385 für Hall u. s. w. ist 1 lb. hl. = 1 rhein. u. ung. Gl."

***) Herr v. B. hat mit Bezug auf diese Stelle bei späterer Gelegenheit geäußert (Quiddes Zeitschr. IV S. 120 Anm. 1): „Koehne citiert meine Auseinandersetzungen mit L. in d. D. L.-Z. 1887, aber unvollständig; gerade die entscheidende Stelle, an der ich den wahren Sachverhalt konstatiert habe (Sp. 1070) läßt er fort." —

Ich denke, es genügt, auch diese Leistung einfach tiefer zu hängen.

Hier ist der Kernpunkt: Die Thatsache der Citatenfälschung zum Zweck wirkungsvoller Anklage, schweigend umgangen.

Da Lamprecht seinerseits nach dem von Herrn v. B. angewandten „äußerst befremdlichen Mittel wissenschaftlicher Erörterung" dabei beharrte, auf jede weitere Auseinandersetzung mit dem Herrn zu verzichten, so hatte die Debatte zunächst ein Ende.

Aber an Stelle einst anders gestimmter Empfindungen gegen seinen ehemaligen Lehrer war in dem Herzen v. B.'s ein unversöhnlicher Groll getreten, der sich ins Maßlose steigerte, seitdem Lamprecht gelegentlich einer Besprechung in der D. L.-Z. sein Urteil über v. B. unumwunden ausgesprochen hat.*) Seither wendet v. B. seine Angriffe nicht nur gegen die wissenschaftliche Thätigkeit Lamprechts, sondern er wagt es, gehässige persönliche Verdächtigungen gegen ihn zu richten.

Ich unterlasse es, eine duftende Blütenlese aus seinen unqualifizierbaren Aeußerungen zu geben. Nur eine kurze Notiz darf ich dem Leser nicht vorenthalten. Auch v. B. hat sich der Einsicht nicht verschlossen, daß die fünf „Erfinder", die er in dem Vorwort seines letzten Buches in einen Topf wirft, doch nicht schlechtweg als gleichwertige Größen zu behandeln sind. Er hat es nicht unterlassen, feine Unterscheidungen anzudeuten. Bei Lamprecht z. B. salviert er sich durch die Bemerkung, daß dieser neben seinem letzten Machwerke „wenigstens bisher doch auch viel wissenschaftlich brauchbare Arbeiten geliefert hat". Nach all den unerhörten Schmähungen, die v. B. seit jener für ihn so beschämenden Debatte auf L. gehäuft hat, ist schwer zu erraten, was von dessen wissenschaftlicher Thätigkeit vor seinen Augen Gnade gefunden habe. v. B. gedachte die Genossen, die er neben L. nannte, noch etwas unter diesen zu stellen. Aber da er den Superlativ der Geringschätzung bereits verausgabt hatte, versagte die Sprache die Möglichkeit einer direkten Steigerung und es blieb ihm nur die erwähnte Einschränkung übrig, deren Aufrichtigkeit durch eine ungefähr gleichzeitige Aeußerung eigentümlich beleuchtet wird.

Das inhaltreiche Vorwort v. B.'s, in dem die seltsame Würdigung L.'s sich findet, ist im November 1891 vom Verfasser unterzeichnet. In der Nummer vom 15. September desselben Jahres findet sich in den Göttingischen Gelehrten Anzeigen (S. 761, Anm.) ein weiteres Urteil v. B.'s:

„. . . . Man darf Lamprecht wegen dieser Sprünge nicht zu hart beurteilen. Bei einem Schriftsteller von seiner Produktivität — sein Wirtschaftsleben (geheftet) erreicht bereits das Gewicht von 13½ Pfund — ist es gewiß unbillig, auf die Güte und Zuverlässigkeit des Gebotenen im einzelnen zu achten; wir wollen uns die Freude am Quantum nicht rauben lassen."

Daß Herr v. B. bei seiner kritischen Thätigkeit die Küchenwage zu Rate zieht, ist in der That ein ebenso origineller wie erheiternder Einfall. Aber die Sache hat doch auch eine andere Seite. In den unter ausschließlicher Verantwortung des Autors erscheinenden Schriften in Buchform dürfte eine derartige Aeußerung v. B.'s nachgerade kein Befremden mehr erregen, — in einem Blatte, welches unter den Auspizien der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften erscheint, ist Sprache und Witz der Gasse schlecht am Platz.

II. **Jastrow.** Auf den eben besprochenen Streitfall in der D. L.-Z. nahm Jastrow Bezug, als er im Rahmen eines Litteraturberichtes v. B.'s landständische Verfassung zu erwähnen hatte. Ich schalte den Passus wörtlich ein:

(Jahresberichte der Geschichtswissenschaft, 6. Jahrg. II, 424.) „Die Entwicklung der Landstände wird gewöhnlich nur unter dem Gesichtspunkt eines Hindernisses für

*) Siehe unten S. 17.

die Zusammenschließung der Territorien unter einem Fürsten betrachtet. Below betrachtet dies an dem einzelnen Beispiel der Stände von Jülich und Berg unter dem umgekehrten Gesichtspunkt, daß die Zusammenschließung der Landstände als einer Korporation gerade mit ein Moment in der Entwicklung der Einheit des Territoriums ist. Der Gedanke ist mit Gelehrsamkeit und Scharfsinn durchgeführt. Es war daher, wiewohl dem Büchlein nicht unerhebliche Mängel anhaften, gleichwohl keine unverdiente Ehre, wenn der bedeutendste Kenner der rheinischen Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte es einer Besprechung würdigte. Derselbe hat den Verfasser auf diese Mängel, insbesondere auf die geringschätzige Art, in welcher er von den Sternen erster Größe an dem Himmel unserer Wissenschaft zu sprechen liebt, aufmerksam gemacht; jedenfalls von der Voraussetzung ausgehend, daß es sich hier um einen Mann von Fähigkeiten handelt, der an gewissen Unarten zu Grunde gehen könnte, wenn sie ihm nicht vorgehalten würden. Below ist aber ein streitlustiger Herr. Er holte aus (D. L.-Z. 1887, Sp. 437), bekam eine Ohrfeige (ib.), hatte daran nicht genug (ib. Sp. 741 f.) und verschaffte sich eine zweite (ib.). Nun ist er beruhigt."

Das ist Below'sche Tonart. Ich will sie nicht verteidigen. Jedenfalls täuschte sich Jastrow in seiner Schlußannahme. v. B. war nicht beruhigt. Fortan stand neben Lamprecht auch Jastrow auf der Proskriptionsliste.

Herr v. B. ging gerade auf sein Ziel los. In den Göttingischen Gelehrten Anzeigen erschien (1888 S. 883 ff.) eine Kritik des betreffenden Bandes der Jahresberichte, die sich mit maßlosen Invektiven unmittelbar gegen die Person Jastrows richtete.

Um für den Fernerstehenden den Streitfall klarzustellen, erinnere ich daran, daß mit dem 6. Jahrgang der Jahresberichte durch eine Veränderung in der Redaktion und durch den Wechsel des Verlags das Unternehmen in ein neues Stadium getreten ist. Wesentlich der gesteigerten Anteilnahme J.'s an den Redaktionsgeschäften war es zu danken, daß mit dem Jahrgang 1883 gegenüber den oft geäußerten Wünschen nach beschleunigter Berichterstattung ein erster Anfang der Ausführung gemacht war. Vom folgenden Jahrgang ab hat J. die Redaktion allein übernommen. Mit welchem Erfolg, das brauche ich den Fachgenossen nicht zu sagen.

Hier liegt eine Arbeitsleistung vor, der kein unbefangen Urteilender seine Anerkennung versagen wird. Herr v. B. mag einwenden, daß er den glücklichen Fortgang des Unternehmens unter J.'s Leitung nicht voraus-ahnen konnte. Aber die Vorrede des von Herrn v. B. kritisierten Bandes besagt mit klaren Worten, daß Jahrgang 1884 sich bereits unter der Presse, Jahrgang 1885 unmittelbar vor dem Druck und Jahrgang 1886 und 1887 in Vorbereitung befanden. Und daß diese Versprechungen der Vorrede nicht, wie das ja vorkommt, mit einiger Verspätung sich erfüllten, konnte Herr v. B. der Thatsache entnehmen, daß Bd. 7 (Jahrg. 1884) bereits erschienen war, als er seine giftige Kritik des 6. Bandes veröffentlichte. Mehr als eine Verbesserung in bezug auf Ausdehnung der Berichterstattung und größere Uebersichtlichkeit der Anordnung war überdies bereits in dem von Herrn v. B. rezensierten Jahrgang zu erkennen.

Von alledem sah der Rezensent nichts. Er prognostizierte im Gegenteil einen traurigen Verfall. Seine Kritik setzte dabei an zwei Punkten ein.

J. hatte in zwei Kapiteln der mittelalterlichen Abteilung: „Deutsche Verfassungsgeschichte" und „Allgemeines" die Berichterstattung auf die Zeit von 1883—1886 ausgedehnt. Das erste derselben untersuchte Herr v. B. genauer und konstatierte eine „beispiellose Lückenhaftigkeit" des Berichtes.

Der zweite Punkt berührte die verantwortungsvolle Thätigkeit der Redaktion bezüglich der Wahl der Mitarbeiter. Herr v. B. äußerte:

„Man darf wohl sagen, daß sich die J.-B. bis zum vorletzten Bande als brauchbar erwiesen haben. Mit dem letzten Bande (Band 6) scheint jedoch ein Umschlag erfolgt zu sein. Es ist zunächst die merkwürdige Verteilung der Referate in demselben aufgefallen. Zwar zählt er noch mehrere Fachmänner zu seinen Mitarbeitern: so Breßlau, Friedensburg, H. Hahn, Wattenbach und einige tüchtige Lokalhistoriker. Indessen sind andere Referate in Hände gelegt worden, von denen man sehr überrascht ist, sie auf dem betreffenden Gebiet zu finden. Ich brauche nicht Namen zu nennen; ich sage den Fachgenossen hiermit nichts Neues."

Jastrow replizierte in den Mitteilungen aus der historischen Litteratur (1889, S. 92 ff.).

Ich lasse dahingestellt, ob es J. gelungen ist, jeden gegen ihn gerichteten Tadel zu entkräften.*) Völlig unabhängig davon ist jedenfalls der im einzelnen geführte Nachweis, wie v. B. in einer ganzen Reihe entscheidender Punkte nur durch thatsächlich unrichtige Angaben, durch Verdrehungen und selbst durch Citatenfälschung seine bodenlos leichtfertig erhobenen Vorwürfe stützt.

Und welche Antwort fand Herr v. B.?

Er ergriff an derselben Stelle (Mitteilungen 1889, S. 210 ff.) das Wort. Die Fülle gravierendster Bezichtigungen schüttelte er mit der leichten Bemerkung ab: „Ich gestehe nun gern, daß ich mich in ein paar Einzelheiten geirrt habe" und führte des weiteren seine Sache nach der altbewährten Methode, daß der Angriff die beste Verteidigung ist.

„Im übrigen gehe ich auf Einzelheiten nicht ein." Das ist die klassische Wendung, deren Herr v. B. sich hier zum erstenmal bedient. In ehrlicher Sprache heißt das: Herr v. B. wußte in den meisten Fällen nichts zu erwidern. Denn wo sich auch nur der leiseste Anhalt für eine Replik bot, hat er trotz dieser Versicherung eine Selbstverteidigung versucht.

Wenigstens an zwei charakteristischen Beispielen muß ich das System Below'scher Selbstverteidigung klar stellen.

In der Liste derjenigen Schriften, welche nach Herrn v. B. in einem Bericht über deutsche Verfassungsgeschichte des Mittelalters „unbedingt" hätten aufgeführt werden müssen, hatte u. a. „Voisin-Bey, Die Seehäfen Frankreichs. Deutsche Uebersetzung 1886" figuriert. v. B. hatte diese Forderung mit der Bemerkung begründet, daß in diesem Werke eine allgemeine Geschichte der Seefahrt im Mittelalter gegeben sei. J. zeigte, daß diese Angabe auf einem Irrtum beruhe, da Voisin-Bey thatsächlich nur die französische Seefahrt des Mittelalters behandelt, und er zeigte weiter, daß v. B.'s Irrtum auf eine von diesem mißverstandene Rezension im Litterarischen Zentralblatt zurückgehe. Ein ähnliches Verhältnis waltete mit Loenings Verwaltungsrecht vor, von welchem v. B. geurteilt hatte, daß es für mittelalterliche Verfassungsgeschichte beachtenswerte historische Ausführungen enthalte, während Loening es als seine Aufgabe betrachtet, ausschließlich die neuzeitliche Entwickelung darzustellen und die mittelalterlichen Verhältnisse nur mit ganz flüchtigen Seitenblicken streift.

In v. B.'s Replik heißt es mit Bezug auf diesen Zusammenhang:

(S. 211.) „Daß ich ferner Loenings (nicht Löning, wie J. schreibt) Verwaltungsrecht nur aus dem litterarischen Zentralblatt kenne, ist ein Irrtum, von dem sich J. durch meinen Aufsatz im Historischen Taschenbuch von 1887 hätte überzeugen können."

Damit ist zunächst der Kern von J.'s Ausführungen unberührt. v. B. hatte behauptet, Loenings Werk komme auch für das Mittelalter, wie Voisin-Bey für Deutschland in Betracht, während Loening das Mittelalter und Voisin-Bey die

*) Eine Würdignng von Angriff und Abwehr giebt das Referat in Quiddes Zeitschrift für Geschichtswissenschaft I. S. 484.

deutsche Entwickelung programmmäßig ausschließen. Der Nachweis, auf welchen Schleichwegen Herr v. B. hier und bei Voisin-Bey zu der irrtümlichen Anschauung gelangt sei, war für diesen Thatbestand doch nur nebensächlich. Ueber Voisin-Bey schweigt Herr v. B. gänzlich. Bezüglich Loenings soll ein Citat, das v. B. gelegentlich aus dessen Verwaltungsrecht gegeben,*) erweisen, daß er das Werk nicht „nur aus dem Litterarischen Zentralblatt“ kenne. Daß Loening für das Mittelalter in Betracht komme, versucht v. B. gar nicht zu erhärten. Und in diesem Zusammenhange hat v. B. die Stirn, J. zu korrigieren, daß es nicht Löning, sondern **Loening** heiße. Eine erheiternde Illustration zu dem Bibelspruch vom Splitter und Balken.

Noch ergötzlicher ist v. B.'s Entgegnung bezüglich der angeblichen Verschlechterung in der Qualität der Mitarbeiter. J. hatte den Sinn der Worte v. B.'s zutreffend dahin zusammengefaßt, daß nach v. B. „unter den Mitarbeitern an Band 6 die Fachmänner nur noch die Ausnahme, die Nichtfachmänner die Regel bilden“ und v. B.'s Behauptung kurz und bündig mit dem Hinweis auf die Thatsache widerlegt, daß Band 6 im großen und ganzen dieselben Mitarbeiter aufweist wie Band 5, er hatte ferner eine ganze Reihe hervorragender Fachmänner unter diesen besonders hervorgehoben und dann hinzugefügt:

(S. 111) „Für den Fall aber, daß diese angeblich vorhandene Ansicht damit gestützt werden solle, daß notorisch in den inzwischen verflossenen Jahren neue Mitarbeiter eingetreten seien, so sei darauf verwiesen, daß auch jeder der folgenden Bände seine sämtlichen Mitarbeiter nennt, und daß die Namen derjenigen, welche Beiträge noch nicht veröffentlicht haben, die folgenden sind:“

Und was sagt Herr v. B. zu dem allem? Er schweigt über die Thatsache, daß die Mitarbeiter an Band 6 im wesentlichen dieselben geblieben sind wie in Band 5 und ruft ebenso trotzig wie widersinnig aus: „Wie soll es aber zu meiner Widerlegung beitragen, wenn J. die Liste der zukünftigen Mitarbeiter veröffentlicht?“ Der Leser wird sich erinnern, daß J. ganz sinngemäß die Namen der für die Jahresberichte neu gewonnenen Mitarbeiter genannt hatte, um jeden etwa möglichen Verdacht einer bevorstehenden Verschlechterung, die v. B. ausdrücklich prognostiziert hatte, abzuweisen. Die ganze hilflose Verlegenheit des Rezensenten tritt zuletzt in der kümmerlichen Ausrede zu Tage:

v. B. „An welche ich bei der Bemerkung: es sind Referate in Hände gelegt worden, von denen man sehr überrascht ist, sie auf dem betreffenden Gebiete zu finden, gedacht habe, halte ich nach wie vor für überflüssig zu erklären.“

---

*) Das betreffende Citat ist socharakteristisch, daß ich es dem Leser nicht vorenthalten will. Es findet sich in einem Aufsatz v. B.'s „Die Neuorganisation der Verwaltung in den deutschen Territorien des 16. Jhs.“ a. a. O. S. 317 Anm. 1:

„Vollends irrig ist es, wenn Loening „Verwaltungsrecht“, S. 39, Anm. 4, behauptet, Bayern habe schon im 13. Jh. eine Residenz gehabt. Riezler, den Loening citiert, gibt nichts derartiges an.“

Ein echter Below — nach Ton und Inhalt!

Loening spricht an der angezogenen Stelle im Text von der Bedeutung einer dauernden Residenz für die Entwickelung des Verwaltungswesens und sagt in der zugehörigen Anmerkung: „Dies geschah in den einzelnen Ländern zu sehr verschiedenen Zeiten. In Bayern z. B. schon am Anfang des 13. Jhs. Riezler II 177.“

Nach v. B. „giebt Riezler nichts derartiges an.“ Riezler äußert sich freilich des breiteren in dem von Herrn v. B. bestrittenen Sinne. Nur steckt bei Loening in der Angabe der Seitenzahl ein Druckfehler. Statt „S. 177“ muß es „S. 175 ff.“ heißen. — — Hier ist also Herrn v. B. in einem neuen Falle nachgewiesen, daß er Bücher citiert, ohne sie mehr als oberflächlich gelesen zu haben.

Die angeblich unverantwortliche Leichtfertigkeit der Redaktion in der Zuteilung der Berichte wird also wohl ein Geheimnis des Herrn v. B. bleiben, — wenn man nicht etwa der Ansicht ist, daß hier lediglich eine unmotivierte Verdächtigung von seiner Seite vorliegt.

Bei dieser Debatte ist endlich Herrn v. B. noch ein bei ihm in hohem Grade überraschendes Urteil aus der Feder geflossen. In einem Schlußwort hatte J. eine psychologische Erklärung für das Entstehen der Rezension v. B.'s versucht und dabei eine Charakteristik des Rezensenten gegeben, die um so überflüssiger war, als sie sachlich wenig beibrachte, was der Leser nicht bereits den vorhergehenden Ausführungen zu entnehmen vermochte. Aber es muß doch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß J. nicht der angreifende, sondern der abwehrende Teil war, und daß, wenn er die Grenzen wissenschaftlicher Diskussion nicht streng genug innegehalten haben sollte, das durch Mißbrauch schwerster Art von seiten v. B.'s hervorgerufen worden ist. Mit Bezug auf dieses Schlußwort bemerkt v. B.:

(S. 211 f.) „In dem mehr als vier Seiten langen Epilog seiner Entgegnung (welcher derartig ist, daß er sich von selbst richtet) entwirft J. eine Charakterschilderung meiner Persönlichkeit. Er hält mir darin Vorlesungen über den Ton meiner Polemik. Dazu ist aber durchaus nicht ein Jastrow befugt, welcher (Jahresberichte Bd. 6 II, 424*) sich in ganz unpassenden, nicht wiederzugebenden Ausdrücken bewegt und welcher in jenem Epilog sich in einer Weise geäußert hat, wie sie bisher in der gesamten wissenschaftlichen und pseudo-wissenschaftlichen Litteratur unerhört war."

Merkwürdig, mit welchem Eifer Herr v. B. hier für Wahrung der Anstandsformen in der wissenschaftlichen Debatte plaidiert. Er, der selbst in unerschöpflicher Fülle Invektiven unqualifizierbarster Art und selbst rein persönliche Verdächtigungen auf andere häuft, er scheut sich, eine in der That unparlamentarische Aeußerung zu wiederholen, die — allerdings an eine für ihn unliebsame Thatsache erinnert, und verwahrt sich gegen die Hereinziehnng persönlicher Momente in die Debatte, — sobald er selbst davon berührt wird.

Der Leser mag im übrigen entscheiden, wie weit das eben angeführte Urteil v. B.'s für diesen selbst zutrifft und was dem Urteil etwa noch hinzuzufügen wäre.

III. Liesegang. Weniger dramatisch entwickelte sich die tödliche Feindschaft v. B.'s gegen Liesegang und gegen mich.

Liesegang hatte sich in einer Besprechung (Litt. Z.-Bl. 1887 Sp. 501) von B.'s landständischer Verfassung in ähnlichem Sinne wie Lamprecht geäußert. Bei aller Anerkennung der Verdienste des Verfassers machte er doch über B.'s Polemik die kurze Bemerkung: „daß ein gut Teil der zahllosen Auseinandersetzungen mit diesem oder jenem Autor ohne jeden Schaden hätte wegfallen können."

Trotz dieser respektswidrigen Auslassung erhielt Liesegang noch 1889 ein relativ wohlwollendes Schulzeugnis ausgestellt.

v. B. Stadtgemeinde S. 126 Anm. 362: „Zum Teil denselben Stoff wie Hoeniger behandelt Liesegang in seiner Doktordissertation: „Die Sondergemeinden Kölns". Dieselbe ist ungleich fleißiger als jener Aufsatz H.'s Allein in der Hauptsache ist auch sie mißglückt . . . . . Auch zeigt er sich bereits einigen Irrtümern H.'s zugänglich.

Aber Liesegang war nicht zu bekehren, statt reuig in das Lager v. B.'s einzuschwenken, wagte er hier und da einen direkt gegen jenen gerichteten Wider-

---

*) Es ist die oben S. 10 abgedruckte Auslassung J's über den Streitfall v. Below-Lamprecht gemeint.

spruch. Am entschiedensten in einer Betrachtung über die Entwickelung der Gilde, bei der er des von Herrn v. B. so schwer verunglimpften Nitzsch mit warmen Worten gedenkt:

Forschungen z. Brand. u. preuß. Gesch. 1890, III, 56 f.: „Um Nitzsch gerecht zu werden, muß man berücksichtigen, daß die beiden Gildeabhandlungen vorläufige Bruchstücke aus einem größeren Werke sind, bei dem ihn der Tod ereilt hat. Und jeder weiß aus eigener Erfahrung, daß man bei Untersuchungen gerade der Art erst bei der Ausarbeitung zu völliger Klarheit durchdringt. Wer übrigens scharf zusieht, wird auch erkennen, daß er die einseitige Auffassung . . . . . bereits in der zweiten Abhandlung modifiziert und teilweise wenigstens überwunden hat. Zweifellos würde ein so feiner Beobachter zu der richtigeren Meinung gelangt sein, die jeder leicht finden kann, der auf dem Wege weiter geht, den er gewiesen hat.

Ich betone das alles, weil neuerdings mit sittlichem Pathos verkündet worden, an Nitzschs positiven Ansichten festzuhalten, das wäre gleichbedeutend mit der Ignorierung der Forschungen unserer namhaftesten Rechtshistoriker. Die Aeußerung kann doch nur die Gildeabhandlungen betreffen, in denen Nitzsch selbst ausdrücklich hervorhebt, daß er seine frühere Ansicht über die Entstehung der städtischen Verfassung in der wichtigsten Frage geändert habe. Ist das aber der Fall, so ist so ziemlich das Gegenteil der Deklamation richtig.

Wohl hat G. L. Maurer mit unendlichem Fleiße das Material zusammengestellt für die älteste Phase städtischer Entwickelung, über alle jene Zustände, die sich daraus ergaben, daß die ältesten Stadtgemeinden zugleich Wirtschaftsverbände im älteren Sinne des Wortes waren; der Versuch aber, die späteren Gebilde kommunalen Lebens aus diesen Anfängen zu erklären, muß in der Hauptsache als gescheitert angesehen werden.

Namentlich Frensdorff hat späterhin Maurers Auffassung ergänzt, auf den richtigen Grundgedanken beschränkt und insofern weitergeführt, als er an einer Fülle von Beispielen gezeigt hat, daß in dem Burding der Bauerschaft ein Keim der Weiterentwickelung gelegen hat.

Es mag ein bescheidenes Verdienst sein, wenn neuerdings Heuslers im wesentlichen verfehlten Theorien gegenüber, die übrigens so wenig als die Nitzschs mit dem geduldigen Worte herrschend bezeichnet werden können, darauf hingewiesen ist, daß jener Grundgedanke Maurers nicht übersehen werden dürfe. Daß aber das wirklich Neue, was in der städtischen Verfassung liegt — meinetwegen mag man es als Abwandlung der ländlichen Verhältnisse auffassen — vor allem der Handel erzeugt habe, gibt selbst Maurer zu."

Gegen wen die Worte sich in erster Linie richteten, bedurfte kaum der Erwähnung. Liesegang hatte obendrein ausdrücklich auf v. B. hingewiesen. Nun hat er es in den Augen v. B.'s bis zu dem „Jüngling mit den poetischen Neigungen und den unpoetischen Kampfmitteln" gebracht.

IV. Hoeniger. Eine ähnliche Steigerung der polemischen Stimmung ist in dem Verhältnis v. B.'s zu mir zu beobachten. In seinen ersten Aufsätzen werde ich, wie jeder andere, als wissenschaftlicher Gegner behandelt, durchaus in der anmaßenden, unmotiviert absprechenden Art, die Herrn v. B. eignet, aber ohne beleidigende Ausfälle gröberen Kalibers. In seiner Stadtgemeinde sind meine Arbeiten bereits unter das Niveau „eines mäßigen Sekundaneraufsatzes" gesunken, und in dem letzten Buche werde ich als klassisches Muster eines Pseudowissenschaftlers citiert.

Inzwischen hatte ich der Redaktion der Historischen Zeitschrift nach Erscheinen des ersten Below'schen Aufsatzes eine Erklärung zugestellt, in der ich die thatsächlichen Ungenauigkeiten seiner Bezugnahmen auf mich darlegte. Als die Redaktion den vollständigen Abdruck meiner Erklärung verweigerte,*)

*) Da ein lückenhafter Abdruck mir wertlos erschien, habe ich die ganze Erklärung zurückgezogen. Den Inhalt derselben gebe ich im folgenden Abschnitt „In eigener Sache" wieder. — Ich lasse die Frage offen, ob die Redaktion meine Erklärung zur Kenntnisnahme

wahrte ich meinen Standpunkt gegenüber v. B. in einem Vortrag in der Berliner Historischen Gesellschaft*), und endlich war 1890 ein vom Autor mir gewidmetes Buch erschienen, in dem der Verfasser sich über Herrn v. B. ohne Rückhalt aussprach.

V. Koehne. Anfang März 1890 veröffentlichte Koehne eine Untersuchung über Ursprung der Stadtverfassung in Worms, Speyer und Mainz. Wie der Verfasser in der Einleitung bemerkt, hat er die Anregung zu seiner Arbeit in meinen Vorlesungen und Uebungen erhalten, an denen er 1886 und 1887 teilnahm.

Während K. noch mit der Ausarbeitung beschäftigt war, erschienen die Aufsätze in der Historischen Zeitschrift, mit denen v. B. als souveräner Beherrscher städtegeschichtlicher Forschung debütierte. K. sah sich zu einer Auseinandersetzung mit Herrn v. B. veranlaßt, als er einen Teil seiner Arbeit der Berliner philosophischen Fakultät als Doktordissertation einreichte. Er hat diese Auseinandersetzung seiner zu einem starken Buche erweiterten Dissertation als Anhang beigefügt.

Ich lasse völlig dahingestellt, ob in den zahlreichen kontroversen Fragen die hier erörtert werden, K. oder v. B. sachlich das richtigere trifft. Von dem

---

und Begutachtung Herrn v. B. vorgelegt hat. Herr v. B. hat so ziemlich alle damals von mir berichtigten Punkte zum zweiten und dritten Mal gegen mich vorzubringen für gut befunden. Es wäre für mich und auch vielleicht für andere von Interesse zu erfahren, ob er mit oder ohne Kenntnis meiner Entgegnung seine Einwendungen wiederholt hat.

*) Um die Akten dem Leser möglichst vollständig zu unterbreiten, schalte ich das kurze Referat, das in den Sitzungsberichten der Gesellschaft im Druck erschien, an dieser Stelle ein:

„Sitzung v. 6. Febr. 1888. Hoeniger sprach über die Entstehung der deutschen Stadtverfassung. Einleitend bemerkte der Vortragende, daß seine Mitteilungen sich auf die Kritik der neuesten Veröffentlichung zur Geschichte der deutschen Stadtverfassung, zwei Aufsätze v. Belows in der Historischen Zeitschrift beschränken sollten und daß er die Begründung der eigenen Auffassung über den Ursprung der Stadtverfassung in einem zweiten Vortrage versuchen würde.

v. Belows Ausführungen, der in der gesamten reichen Litteratur über diese vielumstrittene Frage fast nur Thorheit und Unverstand sieht, verdienen nach Ansicht des Redners nur deswegen Beachtung, weil sie in der Historischen Zeitschrift Aufnahme gefunden haben. Der Vortragende beleuchtete dann die Belowschen Behauptungen Punkt für Punkt, um die Menge von Mißverständnissen und Entstellungen im einzelnen nachzuweisen. Er führte aus, wie v. Below sich eine „herrschende Ansicht" konstruiert, die thatsächlich gar nicht existiert, und daß er in seiner Polemik gegen diese vermeintlich „herrschende Ansicht" wohl einige beachtenswerte Einfälle vorbringt, in der Hauptsache sich jedoch damit begnügt, als übereilter Besserwissenwollender zu erscheinen. In dem Streit um die Frage, ob der Grundstock desjenigen Teiles der städtischen Bevölkerung, welcher Träger der freiheitlichen kommunalen Entwickelung geworden ist, freier oder unfreier Herkunft gewesen, ob diese städtische Entwickelung auf dem Boden des Volks- oder Hofrechts sich vollzog, tritt v. Below im wesentlichen auf die Seite Arnolds. Im übrigen verfällt er in den alten Fehler v. Maurers: wie jener seine Argumente aus Waldkappel und Montzingen, so sucht v. Below die Beweise für seine Ausführungen in Bocholt, Brühl, Dudeldorf, Dülmen, Lüdinghausen und Zons u. dergl. kleinen und kleinsten Städtchen mehr, und was er hier in Urkunden des späten Mittelalters findet, stellt er gleichwertig neben die Dokumente, welche von der kommunalen Bewegung des 12. Jahrhunderts in den ersten Städten des Reichs reden. Die auffallenden Widersprüche, in denen v. Below sich bewegt, die namentlich drastisch im 2. Abschnitt hervortreten, wo an einzelnen Stellen das gerade Gegenteil von dem ausgesagt wird, was er im ersten Abschnitt behauptet, erklären sich aus der überstürzten Hast, in welcher der Verf. sich eingestandenermaßen mit den einschlägigen Fragen beschäftigt hat."

Wert oder Unwert der positiven Stellungsnahme K.'s und seiner wissenschaftlichen Ergebnisse ist jedenfalls der strikt geführte Nachweis völlig unabhängig, daß v. B. in zahllosen Fällen „die Behauptungen früherer Forscher, sei es, daß er sie als Beweismaterial heranzieht, sei es, daß er gegen sie polemisiert, ganz unrichtig wiedergibt".

Drei Beispiele, die ich wörtlich den Ausführungen K.'s entnehme, werden zur Begründung des Urteils ausreichen.

K. S. 378 ff.:

v. Below. Hist. Ztschr. 59, 198: Die Vertreter der herrschenden Ansicht haben sich nicht nur (um einen treffenden Ausdruck Schmollers zu gebrauchen) kein klares Bild des ganzen wirtschaftlichen Entwickelungsprozesses des Mittelalters gemacht, sondern . . . . . **Schmoller.** Straßburgs Blüte S. 7: Ich zweifle nicht, daß die künftige Geschichtsforschung diesen hervorragenden Gelehrten (Nitzsch), der allein sich ein klares Bild des ganzen wirtschaftlichen Entwickelungsprozesses des Mittelalters gemacht hat, noch mehr anerkennen wird, als es bisher geschehen.

Wer sind nun nach Below die Vertreter der herrschenden Ansicht? Es ist zwar an dem betreffenden Orte nichts darüber gesagt, aber, wer nur ein paar Seiten B.'s gelesen, weiß, daß in erster Linie Nitzsch gemeint ist. B. citiert nun die Worte „klares Bild . . . . . gemacht" buchstäblich richtig. Nur erweckt er bei jedem unbefangenen Leser die Vorstellung, daß er sich bei dem tadelnden Urteil über die Wirtschaftshistoriker der Zustimmung Schmollers erfreut; daß Schmoller dem Sinne nach das Gegenteil von dem, was Below behauptet, sagt, und das Schmoller gerade Nitzsch deshalb rühmt, weil er sich ein klares Bild des wirtschaftlichen Entwickelungsprozesses des Mittelalters gemacht hat, ist nur demjenigen Leser ersichtlich, der das Citat B.'s nachschlägt. —

Ein anderes Beispiel! B. sagt Hist. Ztschr. 58, 197: „Da durch die Gesetzgebung des fränkischen Reiches den Herren das Recht der Tötung ihrer Sklaven entzogen war, da das öffentliche Gericht das Urteil über Sklaven sprechen mußte . . . ." Er führt dazu G. Meyer in Ztschr. der Savignyst. III 110, W. Sickel, Mitt. des Instituts, Ergänzungsb. II 205 u. 211 und Schröder, D. R.-G. 176 an.

Jeder Leser, der die B.'sche Methode nicht kennt, wird wohl den obigen Satz für trefflich gestützt halten. Man schlage aber die Citate nach! Deckt sich schon das, was G. Meyer a. a. O. sagt, durchaus nicht mit dem Citate B.'s, so kann man geradezu behaupten, daß Schröder und Sickel entgegengesetzter Ansicht wie B. sind. Schröder handelt S. 176 nur von der Dingpflicht der freien Hintersassen, sagt aber S. 174 V ausdrücklich: „Die unbegrenzte Strafgewalt der Herren über ihre unfreien Leute dauerte in alter Weise fort." Ebenso sagt Sickel a. a. O., daß die „Sklaven" überhaupt „nicht gerichtet werden konnten." —

v. Below. Stadtgemeinde 118, Anm. 358: Jastrow erklärt hier, theoretische Vorkenntnisse seien unter Umständen sogar schädlich, wie man an Sohm sehe, welcher, weil er davon zu viel besessen, „über die Strenge geschlagen" (so schreibt J. wörtlich!) habe. **Jastrow.** Jahrb. f. Gesetzgeb. 1884, S. 875: Noch immer weisen viele Historiker darauf hin . . . ., wie selbst ein Mann wie Sohm, dem doch niemand historische Auffassung abstreiten wird, dennoch der Versuchung nicht hat widerstehen können, ab und zu über die Stränge zu schlagen.

Jastrow gibt also die Ansicht, die ihm v. B. zuschreibt, nur als tadelndes Urteil anderer wieder und zwar als ein übertreibendes. Daß dies Urteil auch noch in der von Jastrow ihm gegebenen Form meines Erachtens unrichtig ist, entschuldigt weder die falsche Wiedergabe desselben durch Below, noch die wahrhaft kindische orthographische Entstellung.

Diese wenigen Stichproben mögen genügen, um den Hauptvorwurf gegen v. B. klar hervortreten zu lassen: vollständige Unzuverlässigkeit in der Reproduktion fremder Gedanken und gewissenlose Leichtfertigkeit der Polemik, beides belegt durch den Nachweis falschen Citierens in einer geradezu erstaunlichen Häufigkeit der Fälle; und sie genügen weiter, um es verständlich zu machen, daß K. rettungslos dem Index der „Schriftsteller" und „Erfinder" verfallen war.

v. B. reagierte zunächst mit einer ausführlichen Besprechung des K.'schen Buches in Quiddes Zeitschr. für Geschichtsw. IV S. 112 ff.

Mit ruhiger Gelassenheit gedenkt er dabei des ihm gewidmeten kritischen Anhanges, mit dem es „gewiß eine eigentümliche Bewandtnis hat", und fährt geheimnisvoll fort:

„Ich will mich darüber nicht auslassen, sondern nur zur Kennzeichnung der Polemik K.'s hervorheben, daß dieselbe haltlos ist.... Mein Hauptfehler ist nach K., daß ich für Fragen der Entstehung der deutschen Stadtverfassung spät zur Entwickelung gekommene Flecken und Städtchen herangezogen habe."

Es folgt eine sachliche Erörterung über allerhand wissenschaftliche Kontroversen. Dann heißt es:

„Die hier besprochenen Dinge nebst einer Anzahl Einzelheiten sind es, auf Grund deren K. sein verdammendes Urteil über meine wissenschaftliche Thätigkeit fällt."

Herr v. B. verschiebt hier einfach den Thatbestand und verschweigt den Kern der gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Lamprecht hat denselben in einer Kritik des K.'schen Buches wie folgt hervorgehoben:

D. L.-Z. 1890, Sp. 1464: „Anhang I beschäftigt sich speziell mit den Arbeiten v. Belows u. weist auf 29 Seiten die Unreife und Unwahrhaftigkeit der Forschung und Polemik dieses Autors schlagend nach."

Aalglatt gleitet v. B. über die erdrückenden Beweise seiner Schuld hinweg. Er nennt sie schlicht „eine Anzahl Einzelheiten" und begleitet diese unschuldige Bezeichnung mit der noch freundlicher beschwichtigenden Wendung:

S. 117, Anm. 4: „Selbst wenn die einzelnen Versehen, die K. mir vorwirft, thatsächlich vorhanden wären, würde mein wissenschaftlicher Ruf wohl nicht erheblich leiden."

Wer K.'s Buch nicht kennt, muß in der That meinen, es handele sich lediglich um kritische Nörgeleien. Aber sollte hier nicht doch etwas mehr als nur v. B.'s wissenschaftlicher Ruf in Frage stehen!

Selbstverständlich erklärt Herr v. B. auch bei dieser Gelegenheit, daß er „Einzelheiten nicht monieren will", ebenso selbstverständlich wird gleichwohl moniert, wo es nur irgend angeht. Von den Beispielen, die ich angeführt habe, hat hiezu nur das erste einen Anhalt geboten.

v. B. bemerkt (S. 116 in der Anmerk.): „In dem Citat läßt K. die von mir gesetzten Anführungsstriche fort, wodurch der Leser eine ganz falsche Vorstellung von meinen Worten erhält." Den Wert dieser Entgegnung wird der Leser richtig bemessen, wenn er sich durch den Augenschein überzeugt, daß K. unmittelbar hinter dem Citat ausdrücklich hervorhebt, welche Worte bei Herrn v. B. „buchstäblich richtig" citiert sind.

v. B.'s letztes Wort zur Sache lautet:

S. 119, Anm. 6: „Wenn ich freilich der Polemik einen so breiten Raum wie K. gewähren wollte, so würde ich etwa eine halbe Druckseite darüber schelten, daß K. S. 385, Anm. 4 Liesegang mit Kruse verwechselt, daß er Arnolds Freistädte „vor über 40 Jahren" entstanden sein läßt (Vorrede S. 11) u. s. w."

In der That hat Koehne a. a. O. Liesegang mit Kruse verwechselt, aber der Irrtum ist für die Beweisführung völlig nebensächlich;*) auch das ist richtig,

---

*) Koehne beleuchtet die Stellungnahme v. B's. zu Nitzsch u. erwähnt als Urteil v. B's.: daß die Arbeiten Liesegangs und Geerings besser geworden wären, wenn diese Forscher Nitzsch nicht gekannt hätten. — v. B. spricht aber (Stadtgem. S. IX) von Kruse u. Geering, die von Nitzsch nur leicht infiziert sind, während Liesegang jenem unheilvollen Einfluß nach Ansicht v. B's. völlig erlegen ist. —

Koehne äußert an derselben Stelle, nach dem er den Nachweis erbracht, daß die Aus-

daß Koehne Arnolds Buch über 40 Jahre zurückverlegt. Dasselbe war nur 36 Jahre vor seiner Arbeit erschienen.

Der Leser wird sich kopfschüttelnd die Frage stellen, ob wirklich derartige Versehen auf einer Stufe mit den schwer kompromittierenden Dingen stehen, die Herrn v. B. nachgewiesen sind.

Koehne erklärte in seiner „Entgegnung",*) daß v. B. gerade an den schwerwiegendsten Beweisen sich schweigend vorbeigedrückt habe, er deckte weiter bei den Punkten, wo v. B. eine Widerlegung versucht hatte, eine Reihe neuer Verdrehungen auf und resumierte sich kurz und bündig dahin:

(S. 149): „So bestätigt v. B.... durch die Art, wie er seine tadelnden Bemerkungen gegen meine Arbeit begründet, nur die Berechtigung aller gegen seine Polemik erhobenen Einwendungen."

v. B. replizierte nochmals.**) In gewundenen Ausführungen versuchte er wiederum bei nebensächlichen Punkten neue Quertreibereien, — aber auf die entscheidenden Thatsachen geht er auch jetzt mit keinem Worte ein. Der diesbezüglichen ausdrücklichen Forderung K.'s begegnet er mit der verblüffenden Ausrede:

(S. 155). „Es würde zu geringes Vertrauen zu meiner Sache verraten, wenn ich auf alle Einzelheiten der K.'schen Ausführungen antworten wollte. Daß keine „schwerwiegenden Beweise" gegen mich vorliegen, entnehme ich der einmütigen Anerkennung, die meine Arbeiten bei allen unbefangenen und sachkundigen Forschern gefunden haben. K. freilich scheint zu fordern, daß ich auf alle einzelnen Punkte Bescheid gebe."

Herr v. B. ist hier wie immer. Wer ihn lobt, ist unbefangen und sachkundig. Wer von seinen „Verdiensten" schweigt, oder gar ihn zu meistern

---

führungen von Nitzsch Herrn v. B. in einem entscheidenden Punkte unbekannt geblieben sind: „Ferner ist es im höchsten Grade auffallend, daß man Werke von Nitzsch bei Below nie citiert findet, sondern daß für die mehr oder weniger karrikirt wiedergegebenen Ansichten dieses Gelehrten höchstens auf die Citate anderer aus Nitzsch verwiesen wird." Hier knüpft v. B. in seiner Entgegnung an u. erklärt (S. 116 in der Anm.): „K. behauptet, daß ich Nitzsch nie citiere. Ich habe indessen seine Deutsche Geschichte u. einen seiner Aufsätze in meiner „Stadtgemeinde", sein Buch über Ministerialität u. Bürgertum in meiner „Landständ. Verf. in Jülich u. Berg" citiert." — Letzteres Werk scheidet selbstverständlich aus, da Koehne nur die Arbeiten v. B.'s. zur Gesch. d. Stadtverf. bespricht. In v. B.'s „Stadtgemeinde" findet sich wirklich auf S. 21, Anm. 56 u. S. 22, Anm. 59 ein Hinweis auf Nitzsch. An der ersten Stelle wird mit Hohn eine kurze Stelle aus Nitzsch's Geschichte des deutschen Volkes citiert. v. B. beginnt: „Nach Nitzsch traten die Handwerker deshalb aus der Hörigkeit zur Freiheit über, weil — die Bischöfe infolge des Investiturstreites verarmt waren!" Nitzsch (II, S. 172) spricht freilich von den Folgen des Bürgerkrieges! — — An der zweiten Stelle wird auf eine Polemik von Hegel und Nitzsch Bezug genommen.

Beide Stellen hat Koehne übersehen. Aber das Wesentliche in K's. Behauptung ist doch, daß v. B. die Arbeiten von Nitzsch nicht kennt, oder doch nur eine ganz oberflächliche Kenntnis derselben besitzt und gleichwohl über dieselben so dreist aburteilt. Daß Koehne hier im Recht ist, erhärtet v. B. auch in seiner neuesten Schrift. Daselbst weist er (Stadtverf. S. 92) gegen Sohm, unter besonderer Hervorhebung durch gesperrten Druck, auf die Landfrieden aus der Zeit Heinrich IV als Quelle für den verstärkten Friedensschutz des städtischen Weichbildes hin. Ein Zusammenhang, den bekanntlich Nitzsch zuerst aufgedeckt und eingehend erörtert hat. Da Herr v. B. Nitzsch nicht citiert, so bleibt nur die Wahl, daß er — um mit seinen Worten zu reden — „die Kühnheit besitzt, sich als den ersten Entdecker auszugeben", oder, daß er eben Nitzsch nicht kennt.

*) Quidde's Zeitschr. f. Geschichtsw. V 139 ff.

**) Ebendas. S. 149 ff.

wagt, wird über kurz oder lang der Schaar der Nichtwisser und Erfinder eingereiht.

K. hat auf eine weitere Erklärung verzichtet, obgleich die Redaktion ihm den Raum dazu gewährte. Eine Fortsetzung der Debatte mit dem in einem gewissen Punkte unempfindlichen Gegner war in der That aussichtslos.

Seltsam ruhig und zurückhaltend ist übrigens der Ton v. B.'s im Verlauf dieser ganzen Diskussion geblieben. Wer sich der scharfen Ausfälle des Herrn in den Gött. Gel. Anz. und in der Hist. Zeitschr. erinnert, dem fällt vielleicht daneben ein, daß diese Blätter sich jeder Polemik gegen ihre Mitarbeiter grundsätzlich verschließen, während Quidde's Zeitschrift der Debatte freiesten Raum gewährt. Harmlose Gemüter mögen meinen, daß ein solches Verhältnis den Autor bis zu gewissem Grade verpflichtet. Ein rücksichtsloserer Kampf ist jedenfalls dort erlaubt, wo Wind und Sonne gleich verteilt sind. Herr v. B. scheint entgegengesetzter Ansicht zu sein. Seine sonst übermäßig kecke Sprache ist überall da gemäßigt, wo er direkt zur Verantwortung gezogen werden kann. Am verwegensten aber wird er da, wo er sich selbst vor dem § 11 des Preßgesetzes sicher weiß: sein letztes Buch schließt nach einer Registrierung einzelner Versehen, die er Koehne nachgewiesen haben will, mit einem Kraftwort über dessen „durch und durch unwahres Buch":

v. B. (Stadtverf. S. 143) „daß es Koehne nicht darauf ankommt, den Leser zu überzeugen und zu unterrichten, sondern zu täuschen, zu hintergehen, zu überrumpeln. Und man weiß ja, daß ihm dieses bei mehreren namhaften Forschern bereits gelungen ist."

Sollte etwa der Leser meinen, daß auch dieses Diktum nicht übel auf seinen Urheber paßt?

VI. v. Inama-Sternegg. Nach dem Vorstehenden darf ich mich bezüglich v. Inama-Sterneggs kurz fassen. v. B. hat den 2. Band von dessen Wirtschaftsgeschichte, welcher u. a. die Entwickelung des Städtewesens ausführlich erörtert, im Text seines letzten Buches allerdings citiert, in die Liste der neueren Arbeiten hat er den Titel jedoch nicht aufgenommen. Auch in die Kategorie der „verschnupften Erfinder", mit denen wir uns bisher beschäftigt haben, ließ sich Inama nicht ohne weiteres bringen, da er sich niemals abfällig über Herrn v. B. geäußert hat. Und doch hat Inama sich so schwer versündigt, daß er dem rächenden Strafgericht nicht entgehen durfte. v. B. wählte den Ausweg, dem Buch in den Gött. Gel. Anzeigen*) eine ausführliche Besprechung mit auf den Weg zu geben. Für diese Recension findet der Leser vielleicht ein vertieftes Verständnis, wenn ich einige Sätze derselben wörtlich mitteile.

v. B. (S. 755.): „Wir haben es mit einer zusammenfassenden Darstellung, einem Lese- u. Lehrbuch zu thun. Die Daten und Auffassungen aber, die in Kompendien mitgeteilt werden, pflanzen sich naturgemäß viel leichter, viel weiter fort als die Resultate von Monographien . . . Die Kritik kann daher nicht umhin, zu der vorliegenden ersten zusammenfassenden Schilderung der deutschen Wirtschaftsgeschichte vom 9. bis 12. Jh. Stellung zu nehmen. Inama sagt, er sei bei der Darstellung .... der wirtschaftlichen Zustände des Mosellandes Lamprecht gefolgt..... (S. 756) Er übernimmt nicht nur fast alle, auch die am wenigsten gestützten Behauptungen Lamprechts, sondern seine Darstellung besteht überhaupt zum großen oder vielmehr zum größten Teil aus Excerpten aus dessen Wirtschaftsleben ..... Mangel an selbständiger Forschung ist der Hauptfehler von Inamas Buch. Und leider hat er, wie wir noch sehen werden, sich gelegentlich nicht für zu vornehm gehalten, seine Darlehen auch an etwas

*) 1891 S. 755 ff.

dunkler Stelle zu kontrahieren..... (S. 757). Wenn ich im folgenden auf den Inhalt näher eingehe, so wähle ich zur Besprechung diejenigen Partien aus, von denen es am wenigsten wünschenswerth ist, daß sie in der Gestalt, die ihnen Inama gegeben hat, in die Litteratur übergehen. Vor allem kommen dabei die Ausführungen über das Aufkommen des Städtewesens in Betracht. Vor diesen ist am meisten zu warnen. ..... (S. 764) .. er citiert ... Nitzsch .... Hoeniger, endlich Koehne. (In einer Anmerkung bemerkt v. B. an derselben Stelle, daß seine eigenen Arbeiten nur flüchtig u. einmal in einer anderen Veröffentlichung Inama's sogar im Titel ungenau citiert sind. Im übrigen sucht v. B. zu erweisen, daß in einer wichtigen Frage (Beurteilung der Gilde) Inama's Quellenkenntnis u. Auffassung ausschließlich auf Koehne zurückgeht.) ..... (S. 765) er hat sich nur zu sehr auf ihn gestützt.... Nun ist er aber hier an den unzuverlässigsten Gewährsmann geraten....."

Also die Lamprecht, Nitzsch, Hoeniger, Koehne, diese großen und kleinen Verderber jeder wahren Wissenschaft, sind von Inama-Sternegg benutzt, und so gänzlich kritiklos erweist sich dieser Mann, daß er die epochemachende Wirksamkeit v. Belows nicht einmal ahnt.

In eigener Sache.

So weit ich sehe, hat nur eine Stimme die Form der Polemik v. B.'s in der Oeffentlichkeit, wenn auch nicht ausdrücklich gutgeheißen, so doch sympathisch begrüßt. W. Arndt spricht*) von der „recht unbarmherzigen Kritik" des „schneidigen" Verfassers. Arndt hat dabei unter der gewissermaßen selbstverständlichen Voraussetzung, daß die positiven Angaben dieses schneidigen Rezensenten gar nicht in Zweifel gezogen werden dürfen, die umständliche Mühe einer genauen Nachprüfung für überflüssig gehalten.**)

Ohne weiteres räume ich ein, daß einem Forscher bei Beurteilung unterwertiger Leistungen seiner Vorgänger ein scharfes Wort sehr wohl nachgesehen werden darf. Sein Vorgehen bleibt schließlich doch dankenswert, und es kommt auf etwas verletzte Empfindlichkeit so gar viel nicht an. Ist nun der Mann, den wir in den vorstehend betrachteten Waffengängen genauer kennen gelernt haben, auch nicht gerade ein einwandfreier Zeuge, so ist darum doch nicht ausgeschlossen, daß sein Tadel einen wunden Fleck getroffen haben könnte.

Der springende Punkt ist demnach im gegebenen Falle, ob v. B. mit zureichendem Grunde die schweren Vorwürfe gegen jene Gruppe von Fachgenossen erhebt, die seinen Zorn in so besonderem Grade erregt haben.

Wenn ich mich im folgenden darauf beschränke, die Anklagen, die v. B. gegen einen der Verfemten richtet, einer genaueren Beleuchtung zu unterziehen, so geschieht das, weil ich kein Ende finden würde, wenn ich seine ausgedehnte Polemik in ihrer Gesamtheit berücksichtigen wollte, und weil jede Auswahl den Einwand ermöglichen würde, daß ich Entscheidendes übergangen hätte.

Ich hebe die Summe der gegen mich gerichteten Angriffe***) aus der wimmelnden Masse heraus. Das liegt mir naturgemäß am nächsten und ist mir obendrein ein Bedürfnis, seitdem Herr v. B. die provozierende Erklärung

---

*) Litt. Centr.-Bl. 1889, Sp. 572.

**) Soeben ist an derselben Stelle (L. C. Bl. 1892 Nr. 23) auch eine überaus lobend urteilende, anonyme Rezension des letzten Buches v. B.'s erschienen. Der Rezensent meint: „Auch an wuchtigen Hieben gegen seine Gegner läßt es der Verf. nicht fehlen." Der Anonymus scheint also die Ansicht W. Arndts zu teilen, wie dessen Praxis hinsichtlich einer gewissenhaften Nachprüfung.

***) Nur die gegen meine Editionsthätigkeit gerichteten Bemerkungen lasse ich unerörtert, weil auch die Geduld des Lesers eine Grenze hat und weil im großen und ganzen v. B.'s Urteil in dieser Richtung etwas milder lautet. Für die verhältnismäßig untergeordnete Thätigkeit des Editors scheint er mir eine mäßige Qualifikation einräumen zu wollen.

abgegeben hat, daß sein „geringschätziges Urteil“ über mich bisher nicht beanstandet worden sei.*)

Hat uns bisher in erster Linie das „wie“ B.'scher Polemik beschäftigt, so erhebt sich nunmehr daneben auch die Frage der sachlichen Berechtigung B.'scher Kritik. Und wenn ich auch nicht daran denken kann, wissenschaftliche Streitfragen an dieser Stelle zum Austrag zu bringen, so hoffe ich doch ein Urteil darüber zu ermöglichen, ob auf Grund der von Herrn v. B. geltend gemachten Ausstellungen ein Verdikt, wie er es über meine wissenschaftliche Thätigkeit gefällt hat, zulässig ist.

In einer der letzten Nummern der Gött. Gel. Anzeigen**) gedenkt v. B. „einer Klasse ganz wertloser wirtschaftsgeschichtlicher Arbeiten“ und meint, „daß auf das niedrige Niveau, auf dem sich diese befinden, ein politischer Historiker nie herabgesunken ist“. Als Kommentar dazu findet sich in der Anmerkung das Diktum:

„Ein „Wirtschaftshistoriker“ hat es fertig gebracht, noch in den 80er Jahren dieses Jahrhunderts es nicht zu wissen, daß das österreichische privilegium maius eine Fälschung sei! Bei einem sog. politischen Historiker, und sei es auch der Geschichtsschreiber von Krähwinkel, wird man eine solche Unwissenheit nicht entdecken. Einige charakteristische Beispiele jener Art habe ich in meinem Ursprung der deutschen Stadtverf. S. 7, Anm. 2, zusammengestellt.“

Herr v. B. hat an jener Stelle schonend verschwiegen, wer dieser krasse Ignorant ist. Erst in dem Citat, das er seiner Anmerkung einschaltet, findet der Leser näheren Aufschluß. Hier ist die Stelle:

(Stadtverf. S. 8 in der Anm.) „Die kritiklosesten Verallgemeinerungen, wie überhaupt alle nur denkbaren methodischen Fehler und als Hauptquelle davon eine geradezu beispiellose Unwissenheit finden sich bei Hoeniger.“

Das Urteil läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und beweist unter allen Umständen so viel, daß in den Augen v. B.'s meine „Elaborate“ als klassische Muster „pseudowissenschaftlicher Leistungen“ gelten dürfen.

Und die Begründung? —

v. B. a. a. O.: „Abgesehen davon, daß er [Hoeniger] jenen Irrtum hinsichtlich des Schöffenkollegiums natürlich teilt, und abgesehen von vielen ähnlichen Schnitzern (s. meine Stadtgemeinde S. 54 f. und S. 119 ff.), verwertet er das berüchtigte privilegium maius als echte Urkunde Friedrich Barbarossas! S. Ztschr. f. d. Gesch. d. Juden in Deutschland, I, Heft 1, S. 97 (nachträglich scheint ihn Wattenbach auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht zu haben; s. ebenda, Heft 2, S. 151). Amüsant ist dabei besonders, daß er jene Fälschung „ein Privilez für den Herzog von Oesterreich“ nennt. Den nicht weniger berüchtigten Simon Grunau benutzt er als Quelle für die Geschichte des schwarzen Todes! Höhlbaum (Deutsche Litteratur Zeitung 3, S. 684) bemerkt dazu: „Die Kritik verhüllt sich“. Einer (selbstverständlich falsch interpretierten) Andernacher Urkunde entnimmt er eine wunderliche Theorie von einer „Verschiebung der schöffenbaren Leute“ (die von dem Gedanken ausgeht, die Patrizier seien arme Ackerbauer gewesen!) und sucht diesen angeblichen Vorgang in alle Städte zu verlegen. S. darüber meine Stadtgemeinde S. 119 ff. Ich würde auf dieses geistsprühende Genie hier nicht zurückkommen, wenn sich nicht ein Schriftsteller bereit gefunden hätte, in einem von Hoeniger veranlaßten und ihm gewidmeten Buche diesen allen Ernstes als den Heros unter den Forschern auf dem Gebiete der deutschen Städtegeschichte zu feiern. Es ist dies Koehne.“

Einige der hier berührten Punkte werden ihre Besprechung an späterer Stelle finden.***) Nur die mit den Fragen der städtischen Verfassungsgeschichte

*) Quiddes Ztschr. V S. 151.
**) 1892 S. 295.
***) Vergl. unten XI, XIV 19 u. 20, XV.

nicht im Zusammenhang stehenden Fälle sollen hier vorweg erledigt werden. Gleichgiltige Scherze, wie „Wirtschaftshistoriker" im Gegensatz zu dem „politischen Historiker von Krähwinkel" oder „nachträglich scheint ihn Wattenbach auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht zu haben", lasse ich hier wie in der Folge, wo ähnliches noch öfter begegnet, bei Seite.

I. Zuerst das „berüchtigte privilegium maius". v. B. schweigt über den Zusammenhang, in dem ich die Fälschung als echte Urkunde verwerte. Ich stelle a. a. O. am Schluß eines Aufsatzes: „Zur Geschichte der Juden Deutschlands im früheren Mittelalter" einige Belege für jüdische Wucherpraxis im 12. Jahrhundert zusammen:

„Als Bernhard von Clairvaux im Jahre 1146 von Verfolgungen der Juden abmahnt, gebraucht er bereits einen technischen Ausdruck für jüdischen Wucher, Abt Peter von Cluny häuft in derselben Zeit schon alle die späteren Beschuldigungen wucherischen und unehrlichen Erwerbs auf sie, und Friedrich Barbarossa nennt in einem Privileg für den Herzog von Oesterreich Juden und Wucherer in gleicher Linie."

In einer Fortsetzung, die im nächsten Heft der Zeitschrift erschien, und die v. B. gleichfalls citiert, bemerke ich zum Schluß:

„An dieser Stelle möchte ich einen Irrtum des ersten Abschnittes dieser Untersuchungen berichtigen. Daselbst sind (S. 97) einige Aeußerungen über jüdischen Wucher aus der Mitte des 12. Jahrhunderts angeführt, die erweisen sollen, wie im Gegensatz zu der Ansicht des früheren Mittelalters, nach welcher „Jude und Kaufherr identische Begriffe waren, jetzt die Vorstellung sich zu bilden beginnt, daß Jude und Wucherer sich decken."

Neben authentischen Bemerkungen Bernhards von Clairvaux und Peters von Cluny ist auch das Privilegium maius Austriacum von 1156, welches Juden und gewerbsmäßige Wucherer in gleicher Linie nennt, zum Beweis herangezogen, obgleich dieses Privileg längst mit aller Sicherheit als Fälschung des 14. Jahrhunderts erwiesen ist. (Vergl. Wattenbach im Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen Bd. VIII S. 91.) Es bleiben also für die Mitte des 12. Jahrhunderts nur die aus Frankreich stammenden Belegstellen übrig. Es bestätigt sich also auch hier die dem Osten vorauseilende Entwickelung des wirtschaftlich fortgeschritteneren Westens. Die Fälschung anticipiert demnach in der Stellung, die sie den österreichischen Juden zuweist, spätere Zustände. An dem Endurteil ändert sich damit nichts; es muß aber hervorgehoben werden, daß es noch einige Menschenalter gedauert hat, ehe die Vorstellung von der Wucherqualität des Juden auch in Deutschland allgemeine Verbreitung finden konnte."

Der Leser wird erwartet haben, daß mir bei Erörterung irgend einer verfassungsrechtlichen Frage, bei der das Moment der Fälschung eine entscheidende Rolle spielt, jener von meinem Kritiker gerügte Lapsus begegnet ist. Nach der vorstehend gegebenen Darlegung des Thatbestandes überlasse ich es dem Urteil der Fachgenossen, ob die maßlose Entrüstung v. B.'s hier überhaupt am Platz ist und vor allem, ob sie loyal ist, nachdem ich mein Versehen ohne jede Beschönigung selbst berichtigt habe.*)

II. Mit der Benutzung des „nicht minder berüchtigten Simon Grunau" steht es nicht viel anders. In meiner Doktordissertation**) führe ich unter einer langen Reihe von Belegen für die örtliche und zeitliche Verbreitung der Judenverfolgungen zur Zeit des schwarzen Todes auch jene Quelle an.

---

*) Gerade Herr v. B. ist ungewöhnlich häufig in der Lage, eigene Irrtümer „zu berichtigen" oder frühere Urteile „zurückzunehmen". Er wird zweifellos, soweit seine Person in Frage kommt, in solchen Fällen der Ansicht sein, daß ein darauf begründeter Vorwurf ebenso überflüssig wie geschmacklos ist.

**) Gang und Verbeitung des schwarzen Todes in Deutschland 1348—1351 und sein Zusammenhang mit den Judenverfolgungen und Geißelfahrten dieser Jahre. 1881 (S. 7).

Die erweiterte Dissertation ist später als Buch, (Der schwarze Tod in Deutschland, 1882) erschienen. Höhlbaum hat in einer Besprechung desselben einen Tadel über die Benutzung Simon Grunaus mit den von Herrn v. B. angeführten Worten begleitet.

Ich bekenne, daß ich damals von dem sehr zweifelhaften Wert des Autors keine richtige Vorstellung hatte. Im übrigen ist mir heute manche Schwäche meiner Erstlingsarbeit bekannt, die schwerer ins Gewicht fällt, als der von Höhlbaum gerügte Fehler. Ob die Arbeit selbst so ganz wertlos war, daß sie mit der von B.'s Tadelsucht aufgespürten Bemerkung abgethan ist, lasse ich dahingestellt. Herr v. B. hat sich offenbar an der Kenntnisnahme der Höhlbaumschen Kritik genügen lassen. Sonst würde er schwerlich von einer Benutzung der Quelle für die Geschichte des schwarzen Todes gesprochen haben. Die Quelle ist von mir für die Geschichte der Judenverfolgungen herangezogen.

III. In einem ähnlichen Sündenregister, das v. B. bei anderer Gelegenheit mir vorhält, ist noch auf einen weiteren seitab liegenden Punkt Bezug genommen.

v. B. Stadtgemeinde S. 126: „Die amüsanteste Stelle findet sich im Jahrb. f. Gesetzgebung 1888, S. 376. Hier will H. nachweisen, daß im Handwerkswesen der Zunftzwang keine Rolle gespielt hat. Er glaubt diesen Nachweis durch folgenden klassischen Ausspruch erbringen zu können: „Selbst bei Betrieben, für welche eine zunftmäßige Organisation besteht, ist von Zunftzwang keine Rede." Implicite liegt darin, daß H. da, wo keine Zünfte bestehen, trotzdem den Zunftzwang an sich für möglich hält!"

1. A. a. O. bespreche ich Büchers „Bevölkerung von Frankfurt a. M. im 14. und 15. Jahrhundert". Es ist nebensächlich, aber es beleuchtet doch die Flüchtigkeit, mit der v. B. operiert, daß nicht ich an der Stelle etwas nachweisen will, sondern, daß ich lediglich die Meinung Büchers wiedergebe.

2. Bedenklicher ist schon, in welcher Weise v. B. den Inhalt meines Referates verwertet. Bücher hat in seinem Werk den Nachweis geführt, daß im mittelalterlichen Frankfurt die Zünfte keineswegs das ganze Gebiet des gewerblichen Lebens umspannten, daß daselbst ein Teil der industriellen Produktion sich immer auf dem Boden des freien Betriebes vollzog. Und zwar gehören dahin nicht nur die Gewerbetreibenden solcher Berufsarten, die überhaupt nie zünftig waren, sondern es finden sich auch einzelne Vertreter zunftmäßiger Gewerbe, die der Organisation ihres Handwerks nicht beigetreten sind. Unter Hinweis auf eine ganze Reihe ähnlicher überraschender Ergebnisse Büchers fasse ich mein Schlußurteil wie folgt zusammen:

„Wenn ich kurz bezeichnen soll, was mir als das Ueberraschendste und zugleich als das Bemerkenswerteste in Büchers Darstellung entgegengetreten, so ist es die freie Bewegung, die wir in den verschiedensten Kreisen des mittelalterlichen Lebens beobachten. Da sehen wir eine ungeahnte Mannigfaltigkeit der Berufsthätigkeiten .... Dabei behauptet sich ein beträchtlicher Teil der gewerblichen Thätigkeit unbehindert außerhalb der zunftmäßigen Organisation. Selbst bei Betrieben, für welche eine zunftmäßige Organisation besteht, ist von Zunftzwang keine Rede ....."

v. B. citiert nur den letzten Satz, der unter Fortlassung des unmittelbar vorhergehenden Passus allerdings den Unsinn ergibt, den v. B. mir anzuhängen versucht. Eine bequeme Art, den Gegner lächerlich zu machen. Nur ehrlich ist sie nicht.

Doch das sind gelegentliche Seitenhiebe. Die Hauptangriffspunkte bieten Herrn v. B. meine kleinen Beiträge zur städtischen Verfassungsgeschichte.

Zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung. Die Arbeiten für die Herausgabe der Kölner Schreinsurkunden haben mich seit einem Jahrzehnt zur Beschäftigung mit den Problemen der mittelalterlichen Städteentwickelung geführt. Ich fand ein Quellenmaterial, das in tausenden von Urkunden des 12. Jahrhunderts die reichsten Aufschlüsse für das bürgerliche Leben der Stadt gerade in jener dunklen Uebergangszeit bot, in der die vielumstrittenen Anfänge einer selbständigen Stadtverfassung einsetzen. Aus der Beschäftigung mit dieser Edition sind einige kleinere Veröffentlichungen zur rheinischen Städtegeschichte entstanden. Von den allgemeinen Ergebnissen meiner Studien habe ich nur bei Gelegenheit kritischer Erörterungen hie und da einiges mitgeteilt, namentlich in zwei „wirtschaftsgeschichtlichen Jahresberichten" über die Litteratur von 1882 und 1883.

Herr v. B. hat fast alle diese zerstreuten Beiträge der Beachtung gewürdigt. Ich will versuchen, seine kritischen Randglossen übersichtlich zur Anschauung zu bringen. Ich beginne mit den allgemeineren Fragen.

Für die wirtschaftsgeschichtlichen Jahresberichte war mir das Referat über die an die Entwickelung von Industrie und Verkehr und an städtische Verwaltungsgeschichte anknüpfenden Erscheinungen zugewiesen.

Selbstverständlich war es ausgeschlossen, in diesem Rahmen frei gewählte Themata zu behandeln. Ich war an die gerade vorliegenden Veröffentlichungen gebunden und hatte dieselben obendrein in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Wirtschaftsgeschichte zu betrachten. Immerhin bot sich Gelegenheit genug, einzelne Grundfragen der städtischen Verfassungsgeschichte zu erörtern, zumal bei dem engen Zusammenhang der Entwickelung von Handel und Gewerbe mit dem Aufkommen der Städte und ihren frühesten Instituten die Umschau auf diesem Forschungsgebiet ziemlich weit ausgedehnt werden mußte.

IV. Forderung einer zusammenfassenden Darstellung. So hatte ich Veranlassung, anknüpfend an eine Aeußerung von Frensdorff gegenüber der einseitig überwiegenden monographischen Thätigkeit die Notwendigkeit einer erneuten Zusammenfassung der Ergebnisse zu betonen.

H. Jahrbücher f. Nationalök. u. Stat. 1884, Bd. 42, 569: „Immer wieder ist die Forderung ausgesprochen worden, daß erst die Einzelverfassungen genauer zu untersuchen wären, bevor eine neue Darstellung der Grundzüge gewagt werden dürfe. Seit dem Vermittlungsversuche Heuslers sind eine ganze Reihe derartiger Spezialarbeiten erschienen, die im einzelnen vielfach mit seinen Ergebnissen nicht mehr vereinbar sind. Aber überall erscheint die Beschränkung auf den Kreis der örtlichen Ueberlieferung festgehalten, und jeder verallgemeinernde Gedanke ist fast ängstlich vermieden. Naturgemäß treten die Differenzen um so schärfer hervor, und wir erhalten ein verwirrendes Bild, dem nachgerade jede Einheit abgeht.

Stellt man die Betrachtung des materiellen Inhalts in den Vordergrund, dann wird man in dem Ursprung wie in dem Inhalt der mittelalterlichen Stadtverfassungen doch mehr Einheit und Uebereinstimmung erkennen, als gemeiniglich zugestanden wird. Es kann nicht bestimmt genug betont werden, daß die Verschiedenheiten mehr in der Form, häufig sogar nur im Namen liegen ....

Für die deutsche Städtegeschichte ist eine neue Darstellung der Grundzüge ein unabweisbares Bedürfnis, und daß eine solche Aufgabe das höchste wirtschaftsgeschichtliche Interesse hat, bedarf kaum des Hinweises."

v. B. beginnt seinen ersten Aufsatz:

„Die Erkenntnis der Momente, welche bei der Entstehung einer deutschen Stadtverfassung maßgebend gewesen sind, kann nach der gegenwärtig herrschenden Ansicht einstweilen nur dadurch gefördert werden, daß die Geschichte der Verfassung ein-

zelner Städte für sich dargestellt wird . . . . . Die folgende Untersuchung geht von anderen Voraussetzungen aus: im geraden Gegensatz zur herrschenden Ansicht will sie nur eine allgemeine Erörterung sein."

Da wären wir also beide von dem gleichen Grundgedanken ausgegangen.

V. Eintheilung der Städte in Bischof-, Pfalz- und Landstädte. Auch im einzelnen bewegt sich v. B. zuweilen in merkwürdiger Uebereinstimmung mit mir.

Die Erschließung neuer Quellen in der Litteratur des Jahres 1882 legte mir die Frage nach einer Gruppierung des anwachsenden Stoffes nahe. Man vergleiche mit meiner Auseinandersetzung die inhaltlich naheliegenden Ausführungen v. B.'s.

H. Jahrbücher 1883, Bd. 40, 569: „Bisher suchte man sich so gut als möglich mit der alten Einteilung nach Bischofs-, Pfalz- und Landstädten zu helfen. Aber diese herrschaftliche Zugehörigkeit der Stadt ist nicht von wesentlichem Belang. Köln, Magdeburg, Straßburg haben sich zu verschiedenen Zeiten und bis zu gewissem Grade in verschiedenen äußeren Formen entwickelt, während sich die Gleichartigkeit und die Gleichzeitigkeit der Entwickelung für Köln mit Gent, Brügge und Ypern schlagend nachweisen läßt. Damit fällt die gewaltsame Konstruktion analoger Entwickelungsreihen für die Städte nach ihrer herrschaftlichen Zugehörigkeit. Die Unterschiede von Industrie- und Handelsstadt, von Lokal- und Transitverkehr, haben, wie sie als wirtschaftliche Vorbedingungen der Einzelentwickelung gelten können, ohne Zweifel auch rechtlich bemerkbar Einwirkungen geübt."

v. B. „Hist. Ztschr. 1887, Bd. 58, S. 239: Die Unterscheidung der Städte in bischöfliche, königliche u. landesherrliche ist eine höchst unglückliche. Demjenigen, welcher diese Unterscheidung zuerst aufgestellt hat, darf die deutsche Städtegeschichte dafür wahrlich keinen Dank wissen. Die Bischöfe sind in demselben Sinne Landesherren wie die weltlichen Herren. . . . . Wenn die Bischofsstädte teilweise — nur teilweise — sich früher entwickelt haben, als die andern, so liegt das an besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen, nicht an politischen. Wenn ferner eine Anzahl Bischofsstädte — nur eine Anzahl — sich von der Herrschaft des Stadtherren im wesentlichen frei gemacht hat und unter den König getreten ist, so geht das auf ganz bestimmte einzelne, zum Teil zufällige Momente zurück, auf deren Darlegung ich mich an dieser Stelle nicht einlassen kann. Die Unterscheidung der Städte in bischöfliche, königliche und landesherrliche hat nur dazu beigetragen, den Blick irre zu führen; man sieht in den Verhältnissen der bischöflichen Städte etwas Besonderes, während es sich thatsächlich um etwas allen Städten Gemeinsames handelt."

Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, eine Anlehnung v. B.'s an meine Gedanken behaupten zu können. Ich bedauere nur, daß v. B. keine Zeit gefunden hat, meinen Arbeiten so viel Aufmerksamkeit zu schenken, um unsere verwandte Auffassung in den gedachten Punkten zu erkennen.

Noch mehr bedauere ich freilich, daß, wo er denselben im einzelnen Beachtung zugewendet hat, sich regelmäßig eigentümliche Mißverständnisse eingeschlichen haben, auf Grund deren er meine wissenschaftliche Zurechnungsfähigkeit in Zweifel setzen zu dürfen glaubte.

VI. Scheidung der urkundlichen Ueberlieferung nach ihrer Provinenz.

H. Jahrbücher 42, 570. „Für die Beurteilung der erzählenden Quellen haben wir längst einen sicheren Standpunkt gewonnen. Weniger in ihrem Zusammenhang ist die Gedankenwelt der urkundlichen Ueberlieferung gewürdigt. Nitzsch hebt den Gegensatz der alten kirchlichen Bildung und

der unabhängig von ihr aufkommenden Laienelemente wiederholt hervor, er betont nachdrücklich, daß in der ausschließlich von geistlichen Kreisen gepflegten mittelalterlichen Historiographie die mächtige Laienkultur in Wirtschaft und Recht nicht zum Wort gelangt (Ministerialität u. Bürgertum 1859, S. 7 ff. u. Gesch. d. deutschen Volkes, hrsg. v. Matthai 1883, Bd. I, S. 9 ff.). Auf den ersten Blick erkennt man, welcher fruchtbare Gedanke mit dieser Auseinanderhaltung der Ueberlieferung gewonnen ist. Aber gerade bei Betrachtung der städtischen Entwickelung läßt Nitzsch diese Auseinanderhaltung fallen und sucht aus konstitutiven Urkunden einseitig kirchlichen Ursprungs, wie das bischöfliche Stadtrecht von Straßburg, das Kölner Dienstrecht oder das Hofrecht von St. Maximin, die bemerkenswertesten Aeußerungen dieser Laienkultur zu erklären. Und doch findet jener Gegensatz auch in der urkundlichen Ueberlieferung seinen ungeschwächten Ausdruck. Gerade das spezifisch bürgerliche Leben, dessen kräftiger Aufschwung mit der beginnenden Geldwirtschaft in regem gewerblichen und kaufmännischen Betrieb zu jener glänzenden Entfaltung gelangt, hat sich nicht nur innerlich selbständig, sondern vielfach in direktem Widerspruch zu den geistlichen Elementen entwickelt. Ein schroffer Gegensatz der Anschauung durchdringt die gesamte Rechtsauffassung bürgerlicher und kirchlicher Kreise, und ein volles Verständnis für die Bedingungen des bürgerlich-wirtschaftlichen Lebens ist seitens der Kirche niemals zum Ausdruck gelangt. Wir haben in der wirtschaftsgeschichtlichen Litteratur des Jahres 1883 in Endemanns Studien zur kanonistischen Doktrin wichtige Belege dafür erhalten."

v. B. Hist. Ztschr. 58, 205 Anm. 2. „Hoeniger, welcher für sich eine originale Auffassung der Stadtrechtsquellen in Anspruch nimmt, bezeichnet das Straßburger Stadtrecht als eine „Urkunde einseitig kirchlichen Ursprungs", aus welcher man ein Verständnis für „das spezifisch bürgerliche Leben" nicht gewinnen könne. Er hält die Interpretation des Stadtrechts durch Nitzsch an sich für richtig und stellt es auf eine Stufe mit dem Hofrecht von St. Maximin."

1. Die Eingangswendung lasse ich unerörtert. Das „in Anspruch nehmen", ist Below'sche Spezialität.

2. Daß ich die Interpretation des Stadtrechtes durch Nitzsch an sich für richtig halte, ist ein handgreiflicher Irrtum v. B.'s. Aus dem Zusammenhang ergibt sich unzweifelhaft das gerade Gegenteil.*)

*) Für Herrrn v. B. verwandelt sich selbst eine so unverantwortlich flüchtige Auslassung, wenn sie einmal schwarz auf weiß zu lesen ist, zum Dogma. In der Debatte Koehne—v. Below hatte ersterer als Quelle für einen oder den anderen seiner Grundgedanken auf meine Vorlesungen und Uebungen hingewiesen und dabei auch bemerkt, daß ich in denselben bereits vor dem Erscheinen der Below'schen Aufsätze die „Ansichten der älteren Forschung in Bezug auf Hofrecht und ottonische Privilegien" bekämpft habe. v. B. will das nicht wahr haben und erwidert darauf (Quiddes Ztschr. Bd. V, 151): „Was darin [in meinen Vorlesungen und Uebungen] vorgegangen ist, entzieht sich natürlich öffentlicher Kenntnis. Ich glaube indessen doch behaupten zu dürfen, daß K. irrtümlich berichtet sein muß. Denn Hoeniger hat die Interpretation des ältesten Straßburger Stadtrechtes durch Nitzsch als zutreffend angesehen (Hist. Ztschr. 58, 205, Anm. 2)." —

Hier versagt übrigens „die Schneidigkeit" v. B.'s. Er konnte darüber, daß Koehne aus eigener Kenntnis berichtet, nicht im Zweifel sein. Gleichwohl wagt er an dieser Stelle (vgl. oben S. 19) nicht die Erklärung, daß K. falsch berichtet hat und beschränkt sich auf die halb verschleierte Verdächtigung: „daß K. irrtümlich berichtet sein muß."

3. Es ist ferner eine unbegründete Unterstellung, daß ich das Straßburger Stadtrecht mit dem Hofrecht von St. Maximin schlechtweg „auf eine Stufe" stelle. Der gemeinsame Nenner, unter den ich die drei von mir genannten Dokumente bringe, ist ihre Provenienz aus kirchlich-herrschaftlichen Interessenkreisen. Indem v. B. diesen von mir in den Vordergrund gestellten Gedanken beiseite schiebt und obendrein das Kölner Dienstrecht in seinem Citat fortfallen läßt, wird bei dem Leser die Vorstellung erweckt, als ob ich ein für städtische Verhältnisse erlassenes Statut mit dem eines Fronhofes gleichstelle.

VII. Zur Geschichte des Eigentums. Im Anschluß an die soeben citierte Stelle meines Berichtes versuche ich an einem konkreten Beispiel zu zeigen, wie unter der strengen Auseinanderhaltung der Ueberlieferung in dem gedachten Sinne „die Verhältnisse des mittelalterlichen Städtelebens sich wesentlich klarer darstellen". Ich exemplifiziere dabei auf die Geschichte des Eigentums in den deutschen Städten, da zu dieser Frage drei neue Arbeiten aus dem Berichtsjahre (1883) vorlagen:

Gobbers, H., Die Erbleihe und ihr Verhältnis zum Rentenkauf im mittelalterlichen Köln des 12.—14. Jhs. Gekr. Preisschrift (Ztschr. d. Savignyst. f. R. G. Germ. Abt., Bd. IV, 130—214).

Lenfers, Die Grundzüge des ältesten Wikbiletrechts in den Städten des Oberstifts Münster. Progr. (Nr. 320) d. K. Gymn. zu Coesfeld.

Nagel, A., Zur Geschichte des Grundbesitzes u. des Kredits in den oberhessischen Städten (3. Jahresber. d. Oberhess. Ver. f. Lokalgesch., S. 1—53).

Meine kritischen Bemerkungen sind von Herrn v. B. in einem Exkurs seines ersten Aufsatzes mit einigen Zeilen berührt.

Ich stelle bei Besprechung der drei Arbeiten die bekannten Ergebnisse Arnolds voran.*) Aus Schenkungen, die zahlreich freier Hand von Bürgern an Klöster und Stifter verfügt werden, schloß Arnold zunächst auf das Vorhandensein altfreier Einwohner in den Städten. Ferner verfolgte er das Schicksal dieses an die tote Hand geschenkten Gutes. Die Kirche, welche ihren Besitz nicht veräußern durfte, hat denselben in Erbleihe ausgethan. Arnold zeigt nun, wie in dem nach seiner Ansicht anfangs ausschließlich von der Kirche gepflegten Institut der Erbleihe das strenge Verhältnis des Obereigentümers zum Beliehenen sich im Laufe der Zeit immer mehr gelockert hat. Namentlich sind es die hofrechtlichen Beschränkungen, denen die Verfügungsfreiheit des Beliehenen ursprünglich unterlag, die sich allmählich abschwächen. Der Beliehene gilt mehr und mehr als persönlich frei, und nur der Boden erscheint noch dinglich belastet, bis durch das Aufkommen der Zinsablösung auch diese letzte Fessel abgestreift wird und der ursprünglich hofrechtliche Leihbesitz in freies Eigentum übergeht.

Nach Feststellung des Verhältnisses der Ergebnisse von Gobbers zu denen Arnolds heißt es in einem Bericht weiter:

H. a. a. O., S. 571 f.: Arnold schöpfte fast ausschließlich aus Urkunden einseitig kirchlicher Provenienz. Sein Hauptmaterial waren geistliche Besitztitel. Er selbst führt als solches die 15 000 Urkunden der Baseler Klosterarchive an. Alle die Nutzungsrechte des Eigentums, die im Gegensatz zu der althergebrachten Form der Erbleihe von dem spekulativen Sinn des Privatbesitzers ersonnen wurden, begegnen ihm erst ihm 13. und 14. Jahrhundert. In den bürgerlichen Schreinsurkunden des 12. Jahrhunderts finden sich diese Nutzungsformen von Anfang an vollständig ausgebildet. Auch die Zeitleihe ist, soweit überhaupt die Urkunden bürgerlicher Provenienz zurückreichen, urkundlich nachweisbar. Gobbers hat darauf verzichtet, dieses Material vollständig

*) Arnold, Zur Geschichte des Eigentums in den deutschen Städten. Basel 1861.

heranzuziehen, sonst hätte er notwendig zu einer Scheidung in zwei Entwickelungsreihen kommen müssen.

Für das in geistlicher Hand und unter Hofrecht stehende Gut hat Arnold die Entwickelung meisterhaft gegeben. Die Schicksale des unter Stadtrecht stehenden Besitzes konnte er für das 12. Jahrhundert gar nicht und für die spätere Zeit nur aus sehr dürftigem Material verfolgen. Die Privaturkunden der sog. Stadtbücher, die erst in jüngster Zeit größere Beachtung gefunden haben, eröffnen eine andere Welt. Allerdings hat sich im 13. und 14. Jahrhundert ein Ausgleich vollzogen. Man kann im allgemeinen sagen, das im 14. Jahrhundert das ursprünglich unter ungeschwächtem Hofrecht stehende geistliche Eigentum auf diejenige Entwickelungsstufe gelangt ist,*) welche für das zu Stadtrecht behandelte Bürgergut mit dem Stadtrecht selbst von vornherein gegeben war. Es ist hervorzuheben, daß in dem gesamten von Arnold benutzten Urkundenmaterial sich kaum leise Andeutungen dieser Zustände finden. Arnold hat dieselben nicht übersehen, aber sie boten nicht genügend sichere Stützpunkte. Er mußte sich mit dem wiederholten Hinweis begnügen, daß in größeren Städten, wie Köln, Mainz und Worms, die Wahrscheinlichkeit einer vorauseilenden Entwickelung vorliege."

v. B. (Histor. Ztschr. 58, 243) liest aus diesem Passus folgendes heraus:

„Hoeniger behauptet, Arnold stelle die Geschichte des Grundbesitzes dar, welcher nicht unter dem ius civile, sondern unter „ungeschwächtem Hofrecht" stehe, in den Fesseln des Hofrechts gefangen sei. Aber Arnold (Gesch. des Eigentums S. 143 ff., vergl. besonders auch S. 146) will ja gerade von den Grundstücken zu Stadtrecht (ius civitatis), von der emphyteusis handeln; von daher nimmt er seinen Quellenstoff!"

Hier drängen sich die Mißverständnisse und Irrtümer v. B.'s etwas dicht aneinander.

1. Zunächst das Programm Arnolds das ich angeblich irrig wiedergebe. Herr v. B. hat die Absicht Arnolds einfach verkannt. Die Citate, welche er zur Begründung seiner Auffassung anführt, besagen etwas ganz anderes, als er glauben machen will. Auf S. 146 spricht Arnold allerdings von „städtischer Leihe". Aber v. B. übersieht, daß Arnold unter städtischer Leihe nicht ein besonderes Leiheverhältnis nach bürgerlichem Recht versteht, sondern einfach jede in der Stadt vorkommende Leihe. Die urkundlichen Belege, welche Arnold S. 36—45 für städtische Häuserleihe zusammenstellt, lassen darüber nicht den geringsten Zweifel; es sind überwiegend und bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts ausschließlich Leihebriefe geistlicher Institute. Auf S. 143 erwähnt Arnold, daß seit dem 13. Jahrhundert bei den Verleihungen der Zusatz secundum ius et consuetudinem civitatis begegne. Das zeigt aber doch nur, daß Arnold die ältere Entwickelung des Stadtrechts nicht kannte und daß er zwischen den von den geistlichen Instituten nach Hofrecht ausgeliehenen Grundstücken und dem nach Stadtrecht behandelten Grundbesitz keinen strengen Unterschied macht. Arnold sieht eben in älterer Zeit nur die geistliche Leihe. Er sagt ausdrücklich S. 57: „Es war deshalb vor allem die Kirche, von welcher die Verbreitung der Leihe ausging, und wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß bis zum 12. Jahrhundert weltliche Leihen noch seltene Ausnahmen waren."

Arnold „will" also nicht „gerade von den Grundstücken zu Stadtrecht" handeln, sondern er verfolgt in erster Linie die Entwickelung der von den geistlichen Instituten gepflegten Erbleihe.

2. Auch seinen Quellenstoff entnimmt Arnold nicht „von daher", d. h. doch wohl: aus der urkundlichen Ueberlieferung über den Grundbesitz zu Stadtrecht. Arnold beschränkt sich im Gegenteil ausdrücklich auf sein

*) Vergl. unten S. 31, Nr. 5.

Urkundenmaterial überwiegend geistlicher Provenienz. Ein näheres Eingehen auf den einzigen größeren Quellenkomplex bürgerlichen Ursprungs, der ihm bekannt geworden ist, lehnt er geradezu ab. Es ist das Material für die Stadt Lübeck. Arnold äußert sich darüber (S. 47):

„Vermutlich waren (in Lübeck) die Bedingungen der Leihe andere als in den rheinischen und süddeutschen Städten, namentlich scheint statt des Erbrechtes Zeitpacht üblich gewesen zu sein, ebenso wie diese in gleichzeitigen Lübecker Urkunden (Mitte des 13. Jhs.) auch für Mühlen begegnet. Das deutet auf eine viel früher entwickelte Geldwirtschaft, die uns in der schon damals mächtig aufblühenden Handels- u. Hansestadt kaum Wunder nehmen darf. Zudem konnten sich die Verhältnisse freier und rascher entwickeln, weil die Stadt nicht wie ihre älteren Schwestern im Innern von Deutschland durch die Ueberlieferungen einer längeren Geschichte gebunden, vielmehr von Anfang an ausschließlich auf den Handel gegründet war. Es ist eine Entwickelung, die wiederum ein selbständiges Ganze für sich bildet, und die eben darum für unsere Zwecke nicht zur Vergleichung herangezogen werden kann."

Hier öffnet sich also für Arnold der Blick in jene andere, unter bürgerlichem Rechte stehende Welt, und er erkennt mit Bestimmtheit den abweichenden Entwickelungsgang. Aber ihm fehlen die Vergleichungspunkte. In den tausenden von bürgerlichen Privaturkunden, die jetzt bekannt geworden sind, hätte er schon im 12. Jahrhundert die gleichen freien Bedingungen des Grundbesitzverkehrs für sein Gebiet gefunden.

3. v. B. fährt in seiner Kritik folgendermaßen fort:

„Hoeniger selbst unterscheidet innerhalb des städtischen Grundbesitzes zwei Klassen: den unter ungeschwächtem Hofrecht stehenden und den Grundbesitz zu ius civile. . . . . Den wesentlichen Unterschied zwischen ihnen sieht er darin, daß die unter ungeschwächtem Hofrecht stehenden Grundstücke sich in ausschließlich geistlichem, die unter ius civile stehenden Grundstücke in ausschließlich bürgerlichem Besitze befinden. Hier ist aber von einem Unterschied zwischen geistlich und weltlich keine Rede. Das im Hofrecht stehende Gut befand sich nicht bloß in geistlicher, sondern auch in weltlicher Hand; weltliche Immunitäten scheint Hoeniger nicht zu kennen. Und umgekehrt befanden sich Stadtrechtsgüter nicht bloß in bürgerlicher, sondern auch in geistlicher Hand. Besonders aber melden zahlreiche Urkunden von der Verleihung von Grundstücken zu Stadrecht durch Geistliche: die Geistlichen stehen der Bewegung also keineswegs feindlich gegenüber."

Hier liegt zunächst eine willkürliche Entstellung meiner Ausführungen vor. Ich weise auf Grund der nachdrücklich betonten Scheidung der urkundlichen Ueberlieferung zwei Entwickelungsreihen nach, von denen Arnold und nach ihm Gobbers nach Maßgabe ihrer Quellen nur die eine, die geistlich-hofrechtliche klar zu beobachten vermochten. Die zwei nach dem weltlichen oder geistlichen Stande des Besitzers unterschiedenen „Klassen" von Grundbesitz sind v. B.'s Erfindung. Ich sage: „für das in geistlicher Hand und unter Hofrecht stehende Gut hat Arnold die Entwickelung meisterhaft gegeben" und stelle dem „die Schicksale des unter Stadtrecht stehenden Besitzes" entgegen. Der Zusatz: „in geistlicher Hand" bezieht sich ersichtlich auf das unmittelbar vorher erörterte Verhältniß des von Arnold verwertheten Quellenmaterials. Das unterscheidende Merkmal ist also der hofrechtliche oder stadtrechtliche Gerichtsstand des Gutes*)

---

*) v. B. hat nach seiner Art auch diesen meinen vermeintlichen Irrtum an anderer Stelle von neuem fruktifiziert.

(Stadtgemeinde S. IX): „Allerdings ist Nitzsch keineswegs für alle Mißverständnisse verantwortlich zu machen, zu welchen seine Ansichten Veranlassung gegeben haben. So unterscheidet er zwischen geistlichen und bürgerlichen Quellen für die Geschichte des Mittel-

Ein Mißverstehen dieser Auffassung ist nur dann wöglich, wenn man außer Acht läßt, daß meine Auseinandersetzung an das Quellenmaterial und den Gedankengang Arnolds anknüpft. Herr v. B. verschweigt, daß es sich um eine Recension handelt. Allerdings habe ich die von ihm angedeuteten allbekannten Thatsachen nicht ausdrücklich erwähnt. v. B. meint aus Unwissenheit. Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Ich bemerke nur eins: Bei einer systematischen Behandlung des Gegenstandes wären zweifellos alle diese Einzelmomente eingehend zu würdigen gewesen. In einem kritischen Referat, das an einen von außen gegebenen Stoff und naturgemäß an einen begrenzten Raum gebunden war, konnte es nur meine Absicht sein, die leitenden Gesichtspunkte hervorzuheben.

4. v. B. schiebt mir bei dieser Gelegenheit noch die Auffassung zu, daß die Geistlichen der freieren Gestaltung des Grundbesitzverkehrs „feindlich" gegenübergestanden hätten. Ich sage freilich etwas anderes:

H., a. a. O. S. 573: „Arnold betont den tiefgreifenden Einfluß, den die Kirche auf das städtische Leben durch das hauptsächlich von ihr gepflegte Institut der Erbleihe ausgeübt habe. Er überschätzt dabei zunächst den Umfang kirchlichen Besitzes in den Städten, sodann aber muß in entschiedenem Gegensatz zu seiner Auffassung betont werden, daß nicht das geistliche Gut zuerst in die Bahnen einer freieren Entwickelung einlenkte, sondern daß die eigentümlich städtischen Rechtsformen im Grundbesitzverkehr bahnbrechend umgestaltend wirkten zu einer Zeit, als das kirchliche Eigentum noch in den Fesseln des Hofrechts lag. Die bürgerliche Entwickelung eilt selbständig voraus und erst allmälich wird der Besitz der Kirche in dieselben Bahnen gezogen."

5. Bleibt noch der Schlußsatz v. B.'s:

„Unrichtig ist ferner die weitere Behauptung H.'s, das im Hofrecht stehende Gut sei seit dem 14. Jahrhundert mit dem Stadtrechtsgut gleich behandelt worden, in dasselbe aufgegangen."

Ich spreche von einem „Ausgleich", davon daß im 14. Jahrhundert das unter Hofrecht stehende Eigentum auf „diejenige Entwickelungsstufe gelangt ist, welche für das zu Stadtrecht behandelte Bürgergut von vornherein gegeben war", und befinde mich dabei sachlich in vollster Uebereinstimmung mit den Ergebnissen der gesamten rechtshistorischen Forschung. Aber v. B. versteht es auch hier, den Sinn meiner Worte zu verzerren. Seinem apodiktischen Urteil ist als Begründung lediglich der Hinweis auf eine vorangehende Stelle seines Aufsatzes (S. 208) beigefügt. Der Leser erwartet daselbst eine Widerlegung meiner angeblich unrichtigen Behauptung zu finden. Die einzige Bemerkung, die an der citierten Stelle auf den Gegenstand Bezug nimmt, besagt: „daß Hofgerichte und Stadtgericht in der Stadt jederzeit scharf gesondert beblieben sind." Daß dieser Satz mit seiner, keine Ausnahme duldenden Schärfe eine irrige Behauptung aufstellt,*) thut hier nichts zur Sache. Hätte ich meinerseits von einer Vermischung der beiden Rechtskreise gesprochen, so wäre der Einwand v. B.'s wenigstens diskutabel. Doch davon steht bei mir einfach nichts, und v. B. ermöglicht den Tadel nur dadurch, daß er zu dem von mir betonten Eintreten einer gleichen Behandlung für Hofrecht- und Stadtrechtgut ein

---

alters. Hoeniger glaubt nun diesen Gedanken weiterzuführen, indem er den Schlüssel für das Verständnis der städtischen Bewegung in dem Unterschied des geistlichen und bürgerlichen Grundbesitzes findet! Vergl. darüber meinen ersten Aufsatz S. 243."

Die karrikierende Wiedergabe meines Gedankens durch v. B. springt in die Augen. (Vgl. dazu auch oben S. 28 No. VI, 3).

*) Vergl. unten VIII 2.

Aufgehen des einen in das andere hinzudichtet. Daß ich meinerseits mit unzweideutiger Bestimmtheit die Scheidung der beiden Besitzkategorien im Prinzip aufrecht erhalte, ergibt sich im übrigen aus der unter 4 abgedruckten Stelle.

In zwei Anmerkungen beschäftigt sich Herr v. B. an derselben Stelle noch weiter mit mir.

v. B., S. 243, Anm. 5: „Die Schrift von Nagel, welcher Hoeniger a. a. O. großes Lob spendet, ist für unsere Frage wertlos."

Ein dreistes Absprechen, ohne den leisesten Versuch einer Begründung. Ich überlasse das Urteil dem Leser.

H., S. 574: „Es ist bezeichnend, wie eine überaus sorgfältige Untersuchung Nagels zur Geschichte des Grundbesitzes und des Kredits in den oberhessischen Städten, welche unter sicherer Beherrschung der gedruckten und ungedruckten urkundlichen Ueberlieferung mit großer Vorsicht ihre Resultate formuliert, die Bedeutung der Erbleihe für die Mobilisierung des Grundbesitzes in dem behandelten Gebiet in Abrede stellt. Man darf nur den Gesichtspunkt einer Scheidung der geistlichen und bürgerlichen Ueberlieferung der mir als das wichtigste Moment für die richtige Würdigung der Sachlage erscheint, festhalten, um für die Ausführungen Nagels dieselbe Fassung zu gewinnen, die hier vertreten wird. Nagel schildert die Verhältnisse Oberhessens in klaren Zügen: Ein Bistum existierte nicht, die Klöster wurden größtenteils erst spät gegründet und waren anfangs von geringem Einfluß, die kirchlichen Pfründen waren mager, der Klerus rekrutierte sich fast nur aus den niederen Ständen. Die Städte sind verhältnismäßig spät und meist in Anlehnung an eine landesherrliche Burg entstanden, kaum daß in denselben ein geistliches Institut mehr besitzt, als es für eigenen Bedarf braucht. Somit fehlte die Voraussetzung für eine bedeutende Entwickelung der Erbleihe seitens der Kirche. In dem Moment, wo das große Verkehrsleben dieses Gebiet in seine Kreise zieht, müssen notwendig dem Rechtsfundament dieser Städte jene Grundrechte in rascherer Entwickelung eingefügt worden sein, welche anderen Orts als die erste Voraussetzung eines gedeihlichen bürgerlichen Aufschwunges längst erkannt waren."

7. Die zweite Anmerkung lautet:

v. B., S. 243, Anm. 9. „Hoeniger sieht als Inhalt des Stadrechtsgutes *) ein bestimmtes Leiheverhältnis an, während doch thatsächlich die Leihe eine Kategorie des Stadtrechtsgutes bildet."

Ich sage in meinem Referat über die oben citierte Untersuchung von Lenfers:

H., S. 573. „Lenfers erklärt das Weichbildrecht an Grundstücken „seiner rechtlichen Natur nach als eine Erbleihe", bei welcher der Grundherr „außer dem Nutzungsrecht auch noch das Aufsichtsrecht und den Konsens zu Veräußerungen, welche an die Vorstände der „Wikbilete" übergingen, verlor." Richtiger gesagt muß das heißen: Die Erbleihe zu Recht quod wichelde vocatur schließt alle Rechte des Obereigentümers mit Ausnahme des Zinsbezuges aus und setzt an ihre Stelle die Kontrolle der bürgerlichen Behörde."

Also einen Irrtum von Lenfers, den ich als Berichterstatter beiläufig mit einer kurzen Bemerkung richtig stelle, bekämpft v. B. als meine Auffassung!

Es sind einige zwanzig Zeilen Below'scher Polemik, die wir hier genauer kennen gelernt haben. Eine recht bedenkliche Summe von schiefer Auslegung und unzuverlässiger Wiedergabe drängt sich auf diesem engen Raum zusammen. Nimmt man meine Ausführungen, wie sie thatsächlich sind, und nicht wie Herr v. B. sie auf Grund der nachgewiesenen Verdrehungen darstellt, so wird man leicht finden, daß v. B. in seinem „bahnbrechenden" Aufsatze in der hier behandelten Frage genau die gleiche Grundauffassung wie ich vertritt.

*) v. B. meint: des städtischen Besitzrechtes.

Herr v. B. rühmt in stolzem Selbstbewußtsein:

S. 242. Anm. 2: „Meine Abhandlung liefert hoffentlich den Beweis, daß sämtliche bisherige Untersuchungen (von Arnold, Nitzsch, Heusler u. s. w.) über den Stand der Stadteinwohnerschaft aus dem Grunde unzulänglich sind, weil sie nicht von dem Begriff des Stadtrechtsgutes ausgehen."*)

Sollte nun aber doch Jemand auf den Einfall kommen wollen, daß der „Begriff des Stadtrechtsgutes" bereits vorher von anderer Seite in den Vordergrund gestellt war, so hat Herr v. B. dem ein für allemal vorgebeugt. In dem oben (S. 30 No. 3) abgedruckten Passus aus dem Exkurs v. B.'s habe ich eine Stelle ausgeschieden, die ich hier nachtrage:

v. B. a. a. O. S. 243: „Als ich seine [Hoeniger's] Worte zuerst las, glaubte ich in ihm einen Anhänger meiner oben ausgesprochenen Ansicht zu finden. Allein nähere Prüfung überzeugte mich, daß er von den beiden Grundbesitzklassen ganz irrige Vorstellungen hat."

Der Ausdruck ist hier doch etwas verunglückt. Meine Rezension ist drei Jahre vor dem Aufsatz v. B.'s erschienen, und ich müßte seine Offenbarungen vorausgeahnt haben, wenn ich mich in diesem Zusammenhange in der von ihm mir zugewiesenen Rolle eines „Anhängers seiner Ansicht" fühlen wollte. Soll hier überhaupt von einem Abhängigkeitsverhältnis die Rede sein, so möchte ich aus naheliegenden Gründen für eine Umkehrung desselben plaidieren. Zumal ich im gegebenen Falle nicht abzusehen vermag, wie die von mir formulierten Ergebnisse anders als auf Grund des Kölner Schreinsurkundenmaterials in dieser Präzision zu gewinnen waren, und Herr v. B. an den entscheidenden Stellen gerade diese Quelle nirgend heranzieht.

VIII. Freie Verfügungsgewalt über geliehenen Grundbesitz nach Stadtrecht. In seinem zweiten Aufsatze hat v. B. das Versäumte bis zu gewissem Grade nachgeholt (S. 233), ohne freilich ein klares Verständnis des lehrreichen Materials zu zeigen.

Meine ganze Auffassung stützt sich auf die Thatsache, daß in den Kölner Schreinsurkunden die freieren Formen des Grundbesitzverkehrs nach Stadtrecht von Anfang an in die Erscheinung treten. Also auch die Befugnis des Inhabers eines Erbleihegutes, dasselbe frei veräußern zu dürfen.

Herr v. B. meint allerdings:

Hist. Ztschr. 59, 233: „Dieser Rechtssatz ist freilich erst für das 13. Jh. belegt. Im 12. scheint er wenigstens noch nicht allgemein gegolten zu haben."

Daß er damit seinen eigenen Ausführungen im ersten Aufsatz den Boden entzieht, bemerkt Herr v. B. gar nicht.

Als Beleg für seine Behauptung citiert v. B. eine Kölner Schreinsurkunde des 12. Jahrhunderts, derzufolge die Handänderung ohne Zustimmung des Leiheherrn als ungültig erscheint, und fügt in einer Anmerkung hinzu:

„Hoeniger versucht die Geltung jenes Satzes auch für das 12. Jahrhundert zu beweisen. Aber von der in Kölner Urkunden vorkommenden Formel: „jemand erwirbt

---

*) Herr v. B. fügt dem hinzu: „Nur die Untersuchung von Hegel über Köln (Städtechroniken 14, XXI) ist in gewisser Weise auszunehmen."

Mit besserem Rechte hätte v. B. hier auf Nitzsch verweisen können. Hegel beruft sich a. a. O. Anm. 3 ohne jede Einschränkung auf Arnold. Nitzsch dagegen macht mit Bezug auf das Wikbelde (Hansische Geschichtsbl. Jg. 1880—81 S. 21) die kurze Bemerkung: „Es will mir scheinen als ob dieses sächsische älteste Stadtrecht dem städtischen Grundbesitzverkehr früh die freie Bewegung verschaffte, welche nach Arnolds lehrreicher Ausführung die süddeutschen Städte erst allmählich durch die Ausbildung der Häuserleihe und der sich daraus entwickelnden Rechtsinstitute gewannen."

ein Grundstück ita, ut vertere poterit quocunque voluerit" kann er nicht zeigen, daß sie auf abhängigen Besitz geht."

An anderer Stelle (Stadtgem. S. 125) kommt Herr v. B. auf denselben Fall mit der Bemerkung zurück:

„[Hoeniger] will zeigen, daß eine gewisse, in Urkunden vorkommende Formel sich auf abhängigen Grundbesitz bezieht. Er führt den Beweis, indem er das berüchtigte Argument anwendet, man könne ja nicht wissen, daß sie sich auf unabhängigen Grundbesitz bezieht."

Ich muß leider wiederum etwas breit werden, um v. B.'s Verfahren allseitig klar zu stellen:

1. In meinem Referat über Gobbers führe ich aus, daß dieser in seiner Untersuchung über die Kölner Erbleihe zu einer richtigen Würdigung des rechtsgeschichtlichen Entwickelungsganges auf Grund der von ihm benutzten Quellen nicht zu gelangen vermochte. Um das an einem Beispiele klar zu machen, citiere ich seine Auslassungen über das allmählich eintretende freiere Verfügungsrecht über geliehenen Besitz. Gobbers hatte auf eine, nach seiner Meinung erst im 14. Jahrhundert aufkommende feste Formel: «iure hereditario obtinendi et quocunque voluerit divertendi» aufmerksam gemacht, um die endgiltige Abschließung der Entwickelungsreihe zu erweisen. — Dem halte ich entgegen, daß Gobbers bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts ausschließlich Leihebriefe geistlicher Institute für seine Beweisführung heranzieht und daß die Formel, welche nach ihm den Abschluß der Entwickelung im 14. Jahrhundert kennzeichnet, in den bürgerlichen Quellen Kölns bereits im 12. Jahrhundert begegnet.

Nun wäre selbstverständlich nichts einfacher gewesen, als hunderte von urkundlichen Belegen aus den Schreinskarten beizubringen. Aber diese Urkunden waren damals noch nicht im Druck erschienen. Gobbers hatte sie für seine Arbeit nicht herangezogen.*) Ich durfte ihm also die Unkenntnis ungedruckten Materials nicht zum Vorwurf machen. In diesem Zusammenhang wird jeder unbefangene Beurteiler meine weiteren Ausführungen richtig würdigen:

H. a. a. O. S. 572: „Ich unterlasse es, auf ungedruckte Quellen zurückzugehen. Einen Fingerzeig hätten für Gobbers schon die dürftigen Notizen Ennens aus den Schreinskarten (Hansische Geschichtsbl. Jg. 1876, S. 230) geben können. Der Grundbesitzerwerb erfolgt ad ius urbale, urbanum, generale, civile, und als Erklärung wird dem hinzugefügt: ita ut vertere poterit quocunque voluerit. Allerdings fehlt eine nähere Bezeichnung des Rechtsverhältnisses. Aber es ist direkt ausgeschlossen, daß in den erst 1180 vollständig zur Stadt gezogenen Gerichtsbezirken Gereon und Aposteln, aus denen diese Notizen stammen, der gesamte Grund und Boden grundherrnfreies Bürgergut gewesen sei. In den gewerblich und kaufmännisch höher entwickelten Stadtteilen begegnen diese Formeln nicht, dagegen bieten sich seit der Mitte des 12. Jhs. zahllose Handänderungen von Erbleihgut durch den Beliehenen ohne jede Spur einer Mitwirkung seitens des Leiheherrn."

Ich denke, im Rahmen einer Rezension wird niemand eine langatmige

---

*) Ich sage ausdrücklich vorher (571):

„Gobbers beschränkt sich auf die Benutzung der publizierten Rechtsurkunden. Mit diesem Material war die Aufgabe nicht zu lösen. Der Schluß, daß eine Durcharbeitung der unpublizierten Schreinsurkunden ein nennenswertes Resultat für den Gegenstand nicht erwarten läßt, weil die bisher bekannten eine so dürftige Ausbeute gewähren, ist immerhin gewagt, aber aus der bisherigen Behandlung des Quellenkomplexes erklärlich. Gerade diese einzelnen Schreinsurkunden, die willkürlich aus ihrem Zusammenhang herausgerissen und ohne irgend welche Kommentierung von Ennen in den Quellen zur Geschichte der Stadt Köln mitgeteilt sind, sind das wesentlichste Novum an Quellenmaterial, das dem Verfasser über die von Arnold benutzten Urkunden hinaus zur Verfügung stand. Und diese in ihrer Vereinzelung unmöglich richtig zu erfassenden Rechtsurkunden haben ihn irre geführt."

Beweisführung fordern. Wenn Herr v. B. meint, daß ich den Beweis nicht führen kann, so darf ich ihn ruhig bei diesem Glauben lassen, wenn er mir aber das „berüchtigte Argument" andichtet: „man könne ja nicht wissen, daß die Formel sich auf abhängigen Grundbesitz beziehe", so weise ich nur auf meine kurze Bemerkung hin, daß es sich um vorstädtische Bezirke handelt, die ursprünglich unter stiftischer Jurisdiction standen, und die erst durch die Stadterweiterung von 1180 zur Altstadt Köln gezogen wurden. Für jeden Einsichtigen glaube ich damit einen ausreichenden Anhalt zur Beurteilung der in betracht kommenden Verhältnisse gegeben zu haben.

2. Bleibt noch die von Herrn v. B. angeführte Urkunde. Dieselbe (Schreinsurkunden Bd. I., Mart. 1 VI 4, 1135—1142) besagt, daß der Inhaber eines hofrechtlichen Erbleihgutes letzteres aus freier Hand einem anderen zu gleichem Recht verkauft hat. Auf den Einspruch des Obereigentümers gegen die Umgehung seines Konsensrechtes erfolgt eine erneute Auflassung in dem zuständigen Hofgericht und endlich erwirkt, völlig unabhängig davon, der neue Inhaber zu noch größerer Sicherheit die Eintragung seines Rechtstitels in die Akten des Kölner Schreinsamtes.

Es ist hier nicht der Ort, mich über den lehrreichen Fall eingehender zu verbreiten. Aber so viel hätte auch Herr v. B. sehen müssen, daß es sich in diesem Falle um hofrechtlichen Besitz handelt, und daß die Urkunde für den Inhalt des Stadtrechtes nichts beweist. Auch das hätte er allenfalls aus derselben noch lernen können, daß es mit der von ihm beliebten schroffen Scheidung zwischen Stadtrecht- und Hofrechtgütern seine eigentümlichen Bedenken hat.

IX. Freie oder unfreie Herkunft des Bürgerstandes. Aus den vorstehend verschiedentlich angezogenen Ausführungen über die Geschichte des Eigentums ziehe ich einige Folgerungen, von denen Herr v. B. nach seiner Art Kenntnis genommen hat.

H. Jahrbücher 42, 575: „Als unzweifelhaft gilt noch immer, daß die politische Bedeutung des städtischen Patriziats ausschließlich auf dem Grundbesitz beruht habe. Freies Grundeigentum und persönliche Freiheit sind unzertrennliche Begriffe. Als ebenso selbstverständlich wird immer vorausgesetzt, daß der Handwerker in älterer Zeit überall auf fremdem Grund und Boden gesessen habe. Der Beweis, daß er über freies Eigentum nicht verfügt habe, wird nur negativ durch ein argumentum ex silentio geführt. Diese Auffassung beherrscht so sehr alle Untersuchungen über den Ursprung der Stadtverfassung, daß die Stellungnahme zu der Frage nach freier oder unfreier Herkunft, und demgemäß nach hofrechtlicher oder volksrechtlicher Entwickelung den Maßstab für die Stellung zu den entgegengesetzten Lagern von Arnold und Nitzsch abgiebt.

Und doch sind m. E. für den Ursprung der Stadtverfassung diese Gegensätze von untergeordnetem Belang. Hier wirkt entscheidend ein neuer Faktor: das Kapital. Neben der überragenden Macht des Kapitalbesitzes erscheint der Grundbesitz relativ bedeutungslos in einer Zeit, in welcher alles im Fluß ist, und die ständische Bildung des städtischen Patriziats aus den heterogensten Elementen vom altfreien Geschlechtsgenossen bis zum entlaufenen Hörigen vor sich geht."

v. B. beginnt in seinem ersten Aufsatz die Untersuchung mit der Frage nach dem Stande der Bürger, „von der die verschiedenen Ansichten, welche über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung geäußert worden sind, regelmäßig ihren Ausgangspunkt nehmen". Er betont das entscheidende Moment des Zuzugs von außen, weist nachdrücklich darauf hin, wie die freiere Gestaltung des Stadtrechts den Zuwandernden Grundbesitzerwerb ohne Eintritt in ein fremdes Hofrecht und ohne entsprechende Standesminderung ermöglichte. Dabei bemerkt er einmal wörtlich:

v. B., Hist. Ztschr. 58, 202, Anm. 3: „Die Einwanderer sind ihrer Herkunft nach teils frei, teils unfrei. Aber was sie ihrer Herkunft nach sind, kommt für die Stadtverfassung natürlich gar nicht in Betracht. Sobald die Unfreien das Stadtgebiet betreten, sind sie (falls sie nicht innerhalb Jahr und Tag von ihrem Herrn reklamiert werden) frei."

Im weiteren Verfolg polemisiert er sehr breit gegen die Annahme des hofrechtlichen Ursprungs der Zünfte und erklärt sich u. A. dabei auch gegen die Annahme, daß die Handwerker sämtlich unfrei gewesen seien.

Es springt in die Augen, daß für v. B. hier eine Notwendigkeit, gegen mich zu polemisieren, nicht entfernt vorlag. Eher hätte er meiner kurzen Andeutungen zustimmend gedenken können. Aber Herr v. B. weiß denselben nur folgendes zu entnehmen:

Hist. Ztschr. 58, 202, Anm. 2. „Hoeniger spricht die Ansicht aus, die Frage, ob die Städte freie oder unfreie Bevölkerung gehabt hätten, sei belanglos, da ja die Einwanderer zum Teil ehemalige Hörige gewesen seien!"

Ich brauche auf die Verzerrung in der Wiedergabe meiner Auffassung durch v. B. kaum besonders hinzuweisen und führe nur eine Stelle aus dem voraufgegangenen Jahresbericht an, in der ich gleichfalls die alte Kontroverse freier oder unfreier Herkunft berühre:

H., Jahrbücher 40, 570. „Die Macht des Kapitals trägt die ganze Bewegung und bewirkt zuletzt jene soziale Verschiebung, welche die Söhne und Enkel der bunt zusammengewürfelten Gildenmitglieder zu der politisch bevorrechteten Stellung der Patrizier und Erbsassen emporhebt. Man darf nur in diesem Zusammenhange dem von Frensdorff geschlossenen Charakter der Gildegenossen als „ursprüngliche Vollgrundbesitzer" seinen eigenen . . . . Satz von der ständischen Neubildung der Handelstätigkeit gegenüberzustellen, um auch diese Konzession an die bisher festgehaltene Bedeutung des altererbten Grundbesitzes für den Ursprung bürgerlicher politischer Rechte fallen zu lassen."

Die ganze Fülle der „Geringschätzung", die v. B. für meine „litterarischen Produktionen" hegt, drängt er in dem letzten Satz seiner Stadtgemeinde (S. 126) zusammen:

„Nach dem Gesagten ist es nicht weiter auffällig, daß H. sich in die schreiensten Widersprüche verwickelt. Gleichmäßig läßt er die Stadtverfassung erstens aus der Kirchspielverfassung, zweitens aus der Schöffenverfassung, drittens aus der Gildeverfassung, viertens das Stadtrecht aus einem „besonderen Kaufleuterecht" hervorgehen. Nur dem allein richtigen Gedanken, der Ansicht Maurers, verschließt er sich gänzlich."

Herr v. B. schreibt hier selbst den Gang für unsere Betrachtung vor:

X. Die kommunale Bedeutung der Kirchspiele. Auf einen für die deutsche Verfassungsgeschichte nicht ganz unwesentlichen Punkt hatte ich bereits in dem wirtschaftsgeschichtlichen Jahresbericht für 1882 (Jahrbücher 40 S. 569f.) hingewiesen. In der für das betreffende Jahr vorliegenden Litteratur hatte Gengler*) die Bedeutung der Stadteinteilung für die organische Entwickelung des inneren Gemeindelebens betont und dabei im Gegensatz zu einer Reihe verschiedener Einteilungen deutscher Städte, gewissermaßen als auf eine Ausnahme, auf die Sonderung nach Kirchspielen hingewiesen, wie sie uns in Köln entgegentritt. Nur für Hamburg, Worms und Basel entdeckte er noch einzelne mehr oder minder beschränkte Berührungen zwischen Kirchspieleinteilung und dem bürgerlichen Gemeinde- und Verkehrsleben. Demgegenüber führe ich aus, daß in Köln vor Konstituirung einer gemeinsamen Stadtverfassung ein System koordinierter Parochialgemeinden bestand und betone den allmählichen

*) Stadtrechtsaltertümer Kap. IV.

Zusammenschluß dieser getrennten Sonderbezirke unter Vorantritt der Kaufmannspfarre. Ausdrücklich beschränke ich die Geltung dieser Ausführungen zunächst auf Köln und erwähne nur nebenher, daß auch anderwärts eine analoge Entwickelung nachweisbar ist. Der älteren Andeutungen nach dieser Richtung [Warnkönig, Arnold, Giry] gedenke ich mit der kurzen Bemerkung:

„Die Auffassung ist keineswegs neu. Wiederholt ist ein ähnlicher Standpunkt vertreten worden, ohne bei dem Mangel ausreichender urkundlicher Begründung entgegenstehende Auffassungen forträumen zu können."

Im folgenden Jahresbericht berührte ich die Frage von neuem:

H. Jahrbücher 42, S. 567, Anm. 3: „ . . . weil es den Anschein hat, als ob die parochiale Einteilung einen besonderen, noch nicht genügend beachteten Zusammenhang mit der verfassungsrechtlichen Entwickelung aufweist. Während auf dem platten Lande in häufigen Fällen mehrere Dörfer zu einer Parochie gehörten und dementsprechend einen Kommunalbezirk bildeten, tritt in der Stadt schon früh das umgekehrte Verhältnis ein, so daß vor Konstituirung der communitas civium die größeren Städte in mehrere Spezialgemeinden zerfallen, die sich mit der parochialen Gliederung vollständig decken, oder doch auf dieselben zurückzuführen sind. Die Entwickelung läßt sich nicht überall nachweisen, weil die Quellen fehlen; obendrein hat die Reformation durch die Spaltung der kirchlichen Einheit in den meisten Städten eine Trübung des ursprünglichen Zusammenhanges verursacht. Um so sorgfältiger wird man den Spuren desselben nachgehen müssen, wo, wie in Köln und Erfurt, diese Spezialgemeinden bis in die neuere Zeit fortbestanden haben. Durch eine dankenswerte Notiz Gierkes wurde kürzlich in diesen Blättern (Bd. 41, 267) die Aufmerksamkeit auf eine Schrift gelenkt, welche, soweit ich sehe, von der wissenschaftlichen Diskussion unbeachtet geblieben ist. (Vollbaum, Die Spezialgemeinden der Stadt Erfurt, 1881.) Der Verfasser stellt jeden Zusammenhang mit den Parochialgemeinden in Abrede, obgleich die örtlichen Grenzen im wesentlichen zusammenfallen, die Bezirke „Pfarren" hießen und ihre Vorsteher sich bis in dieses Jahrhundert unter dem Namen der „Pfarrhauptleute" erhalten haben. Im Uebrigen verwertet die Arbeit ein reiches Material und dürfte eine Neubearbeitung des Gegenstandes recht wesentlich erleichtern."

Und auf denselben Punkt gehe ich kurz bei einer Besprechung von Hegels Verfassungsgeschichte von Mainz ein:

Westdeutsche Ztschr. 3, 60: „Wir wissen, daß vor der Ratsperiode eine kommunale Verwaltung in den Städten existierte, die sich an die parochialen Grenzen anschloß, so zwar, daß volkreichere Orte, in denen allmählich mehrere Pfarreien erwachsen waren, in eine Reihe getrennter Sondergemeinden auseinanderfielen. Für die flandrischen Städte, für Köln, für Metz, läßt sich der Nachweis strikt durchführen. Anderwärts finden sich wenigstens deutliche Spuren dieses ursprünglichen Zustandes. Für Mainz nenne ich die Erwähnung des Heimburgeramtes, zu welchem in Worms beispielsweise von den einzelnen Parochien die Vertreter gestellt wurden, und die Besteuerung nach Pfarreien, die Hegel anführt."

v. B. bestreitet schlechtweg jede Bedeutung der Kirchspiele für die kommunale Entwickelung. Nach seiner Auffassung kann in Deutschland im Gegensatz zu England nur von einem äußerlichen Zusammenfallen der kirchlichen und kommunalen Grenzen die Rede sein. Ich halte diese Auffassung für irrig und verweise an dieser Stelle, soweit städtische Verhältnisse in Frage kommen, lediglich auf die Untersuchungen von Liebe, Liesegang und Koehne.*) Nur zwei Ausfälle, die v. B. gegen mich unternimmt, habe ich hier genauer zu kennzeichnen.

v. B., Stadtgem. S. 54: „Arnold (Verf.-Gesch. d. D. Freistädte II, 230) sagt: „es scheint, daß die Stadtfreiheit zuweilen anfangs nur in einer größeren Selbstständigkeit der Parochien ihren Ausdruck gefunden hat". Dazu Anmerk. 159: „Während Arnold sich noch in dieser doch immerhin vorsichtigen Weise ausdrückt, schreitet Hoeniger (Westd. Ztschr. 1884, S. 60) in echt dilletantischer Weise sofort zu der Verallgemeinerung vor: „Wir wissen, daß vor der Ratsperiode eine kommunale Verwaltung

*) Einen zusammenfassenden Ueberblick giebt Koehne S. 76 ff.

in den Städten existierte, die sich an die parochialen Grenzen anschloß." Aus dem „zuweilen" Arnolds macht H. in „den Städten", also überall! Speziell für Köln behauptet er „die kommunale Bedeutung der Kirchspiele" (Annalen 46, S. 72), obwohl er selbst bemerkt (Westd. Ztschr. 2, S. 230, Anm. 1), daß in historischer Zeit nicht mehr alle Kölner Gemeinden mit Kirchspielen zusammenfallen."

1. Also ich „verallgemeinere in dilettantischer Weise" einen fremden Gedanken. In Wirklichkeit suche ich, gestützt auf ein reicheres Quellenmaterial, demselben eine präzisere Fassung zu geben, und schränke ihn, so weit er mir unzweideutig erweisbar erscheint, mit aller Vorsicht ein: „für die flandrischen Städte, für Köln, für Metz läßt sich der Nachweis strikt führen. Anderwärts finden sich wenigstens deutliche Spuren dieses ursprünglichen Zusammenhanges. . . ." Das „überall" als erwiesene Thatsache ist nur aus der Fantasie v. B.'s geboren.

2. Bezüglich Kölns hätte ich mich selbst in unlösbare Widersprüche verwickelt. —

An der erstlich angezogenen Stelle gebe ich eine kurze Vorbemerkung für den Abdruck von Urkunden und Akten aus dem Amtleute-Archiv des Kolumba-Kirchspiels zu Köln:

(Annalen 46, 72.) „Liesegangs Arbeit über die Spezialgemeinden Kölns hat die Bedeutung dieser Unterbezirke für Verfassung und Verwaltung der Stadt erst in das richtige Licht gestellt.

Es sind die einzelnen Kirchspiele, welche die kommunalen Unterbezirke und bis zum Schlusse des 14. Jhs. die einzigen Verwaltungsdistrikte der Stadt bilden. Der Pfarrbezirk hat also neben der kirchlichen auch eine sehr entscheidend hervortretende Bedeutung für das gesamte kommunale Leben."

Hier ist das Prinzip, allerdings ohne Rücksicht auf etwaige Ausnahmen, betont. Wenn der Tadel sich gegen diese Unterlassungssünde richtete, so wäre nichts einzuwenden. Aber v. B. will die Sache treffen. Er glaubt ein Argument gegen „die communale Bedeutung der Kirchspiele" vorzubringen, wenn er darauf hinweist, daß „in historischer Zeit nicht mehr alle Kölner Gemeinden mit Kirchspielen zusammenfallen". Daß derartige Abweichungen vorkommen, wird von mir an der zweiten Stelle gesagt; zugleich aber ausreichend belegt, daß durch dieselben jenes Prinzip nicht in Frage gestellt wird.

(Westd. Ztschr. 2, 230): „ . . . . , mit Ausnahme rechtlich eximierter Stadtgebiete, wie z. B. des Immunitätsbezirks „Unterlahn", der als solcher auch hier eine Sonderstellung einnimmt, entsprechen die Jurisdiktions- und Schreinsbezirke durchaus den zur Zeit ihres Ursprungs vorhanden gewesenen Parochien." Dazu die Anmerk. auf die v. B. Bezug nimmt: „So lautet der Eingang eines Weistums aus der Mitte des 12. Jhs.: „Hec sunt traditiones et leges . . . . in parrochia Nitherich. Eine Pfarre des Namens ist zu dieser Zeit nicht vorhanden, auch historisch nicht nachweisbar, und der so bezeichnete Jurisdiktionsbezirk umfaßt mehrere Kirchspiele anderen Namens. Die alte Bezeichnung des Bezirkes (suburbium inferius) ist also an dem Boden hängen geblieben während das ursprüngliche Pfarrgebiet bei zunehmender Bevölkerung geteilt wurde."

Die bürgerliche Gemeinde deckt sich nicht mehr mit der kirchlichen, aber sie ist auf einen ursprünglich einheitlichen Pfarrsprengel zurückzuführen.

3. Eine zweite Glosse v. B.'s lautet:

Stadtgem. S. 55, Anm. 163a: „Daß Hoeniger in der That schlechterdings jede Kenntnis der kommunalen Verhältnisse in Deutschland fehlt, ersieht man aus seiner Bemerkung in Hildebrands Jahrbüchern 42, S. 567, Anm. 3, daß, wenn auf dem platten Lande mehrere Dörfer zu einer Parochie gehörten, diese einen einzigen Kommunalbezirk bildeten (!) Ferner sollen (a. a. O.) durch die Reformation „in den meisten Städten" die Kirchspiele „gespalten" sein (!)"

Dem ersten Vorwurf habe ich nur entgegenzuhalten, daß auch v. B. die mögliche Zugehörigkeit mehrerer Dörfer zu einem Kirchspielverbande nicht be-

streitet. Wie weit ein solches Verhältnis auf die Ausgestaltung eines profanen Gemeindelebens eingewirkt hat, darüber gehen unsere Ansichten auseinander.*) Eine Diskussion über die Streitfrage ist an dieser Stelle nicht wohl möglich. Etwas voreilig ist es jedenfalls, wenn v. B mir daraufhin „schlechterdings jede Kenntniß der communalen Verhältnisse in Deutschland" abspricht.

4. Der andere Vorwurf enthält wenigstens einen berechtigten Kern. Herr v. B. citiert zwar trotz seiner Anführungsstriche ungenau:

H.: . . . . hat die Reformation durch die Spaltung der kirchlichen Einheit eine Trübung des ursprünglichen Zusammenhanges verursacht.

v. B.: . . . sollen durch die Reformation „in den meisten Städten" die Kirchspiele „gespalten" sein.

Aber Herr v. B. hat doch einen wirklichen Lapsus gefunden, allerdings nicht auch nachgewiesen. Ich spreche von „den größeren Städten", die „in mehrere Spezialgemeinden zerfallen." Nur auf diese bezieht sich sinngemäß das nachfolgende: „in den meisten Städten." Gleichwohl hätte ich meinen Gedanken genauer präzisieren müssen. An sich schloß ja das ius reformandi eine Spaltung des Bekenntnisses in dem einzelnen Herrschaftsgebiete aus. Aber bekanntlich wurde für die Reichsstädte im Augsburger Religionsfrieden eine Ausnahme statuiert, derzufolge die Rechte der katholischen Minoritäten auch in den der Reformation gewonnenen Orten gewahrt wurden. Zum mindesten wäre also die Einschränkung auf eine Anzahl von Reichsstädten zu betonen gewesen. Aber der wirkliche Fehler steckt doch tiefer, und den hat v. B. schwerlich gesehen, sonst hätte er ihn mit Behagen korrigiert. In vielen der in Betracht kommenden Städte sind bereits mit dem Siege der demokratischen Tendenzen, lange vor Eintrit der Reformation, die nach Zünften organisierten Personalverbände in die wesentlichsten Rechte der alten Lokalverbände eingetreten. Es wäre der Kirchenspaltung also wenig mehr zu thun übrig geblieben.

5. Was endlich den Hauptpunkt, die Herleitung der Stadtverfassung aus der Kirchspielverfassung betrifft, so brauche ich nach dem Vorstehenden kaum mehr hervorzuheben, daß ich nicht ein Hervorgehen der letzteren aus der ersteren behaupte, sondern daß ich die Bedeutung des kirchlichen Gemeindeverbandes für die Entwickelung des kommunalen Lebens in Stadt und Land betone. Nur auf die Gemeindeverfassung, wie sie auch auf dem Lande erwachsen ist, hat das Kirchspiel eine Einwirkung geübt. Das in zahlreichen Fällen nachweisbare Zusammenfallen der städtischen Spezialgemeinden sowie ländlicher Communalverbände mit der kirchlichen Bezirksgliederung spricht deutlich für diese Annahme. Hier ist einer der Punkte, wo eine Analogie städtischer und ländlicher Entwickelung zu Tage tritt.**) Diese Analogie aber beschränkt sich auf die Vorstufe städtischer Entwickelung. Daß eine Reihe von Städten über eine lediglich kommunale Autonomie hinausgekommen und mehr oder weniger zu politisch selbständigen Mächten geworden sind — das ist der Kernpunkt der städtischen Verfassungentwickelung. Und darauf ist die Kirchspielverfassung ohne unmittelbar entscheidenden Einfluß.

Hervorzuheben bleibt nur, daß wenigstens in Köln, wo bisher die Entwickelung am klarsten hervortritt, bei dem Zusammenschluß der Teil-

---

*) Nur für Ditmarschen scheint v. B. allenfalls eine Ausnahme gelten lassen zu wollen. (Stadtgemeinde S. 55. Anm. 165.)

**) Nur für Herrn v. B. sei hier betont, daß ich mit dieser Bemerkung nicht etwa die Stadtgemeinde mit der Landgemeinde „inhaltlich auf eine Stufe stellen" will

gemeinden, die vorher nur in ihrer Zusammenfassung unter gleicher Herrschaft eine Einheit bildeten, zu einer Gesamtstadt unter den Gesichtspunkten bürgerschaftlicher Interessen, die Kaufmannspfarre eine leitende Rolle spielt. Das entscheidende Moment ist dabei selbstverständlich nicht die Kirchspielverfassung, sondern die kaufmännischen Interessen, welche in erster Linie über den Rahmen der altüberlieferten Verhältnisse hinausdrängen.

XI. Stadtverfassung und Schöffenverfassung. Einen dreimal wiederholten Vorwurf richtet v. B. gegen eine Bemerkung, die ich in einer Rezension über Rosenthal, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte gemacht habe. Die Stelle lautet:

H. Jahrbücher f. Nat.-Ök. u. Stat. 42. S. 383. „Bei Behandlung der Gerichtsbarkeit des Landshuter Stadtrats betont Rosenthal, daß im Stadtgericht die Ratsmitglieder, wie jeder andere Bürger, als Urteilfinder saßen, ohne daß ihre Thätigkeit sich eigentümlich abhebt. Ihre durch Erwähnung an erster Stelle besonders hervorgehobene Teilnahme begründet nach seiner Auffassung nicht die Annahme, daß es sich bei dieser allgemeinen Rechtsprechung „in concreto um eine zur Kompetenz des Stadtrats gehörige Rechtssache gehandelt habe" (S. 63). „Es steht daher fest", so folgert er weiter, „daß der Stadtrat in Landshut nicht mit einem Schöffenkollegium zusammenfällt, wie er sich auch nicht aus einem solchen herausgebildet hat."

Nach den letzten Untersuchungen Frensdorff's, Hegel's und Heusler's darf der Zusammenhang zwischen Schöffenkolleg und Rat als durchgehender Zug der deutschen Städtegeschichte gelten. Rosenthal's Formulierung statuiert eine Abnormität, die übrigens mit anderen Ausführungen derselben Untersuchung in Widerspruch gerät. Er äußert selbst, daß „eine Trennung der Rechtspflege von der eigentlich städtischen Verwaltung in Landshut ursprünglich nicht durchgeführt war" (S. 11). Der vom Herzog eingesetzte Zwölferrat „war die die Verwaltung und Jurisdiktion der Stadt besorgende Behörde", und nach treffender Widerlegung der bekannten Ansicht Maurer's, daß der Stadtrat in Landshut wie in anderen Städten aus den alten Dorfmarkvorstehern abzuleiten sei, wird darauf hingewiesen, daß bei Städtegründungen der Fürsten jene Institute, welche in älteren Städten erst in langsamer Entwickelung sich hatten herausbilden müssen, sofort in das Rechtsfundament der neugeschaffenen Stadt eingefügt wurden (S. 12).

Im 13. Jh. wird die Entwickelungsstufe der Städte am treffendsten durch die von Heusler eingeführte Bezeichnung der leitenden Kommunalbehörde als „Schöffensenat" charakterisiert. Auch in Landshut besteht im 13. Jh. diese Personalunion, und hat sich, wenn auch verfassungsmäßig nicht begründet, erhalten. Wenn, wie R. angiebt, ein fest abgeschlossener Kreis von Schöffen in Landshut nicht existierte, so bliebe noch zu erörtern, inwieweit das für die Ratsmitglieder der Fall war. Allem Anschein nach ist hier wie anderwärts der zum Gerichtsumstand für eine rechtfindende Thätigkeit zugezogene Teil der Bevölkerung mit der ratsfähigen*) Bürgerschaft zusammengefallen."

Am allgemeinsten lautet der Vorwurf in dem oben S. 22 citierten Sündenregister, danach teile ich den Irrtum, „so ziemlich in allen Städten den Rat aus dem Schöffenkollegium hervorgehen zu lassen, obwohl das letztere nur innerhalb bestimmter Grenzen verbreitet ist."

Ungefähr dasselbe sagt v. B. an anderer Stelle:

Hist. Ztschr. 59, 228, Anm. 3: „Hoeniger verteidigt freilich auch für Baiern, wo es bekanntlich fast gar keine Schöffenkollegien gab (s. Luschin v. Ebengreuth, Gesch. des älteren Gerichtswesens in Oesterreich, S. 61 u. 135 ff.), die Entstehung des Stadtrates aus denselben; es sei eine „Abnormität", wenn er einmal nicht aus dem Schöffenkollegium hervorgegangen sei."

---

*) In die Rezension, von der ich keine Korrektur gelesen habe, haben sich mehrere Druckfehler eingeschlichen; statt „ratsfähigen" steht im Druck sinnstörend: „rechtsfähigen."

Und ein drittes mal variirt v. B. das Thema ein wenig:

v. B. Stadtgem. S. 126: „(Hoeniger) behauptet, die Ansicht von der Entstehung des Rates aus dem Schöffenkollegium sei u. A. durch die Untersuchungen Frensdorffs erwiesen worden. Frensdorff ist aber gerade ein Gegner dieser Ansicht, wie jedermann weiß, der seine wertvollen Verfassungsgeschichten von Lübeck und Dortmund kennt."

1. Herr v. B. behauptet also, ich vertrete die Entstehung, das Hervorgehen des Rates aus dem Schöffenkollegium.

An der angezogenen Stelle spreche ich zunächst lediglich von dem „Zusammenhang zwischen Rat und Schöffenkollegium", und erläutere das dahin, daß auf einer bestimmten „Entwickelungsstufe der Städte" eine Personalunion eingetreten ist, derzufolge dieselben Personen im Rat und im Gericht thätig sind.

2. v. B. deutet weiter an, ich hätte übersehen, daß es fast durchweg in Baiern und vielfach anderwärts Schöffenkollegien überhaupt nicht gab. Ich sage freilich ausdrücklich: daß eine geschlossene Schöffenverfassung in Landshut nach Angabe Rosenthals nicht existierte und spreche lediglich die Vermutung aus, daß gleichwohl die Urteilfinder sich aus einem bestimmten Personenkreis, nämlich der ratsfähigen Bürgerschaft, rekrutierten.*)

3. Endlich soll ich zu Unrecht Frensdorff als Gewährsmann für meine Ansicht angeführt haben. Ich berufe mich auf dessen „neueste Untersuchungen". Dieselben lagen damals in seinem Buche „Dortmunder Statuten und Urteile" (Halle, 1882) vor:

Frensdorff, a. a. O., S. LVIII: „Eine zeitlang, namentlich im 13. und der ersten Hälfte des 14. Jahrh. reden die Urkunden anstatt vom Rate von Schöffen und Rat, ohne darunter zwei Behörden zu verstehen. Es sollen damit nur die beiden Seiten in der Thätigkeit der Ratmannen hervorgehoben werden, und sehr bezeichnend spricht das Privileg K. Ludwigs von 1332 von consulibus scabinis existentibus."

Also Frensdorff sagt haarscharf das, wofür ich ihn als Gewährsmann citiere.

4. Herr v. B. streift die hier berührten Verhältnisse noch an anderer Stelle mit einem flüchtigen Seitenblick:

v. B. Stadtgemeinde S. 81, Anm. 233a. „Nach seiner [Hoenigers] Ansicht kommen hier (in Andernach) die Schöffen als „Kommunalbehörde" — obwohl der iudex Vorsitzender ist! — in Betracht."

Da hätte ich also nach Ansicht v. B.'s einen rechten Nonsens produziert, — wie aber, wenn der unmotivierte Widerspruch v. B.'s sich als halt- und gedankenloses Absprechen erwiese?

H., Annalen Heft 42, 2. (Einleitung zur Edition des Andernacher Rotulus): „Wir haben also eine Behörde vor uns (das Andernacher Schöffenkolleg ist gemeint), welcher neben der straf- und civilrechtlichen Thätigkeit die Gemeindevertretung zusteht, die mit einem Wort identisch ist mit dem sog. städtischen Rath. Nur für das Amt des Bürgermeisters bleibt kein Raum. Andernach gehört in die Reihe jener kleineren Städte, in denen der Schultheiß den Vorsitz im Gericht wie im Rat führt. (Heusler, Urspr. S. 231.)

Diese einfachen Verhältnisse stehen keineswegs mit der Thatsache im Widerspruch, das Philipp**) die rechtlichen Zustände Andernachs nach dem Vorbilde von Köln zu reformieren vorgiebt. So und nicht anders dachte sich die erzbischöfliche Politik eine richtige Stadtverfassung. Wohl war damals Köln schon längst über diese Stufe

---

*) Daß auch da, wo keine Schöffenverfassung existiert, ein engerer Personenkreis für die Gerichtsthätigkeit in Betracht kommt, zeigt Liesegang an einigen lehrreichen Beispielen (Rees, S. 50 ff.) vgl. z. B.: coram iudice et hominibus iudicialibus ubi scabinorum usus non existit.

**) Erzb. Ph. von Köln durch Urkunde von 1771. Mittelrh. U. B. II, Nr. 5.

hinaus zu einer unabhängigeren Stellung gelangt. Im Sinne des Erzbischofs aber bestand zu Recht nur, was er hier auf eine bescheidene Landstadt übertrug. Im Prinzip ist trotz des schreienden Abstandes der Wirklichkeit kein Titelchen dieses Anspruchs aufgegeben worden. Noch 1258 hält der Kölner Erzbischof seiner mächtigen Hauptstadt gegenüber an dieser Rechtsauffassung fest. Nächst seiner unumschränkten Oberhoheit betont er, daß ausschließlich seinen geschworenen Schöffen die Gerichtsbarkeit zustehe und daß diese selben Schöffen von Alters das Stadtregiment unter seiner Autorität geführt hätten. (Lacomblet U. B. I, Nr. 425, 1—3, und 43, S. 245 und 247)".

Nach Herrn v. B. steckt der Unsinn in meinen Ausführungen darin, daß ich das Andernacher Schöffenkolleg als Kommunalorgan auffasse, während es nach seiner Meinung lediglich ein Organ des öffentlichen Gerichtes ist, weil der iudex Vorsitzender ist. Das Kölner Schöffenkolleg bezeichnet er dagegen selbst als „Kommunalorgan" (S. 123).*)

Das alles fließt aus ein und derselben Anschauung, die bei Herrn v. B. überhaupt eine in das wirkliche Wesen der mittelalterlichen Verhältnisse eindringende Erkenntnis verhindert. Herr v. B. sieht in der ganzen mittelalterlichen Rechtsentwickelung scharf formulierte Abstraktionen, reinliche Scheidung der Begriffe und der Dinge. Wie er in der ständischen Gliederung nur den unvermittelten Gegensatz von frei und unfrei kennt, wie er für den städtischen Besitz eine haarscharfe Trennung von Hofrechtgut und Stadtrechtgut behauptet, so zwingt er die flüssige Gestaltung unfertiger Uebergangszustände durchweg in das System seiner spitzfindigen Unterscheidungen. Im Ernst läßt es sich gar nicht in Frage stellen, daß das Andernacher Schöffenkolleg eben auch als Kommunalorgan in Betracht kommt, wie das Kölner zugleich Organ des öffentlichen Gerichts ist.

5. Wenn ich nun auch keineswegs einem einseitigen Hervorgehen der Stadtverfassung aus der Schöffenverfassung das Wort rede, so bin ich doch mit Heusler der Ansicht, daß das öffentliche Gericht — gleichgiltig, ob eine geschlossene Schöffenverfassung an dem Ort existiert oder nicht, denn auch wo sie fehlt, halte ich dafür, daß ein begrenzter Personenkreis für die gerichtliche Thätigkeit in Frage kam — in der Regel der Ausgangspunkt für die Entwickelung der Ratsverfassung geworden ist. Allerdings kann dabei im wesentlichen nur von einem formalen Zusammenhang der Institutionen die Rede sein. Die unter herrschaftlicher Autorität stehende Justizbehörde fungiert in historischer Zeit zugleich als Verwaltungsbehörde. Sie verändert ihren Charakter durch eine soziale Verschiebung,**) derzufolge an Stelle der alten an die Bedingungen der Naturalwirtschaft gebundenen Kräfte Mitglieder der neu erstandenen kaufmännischen Geldaristokratie in die Schöffensitze rücken. Unmerklich ist durch diese Verschiebung dem Stadtherrn der Einfluß auf die Behörde entwunden, deren Majorität sich nunmehr innerlich mit den Interessen der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft identifiziert und bei ausbrechendem Konflikt zwischen Stadt und Stadtherrn dementsprechend Stellung nimmt.

In Köln, um das Verhältnis an einem konkreten Beispiel klar zu machen,

---

*) Herr v. B. hält mir vor (Stadtgem. § 81 Anm. 233a): daß ich „zwischen den Kölner Schreinskarten und den Urkunden des öffentlichen Stadtgerichts von Andernach keinen Unterschied zu machen vermag." Ich habe über die Sache in der Einleitung der Schreinskartenedition demnächst genauer zu berichten. Hier bemerke ich nur, daß ich die beiden Quellen lediglich ihrem Inhalt nach dem „Stoffkreis der sog. Stadtbücher" zuweise.

**) Ueber den Widerspruch v. B.'s gegen diesen Punkt vgl. unten XIV 19.

sind schon 1074 die primores civitatis in dem Bericht Lamberts von Hersfeld, also die Schöffen, mit einem Kaufmannssohne verwandt. Um die Mitte des 12. Jahrhunderts finden wir im Schöffenkollegium eine Anzahl von Personen, die zugleich der Vorstandsbehörde der Kaufmannspfarre angehören. Dieses Schöffenkollegium wird in erzstiftischen Urkunden als scabinatus curie bezeichnet und nennt sich selbst senatus, wo es in städtischen Angelegenheiten zum Wort gelangt, und in dieser letzteren Eigenschaft gestaltet es sich unter dem maßgebenden Einfluß der städtischen Geldaristokratie und unter Hinzutritt von Delegierten der übrigen Teilgemeinden zum Rat der Gesamtstadt.

XII. Stadtverfassung und Gilde. Bei diesem Punkt kann ich mich erfreulicherweise kürzer fassen. Herr v. B. behauptet kurz und bündig, daß ich die Stadtverfassung aus der Gildeverfassung herleite. Der Leser muß also annehmen, daß ich die Institutionen der Gilde mit denen der Stadtverfassung in irgend welche direkte Aufeinanderfolge oder Verbindung setze. Wo ich mich dieser Sünde schuldig mache, wird nicht klar gesagt. Aus dem Zusammenhang bei v. B. wäre am ehesten zu schließen, daß mein Aufsatz über Köln gemeint ist.

In der That spreche ich daselbst (S. 246 f.) von der „Annahme einer direkten Ueberleitung der Gildeverfassung in die Stadtverfassung" — aber nur, um diese Annahme zu widerlegen. Ich zeige, daß von der „Umwandlung des Gildevorstandes zum Schöffenkolleg bezw. zur Ratsbehörde" in Köln nicht die Rede sein kann. Ohne „den nachhaltigen Einfluß der Gilde auf die Gestaltung der Dinge in Abrede zu stellen", lehne ich doch ausdrücklich einen unmittelbaren Zusammenhang der Institutionen ab.

v. B. hat das nicht etwa übersehen. Unmittelbar vorher, S. 124, ist bei ihm zu lesen:

„H. selbst bemerkt, daß an eine Entstehung des Schöffenkollegs aus der Gilde nicht zu denken ist."

Zwei Seiten darauf bringt er trotzdem sein klassisches Diktum. Aber v. B. citiert S. 125 noch eine zweite Auslassung von mir. Vielleicht, daß dort eine Aeußerung im Sinne des gegen mich erhobenen Tadels sich findet.

In einer Besprechung von Pappenheim, Die altdänischen Schutzgilden, skizziere ich dessen Auffassung der Gildeentwickelung in ihrem Verhältnis zur städtischen Verfassungsgeschichte und stelle seinen Ausführungen, „statt aller Aussetzungen im einzelnen, den Gang der Entwickelung in einigen Hauptzügen, wie sie sich nach meiner Auffassung vollzog", gegenüber:

H. Jahrbuch für Gesetzgebung 11, 729: „Nicht alle Bürger, sondern nur alle am Handel beteiligten Bürger hat die Gilde umfaßt. Es erscheint mir sogar fraglich — und ist jedenfalls durch nichts erwiesen —, ob sie ursprünglich auf die Bewohner eines bestimmten Ortes beschränkt war. Für Deutschland läßt es sich bestimmt nachweisen, daß das spätere Stadtrecht seinen Ausgang von einem besonderen Kaufleuterecht nimmt. Dieses besondere Recht bezieht sich zunächst auf die Person des Kaufmanns, erweitert sich dann durch seine Beziehung zu dem festen Standort des Verkehrs zum Marktrecht und dehnt sich hier allmählich auf alle Bewohner des Marktplatzes als Stadtrecht aus. Eine politische Gleichberechtigung der städtischen Gesamtbevölkerung aber tritt damit noch nicht ein. Die am Handel nicht direkt beteiligten niederen Elemente erscheinen als wesentlich Minderberechtigte, gewissermaßen als Bürger zweiter Klasse neben den kaufmännischen Kreisen. Wo der Rat von diesen kaufmännischen Kreisen selbständig geschaffen und ausschließlich aus ihrer Mitte besetzt wird, da tritt er voll und ganz die Erbschaft der alten Gilde an. So liegen die Dinge beispielsweise in Köln. Der Kölner Gilde bleibt nach Konstituierung der Ratsverfassung nur noch eine Entwickelung nach der sozialen Seite offen. Sie bildet sich unter dem Namen der Richerzeche zu der sozial abgeschlossenen Geldaristokratie der Stadt um.

Nach meiner Annahme wiederholt sich das gleiche Verhältnis in den dänischen Städten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der Aldermann der Flensburger Gilde denselben Einfluß auf die Besetzung der Ratsstellen hat, wie die Offizialen der Kölner Richerzeche auf die Wahl der Bürgermeister, und daß das Wort „Richerzeche" genau denselben Sinn wie das summum convivium der dänischen Städte hat. Auch hier ist die Gilde, wie sich aus den Statuten mit aller Deutlichkeit ergiebt, zu einer Art Kasinogesellschaft geworden".

Davon, daß die Stadtverfassung unmittelbar aus der Gildeverfassung herzuleiten sei, ist auch hier nicht die Rede. Nur der maßgebende Einfluß der spezifisch kaufmännischen Elemente und Interessen ist mit aller Schärfe hervorgehoben.

Der Rat erwächst neben der Gilde, nicht aus der Gilde. In formaler Beziehung geht er aus einer Umbildung der alten öffentlichen Gerichtsbehörde hervor. Den entscheidenden Anstoß zu dieser Umbildung aber gibt das Eindringen der kaufmännischen Elemente. In dem Augenblick, wo mit dem Uebergewicht der letzteren im „Schöffensenat" die merkantilen Interessen ihre Rechnung in dieser vom Stadtherrn als Stadtvertretung anerkannten Behörde im vollsten Maße finden, ist eine gesonderte Interessenvertretung der Gilde, die ursprünglich ein Bedürfnis war, nicht mehr von Nöten.

XIII. Kaufleuterecht und Stadtrecht. Auch hier brauche ich nicht viel Worte zu machen. Gerade der Zusammenhang von Kaufleuterecht und Stadtrecht ist inzwischen durch eine Reihe ausgezeichneter Untersuchungen genauer begründet worden. v. B. hat auf meine Auslassung zur Sache zweimal Bezug genommen. Die inkriminierte Stelle selbst ist vorstehend am Schluß des letzten Abschnitts bereits mitgeteilt. Ich habe sie durch gesperrten Druck hervorgehoben.

v. B.'s erstes Tadelsvotum hat folgenden Wortlaut:

Stadtgem. S. 125: „(Hoeniger) trägt . . . die Ansicht vor, daß das Stadtrecht ursprünglich den Charakter der Personalität (im Gegensatz zur Territorialität) gehabt habe; es sei aus einem „besonderen Kaufleuterecht" erstanden. H. hat sich offenbar nie gefragt, woraus sich das Stadtrecht zusammensetzt."

Hier ist also kurzer Hand meine Auffassung als völlig verkehrt abgewiesen und nicht einmal eines Versuches der Widerlegung gewürdigt. In seinem letzten Buche verrät Herr v. B. uns etwas mehr von seinen Gedanken. Inzwischen sind Gothein, v. Inama-Sternegg, Koehne, v. Lamprecht, Schröder, Schulte, Sohm z. T. sehr energisch für den Zusammenhang von Kaufleuterecht und Stadtrecht eingetreten, den Herr v. B. so wegwerfend abfertigen zu können meinte.

Er polemisiert nun doch etwas breiter gegen die Auffassung. Seinen Angriff richtet er dabei hauptsächlich gegen Inama.

v. B. Stadtverfass. S. 94: „Der letztere (v. I.-St.) geht so weit, für alle Beziehungen ein persönliches Kaufmannsrecht zu konstruieren, die Kaufleute „heimatlos" zu nennen, ihre rechtliche Existenz nur aus dem besonderen Königsschutz abzuleiten . . . . . aus diesem „privilegierten Personalrechte der Kaufleute" sei dann ein „privilegiertes Marktrecht" geworden."

(Dazu ebendaselbst Anm. 5): „Aehnliche Anschauungen findet man öfters in populären Darstellungen. So z. B. bei G. Freytag, vom Mittelalter zur Neuzeit (Ausgabe von 1880), S. 110. Daraus wohl Hoeniger, Jahrbuch für Gesetzgebung 11, S. 729. Vgl. dazu meine Stadtgemeinde S. 125."

An der angezogenen Stelle bei G. Freytag stehen einige z. Th. recht anfechtbare Aeußerungen über Zurücksetzung der Kaufleute in alten Stadtrechten, über den Königsfrieden des heimatlosen Händlers und über das Marktrecht, das dieser mit dem großen Kaufmann gemein hatte.

In dem Epitheton heimatlos sowie in dem Ausdruck „Königsfrieden" ist wenigstens ein entfernter Anklang an die Worte v. Inama-Sterneggs vorhanden. Sachlich besteht freilich nicht nur kein Zusammenhang, sondern ein entschiedener innerer Gegensatz. Dafür, daß v. B. meine Sätze in eine unmittelbare verdächtigende Verbindung mit dem Freytagschen Citat bringt, fehlt auch jede leiseste Spur einer Veranlassung. Herr v. B. citiert in demselben Atem sein oben wiedergegebenes Tadelsvotum, in dem der Inhalt meiner Ausführungen für seine Verhältnisse merkwürdig exakt wiedergegeben ist. — Was anders, als die Absicht, meine wissenschaftliche Arbeit verächtlich zu machen, kann ihn bei der zweiten Bezugnahme auf jene Stelle zu dem hier aufgedeckten Verfahren veranlaßt haben.

Herr v. B. fährt im Text, wie folgt, fort:

„Indessen eine solche Uebertreibung ist nur in Darstellungen möglich, welche auf quellenmäßige Belege für die einzelnen Behauptungen Verzicht leisten. Auch beim besten Willen, bei der größten Anstrengung, bei der gewissenlosesten Interpretation läßt sich kein weiterer Inhalt des „persönlichen Kaufmannsrechtes" ermitteln als: der Kaufmann soll sicher seine Straße ziehen".

Dafür, daß Herr v. B. die Urkunden, welche schon in der Karolingerzeit etwas mehr von dem Inhalt des persönlichen Kaufmannsrechtes verraten, nicht kennt, kann allerdings niemand verantwortlich gemacht werden, als er selbst.

Herr v. B. spricht von „Darstellungen, welche auf quellenmäßige Belege Verzicht leisten." Er nennt dabei Inama und mich neben Freytag. Abgesehen von dem versteckten Vorwurf des Plagiats, will er offenbar auch Inama's und meine Thätigkeit als eine journalistische denunzieren. v. J.-St., der in seiner Deutschen Wirthschaftsgeschichte unmittelbar aus den Quellen schöpft, bedarf gegenüber einem so plumpen Angriff keiner Vertheidigung. Bei mir vergißt v. B. wieder einmal zu erwähnen, daß von einer Rezension die Rede ist. Daß ich im übrigen die Geringschätzung, die sich in den Worten v. B.'s gegen den geistvollen Culturhistoriker ausspricht, nicht theile, brauche ich kaum zu versichern, wenn ich mich auch im gegebenen Falle der Auffassung Freytags nicht durchweg anzuschließen vermag.

Nach den vorstehend gegebenen Darlegungen läßt sich das Diktum v. B.'s von der „gleichmäßigen" Herleitung der Stadtverfassung aus vier verschiedenartigen Quellen und den „schreiendsten Widersprüchen", die sich angeblich dabei herausstellen, in seinem vollen Werte würdigen.

Um kurz die Hauptpunkte nochmals zu wiederholen:

Die Kirchspielverfassung hat auf die Gemeindeentwickelung in Stadt und Land einen wesentlichen Einfluß geübt. Die städtische Entwickelung, die darüber hinaus zu einer politisch unabhängigen Stellung drängt, vollzieht sich in der Weise, daß die Ausbildung einer selbständigen Stadtvertretung sich äußerlich an die Organisationen des öffentlichen Gerichts anlehnt. Innerlich bedingt aber wird diese Entwickelung in erster Linie durch die Interessen der kaufmännischen Kreise. Die parallel damit verlaufende Umbildung des alten Landrechts zu dem einer höheren wirthschaftlichen Entwickelungsstufe sich anpassenden Stadtrecht, nimmt ihren Ausgangspunkt gleichfalls von den besonderen Bedürfnissen dieser kaufmännischen Elemente.

Man kann diese Auffassung bekämpfen. Wie jede bisher über den Ursprung der Stadtverfassung vorgetragene beruht auch sie z. Th. noch auf Hypothese und Combination. Aber als unüberlegte, in sich widerspruchsvolle

Phantasterei dürfte dieselbe mit den von Herrn v. B. angewandten Mitteln schwerlich erwiesen sein.

Vor allem will diese Auffassung nur für die großen Kommunen gelten, die zu voller republikanischer Selbständigkeit, zu Staaten im Staat gediehen sind. Für Wadkappel und Montzingen, für Bocholt, Brühl, Dudeldorf ꝛc. verschließe ich mich der Ansicht v. Maurers keineswegs. Nur als Paradigmata für städtische Verfassungsentwicklung kann ich diese Stadtdörfer nicht gelten lassen.

XIV. Köln. Am eingehendsten hat v. B. sich mit einem kleinen Aufsatze über die Verfassungsentwickelung Kölns beschäftigt, den ich 1883, so ziemlich im Anfang meiner städtegeschichtlichen Studien veröffentlicht habe. Er widmet demselben in seiner Stadtgemeinde, S. 119 ff., einen Exkurs unter dem Titel:

„Hoeniger und der Ursprung der Kölner Stadtverfassung:

v. B.: „Wenn ich hier in einem Exkurse noch eine Arbeit im Zusammenhange bespreche, so geschieht es erstens um der Wichtigkeit des Gegenstandes willen, welchen der Verfasser behandelt, sodann, weil derselbe einer von denjenigen ist, welcher beständig von den großen Verdiensten von Nitzsch um die deutsche Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte sprechen, während sie die Forschungen Maurers, Sohms, Plancks u. s. w. schlechterdings ignorieren. Prüfen wir einmal an dem Beispiel Hoenigers, welchen Erfolg diese Stellungnahme hat; sehen wir zu, wohin es führt, wenn jemand seine methodische Bildung und seine Kenntnisse lediglich aus den Schriften von Nitzsch entnimmt."

Für die Behauptung, daß ich „beständig von den Verdiensten von Nitzsch" spreche, fehlt jeder Beweis. Er ist auch schlechterdings nicht zu erbringen. Gewiß schlage ich die wissenschaftliche Bedeutung des verehrten Mannes sehr hoch an und ich habe dem gelegentlich Ausdruck gegeben. Herr v. B. hätte zeigen müssen, daß ich das irgendwo in übertreibender oder sonst nicht geziemender Weise gethan habe. Mein Aufsatz, den v. B. bespricht, wendet sich sogar an der einzigen Stelle, an der Nitzsch citiert ist, gegen diesen.

Die Behauptung daß ich meine methodische Bildung und meine Kenntnisse „lediglich aus den Schriften von Nitzsch" entnehme, ist — naiv. Auf derselben Höhe steht das Diktum, daß ich „Maurer, Sohm, Planck u. s. w. schlechterdings ignoriere". Von den genannten Rechtshistorikern zu reden, hatte ich weder in meinen Untersuchungen über Köln, noch in Ausübung meiner kritischen Thätigkeit irgend eine unmittelbare Veranlassung:

v. B.: „Es handelt sich hier um den Aufsatz Hoenigers in der westdeutschen Zeitschrift für Geschichte und Kunst II, 227—248, unter dem Titel: „Der Ursprung der Kölner Stadtverfassung."

„H. glaubt im Gegensatz zu den bisherigen Forschern in der Lage zu sein (S. 229), „die Entwickelung des städtischen Gesamtlebens mit einer Bestimmtheit, die wenig zu wünschen übrig läßt", darzustellen. Seine Ausführungen „weichen von den bisher vertretenen Kombinationen so wesentlich ab, daß eine Polemik ins Endlose führen müßte". Ueber die bisherigen Arbeiten bemerkt er (S. 227), daß in denselben „die Konstruktion einen zu weiten Spielraum" gehabt habe. Speziell die Untersuchung Hegels wird durch seine eigenen (Hoenigers) Untersuchungen als antiquiert bezeichnet".

Gewiß äußert sich in den einleitenden Bemerkungen meines Aufsatzes etwas von der kecken Zuversichtlichkeit der Jugend. Aber wer dieselben im Zusammenhang liest, findet hoffentlich, daß ich nicht mein liebes Ich so breitspurig in den Vordergrund rücke, wie es nach v. B.'s Ausführungen erscheinen muß, sondern daß ich als den springenden Punkt die Verwertung neuen Quellenmaterials hervorhebe.

v. B. „Nach diesen Ankündigungen geht man an die Lektüre mit einer gewissen Spannung. Man sieht sich indessen sofort arg enttäuscht, die Reklame, welche H. für seine Arbeit macht, ist die schärfste Selbstpersiflage. Die Konstruktion hat bei ihm nicht nur einen sehr weiten Spielraum; sie geht geradezu ins planlose . . . . Durchweg bezeugt sein Elaborat die Abwesenheit von Sachkenntnis und Methode, wie es denn bei H. auch nicht Zufall ist, daß er den Plural illustris illustri lauten läßt." (Dazu die Anmerkung:) „Auch schon in formaler Beziehung wirkt der Aufsatz auf den Leser abstoßend; er erreicht nicht die Stufe eines mäßigen Sekundaner-Aufsatzes. Man braucht nur die Thatsachen sprechen zu lassen. Man vergleiche zunächst die Disposition . . . . . Wie hier in der Disposition im großen und ganzen alles wirr durcheinanderläuft, so fehlt auch zwischen den einzelnen Sätzen jede logische Verbindung. Und dasselbe beobachtet man innerhalb der einzelnen Sätze selbst. Es fehlt bei H. alles Gefühl für logische Korrektheit. Ebenso zeigt er im sprachlichen Ausdruck ein merkwürdiges Ungeschick. [Folgen Proben, vergl. Anm. 1, 2, 3, 4, 11 und 14.] Und dies alles auf nur 20 Seiten."

Nach einer umfangreichen Liste einzelner Ausstellungen heißt es dann zum Schluß:

v. B. (S. 125): „Ich könnte aus dem kleinen Aufsatze H.'s noch viele Irrtümer nahmhaft machen, so . . . . u. s. w. u. s. w. Doch ich halte inne, da die Beschäftigung mit seinem Elaborate höchst unerquicklich ist und man auch bei der größten Ausführlichkeit doch kein genügendes Bild von demselben zu geben vermag. Man muß den Aufsatz selbst lesen, um sich von seinem Werte zu überzeugen."

Endlich ein Diktum, dem ich unbedingt beipflichte: „man muß den Aufsatz selbst lesen." Das wollte ich den Fachgenossen so bequem als möglich machen, daher die arge Verschwendung an Druckerschwärze, deren ich mich schuldig mache.

Im folgenden ist der Aufsatz wörtlich abgedruckt. v. B.'s kritische Bemerkungen sind an zuständiger Stelle in Anmerkungen beigefügt. Die Disposition, die er von der ersten Hälfte giebt, ist am Rande ausgesetzt.

Nur mit Widerstreben entschließe ich mich zu dieser Reproduktion. Ich würde heute manchen Punkt schärfer fassen. Aber an den Grundgedanken kann ich auch heute durchweg festhalten und in einer Schrift, die einen selbständigen Wert für die Wissenschaft überhaupt nicht beansprucht, glaubte ich von Berichtigungen im einzelnen absehen zu dürfen.

Der Ursprung der Kölner Stadtverfassung. [S. 227

Westdeutsche Zeitschrift 1883 II 227—248.

Unverkennbar hat Köln bei den oft behandelten Problemen der mittelalterlichen Stadtverfassung die Aufmerksamkeit der Forschung in erster Reihe in Anspruch genommen. Ebenso klar aber tritt zu Tage, wie wenig eine Verständigung zwischen den entgegenstehenden Meinungen bisher erzielt ist. Die für die Erscheinungen der älteren Zeit so wenig befriedigende Überlieferung bot der Konstruction einen zu weiten Spielraum, um die immer neuen Combinationen der verdienten Forscher einander endgültig näher zu bringen. Auch Heuslers Vermittelungsversuch[1]) hat wesentliche Fragen offen gelassen, einen so bemerkenswerten Fortschritt derselbe besonders durch die scharf präcisierte Fragestellung bezeichnet. Der letzte Bearbeiter des Gegenstandes spricht sich dahin aus[2]), daß für die ältere Periode „bloß die äußeren Umrisse der erzbischöflichen Stadtherrschaft zu erkennen sind. Das Wesen und die Formen der Stadtverfassung, die Entstehung und Ausbildung der städtischen Corporation bleiben völlig im Dunklen." In der That ist mit diesen Worten der Stand der Forschung treffend bezeichnet, und wir stehen zur Zeit auf dem Punkte, daß jede Discussion, die mit dem alten Mitteln operiert, unfruchtbar zu verlaufen droht.

1) Ursprung der deutschen Stadtverf. 1872.
S. 227. 2) Hegel, Chroniken d. deutschen Städte Bd. 12, S. XXI. 1876.

v. B.: „S. 227—232: Mitteilungen über Schreinskarten und Sondergemeinden, wobei Notizen über Archivalien mit Ausführungen üb. Verfassungsverhältnisse ungeordnet durcheinander gehen."

Wenn ich bei dieser Sachlage den Anfängen der Kölner Stadtverfassung nachzugehen unternehme, so denke ich das damit genügend zu rechtfertigen, daß die Untersuchung sich auf ein Material stützt, welches von Keinem der früheren Bearbeiter Kölnischer Geschichte in seiner weitgehenden Bedeutung gewürdigt worden ist.

[S. 228] Bereits im vorigen Jahre konnte ich über einen Quellencomplex, den seit einigen Jahren das Kölner Stadtarchiv birgt, berichten[1]), welcher die überraschendsten Aufschlüsse für diese vielumstrittene Frage verspricht. Derselbe erweist sich als der älteste Aktenbestand der städtischen Verwaltung Kölns und läßt den Entwickelungsgang der städtischen Institute des 12. Jahrhunderts in ein ganz neues Licht treten.

Bekanntlich sind die Akten des Kölner Grundbuchamtes von den ersten Anfängen bis zum Ausgang der reichsstädtischen Periode in fast ununterbrochener Reihenfolge erhalten[2]). Die spätere „Schreinpraxis", wie die Übung des Grundbuchwesens 1) in Köln genannt wird, ist durch die verdienstlichen Arbeiten Clasens klargelegt, und ich darf hier nur auf sein Hauptwerk verweisen[3]). In der ersten Zeit wurden die Urkunden auf Blätter eingetragen, seit dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts treten allmälig Bücher an deren Stelle. Derart unterscheiden wir Schreinskarten und Schreinsbücher. Der Übergang zur regulären Buchführung findet in den einzelnen Bezirken zwischen 1220—1250 zu verschiedenen Zeiten und lediglich aus der äußerlichen Rücksicht größerer Handlichkeit statt. Ein das Wesen der Sache tiefer berührender Abschnitt in der Entwickelung des Schreinswesens ist im Anfang des 13. Jahrhunderts mit der Durchführung einer einheitlichen Organisation in strenger Unterteilung der Bezirke 2) gegeben. Von diesem Zeitpunkt an enthalten die Aktenbestände lediglich Beurkundungen von Unterbehörden, welche mit ihrer Competenz auf die begrenzten Funktionen des Grundbuchamtes beschränkt waren. Die weiter zurückreichenden Urkunden wurden bislang unter denselben Gesichtspunkt gebracht und nur für lokal-topographische oder genealogische Fragen zu Rate gezogen. Aber bis zu diesem Zeitpunkte sind die Dinge im Fluß. Die schriftlichen Anfänge dieser civilrechtlichen Praxis reichen in die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts herauf und stehen hier in einer Reihe neben anderen schriftlichen Ansätzen communaler und politischer Selbstthätigkeit 3), deren Führung ebenso wie das Grundbuchwesen erst auf einer weiteren Entwickelungsstufe gesonderten Unterbehörden zugewiesen wurde.

[S. 229] Die von den späteren Schreinsbüchern entlehnte Bezeichnung als „Schreinskarten" ist daher für den Inhalt jener früheren Blätter in keiner Weise zutreffend, vielmehr weisen sich dieselben in einer Zeit, in welcher die städtische Selbständigkeit sich eben zu bilden anfängt, als die Aufzeichnungen der innerstädtischen Verwaltung aus, soweit dieselbe überhaupt schriftlich geführt wurde 4). Zum ersten mal gewinnen wir aus dieser Erkenntnisquelle ein klares Bild des städtischen Lebens *vor* der Ratsperiode, das uns bislang in der Hauptsache nur aus konstitutiven Urkunden kirchlichen Ursprungs bekannt war. Es ist der verhängnisvolle Irrtum Nitzsch's, der bereits in seinem grundlegenden Buche „Ministerialität und Bürgertum" den fruchtbaren Gedanken von dem Gegensatz kirchlicher Bildung und der unabhängig von ihr aufkommenden Laienelemente mit aller Schärfe ausgesprochen hat[1]), daß er diese Scheidung bei Betrachtung der städtischen Verhältnisse ganz fallen läßt und aus handgreiflich einseitigen Quellen, wie dem bischöflichen Stadrecht von Straßburg, dem Kölner Dienstrecht, oder dem Hofrecht von St. Maximin die bemerkenswertesten Aeußerungen dieser Laienkultur zu erklären sucht 5). Im Gegen-

S. 228. 1) Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln. hrsg. v. Höhlbaum 1882 Hft. 1, S. 35 ff.
2) Denkschrift über die Aufgaben der Ges. f. Rhein. Gesch. Köln 1881. S. 40.
3) Erste Gründe d. Kölner Schreinspraxis, mit Mustern und einer Untersuchung über das Alter der Kölnischen Schreine. Köln 1782.
S. 229. 1) Ministerialität und Bürgertum im 11. u. 12. Jahrh. 1859. Einleitung.

---

1. v. B. tadelt den Ausdruck. Er ist in der That nicht schön.

2. v. B. tadelt den Ausdruck. Gleichfalls mit Recht. Der Sinn ist bei der gesuchten Kürze nicht klar: in streng durchgeführter Einteilung der Bezirke in Unterbezirke.

3. **v. B.**: „Die Führung der schriftlichen Ansätze kommunaler und politischer Selbstthätigkeit!"

4. **v. B.**: „Die innerstädtische Verwaltung wurde schriftlich geführt!"

5. **v. B.**: „Daß er (H.) das älteste Straßburger Stadtrecht *inhaltlich* auf eine

satz dazu läßt dieses neue Material für Köln aus der lebendigen und durchaus selbständigen Bethätigung der Bürgerschaft die Entwickelung des städtischen Gesamtlebens mit einer Bestimmtheit erkennen, die wenig zu wünschen übrig läßt.

Die auf Grund einer längeren Beschäftigung mit diesem Quellenstoff für die gestellte Frage gewonnenen Ergebnisse sollen im Folgenden mitgeteilt werden. Dieselben weichen von den bisher vertretenen Kombinationen so wesentlich ab, daß eine Polemik in's Endlose führen müßte. Die Untersuchung nimmt in Folge dessen unbeirrt um entgegenstehende Ausführungen ihren Weg.

Mit Recht betont Gengler[2]) die Bedeutung der Stadteinteilung für die organische Entwickelung des inneren Gemeindelebens. Es muß einer besonderen Beweisführung vorbehalten bleiben, zu ermitteln, wie weit die diesbezüglichen von ihm statuirten verschiedenen Erscheinungsformen sich einheitlich zusammenfassen lassen, oder in historische Aufeinanderfolge zu setzen sind. Hier genügt es darauf hinzuweisen, daß Gengler die parochiale Einteilung für Köln unbedingt anerkennt[3]). In der That sehen wir das gesamte communale Leben der Stadt während der Ratsperiode auf eine Bezirkseinteilung nach den alten Pfarrgrenzen begründet. Selbstverständlich schließt sich auch die Organisation des || Grundbuchwesens an diese städtische Innenteilung an, und mit Ausnahme [S. 230.] rechtlich eximierter Stadtgebiete, wie z. B. des Immunitätsbezirks ‚Unterlahn', der als solcher auch hier eine Sonderstellung einnimmt, entsprechen die Jurisdictions- und Schreinsbezirke durchaus den zur Zeit ihres Ursprungs vorhanden gewesenen Parochien[1]). Es ist ein Komplex verschiedener Gemeinden, deren einzelne, unbeschadet ihrer energischen Zusammenfassung durch die oberste Ratsbehörde, particularrechtliche Besonderheiten während der ganzen Dauer der reichsstädtischen Periode bewahrt haben.

Klar und deutlich ergeben die mehrfach erwähnten Aktenbestände, daß *vor* dieser Zusammenfassung durch eine gemeinsame Repräsentativbehörde das städtische Leben sich in den Formen *getrennter Parochialverfassungen* bewegte. Die ältesten sogenannten Schreinskarten sind Aufzeichnungen selbständiger Parochialbehörden.

Wie a. a. O. ausgeführt ist[2]), reichen von den erhaltenen Karten die Namenverzeichnisse bis ca. 1125 zurück, während die urkundlichen Eintragungen zwischen 1130 und 1140 einsetzen. Die Stadt Köln umfaßte damals außer dem Gebiet der alten Römerstadt das Marktgebiet der Rheininsel und die nördlich anschließende Vorstadt Niederich. Wie weit nach Westen und Süden die Grenzen über die Römermauern hinausgerückt waren, läßt sich bei dem Fehlen der hierhergehörigen Grundbuchakten nicht völlig exact nachweisen. Jedenfalls befanden sich die um die alten Stifte Severin, Pantaleon, Gereon und Kunibert liegenden Häusercomplexe noch im freien Felde, und auch Aposteln scheint erst mit der letzten Stadterweiterung von 1180 in den Ringwall hineingezogen zu sein.

Wir haben hier die Verhältnisse bis zum Jahre 1159 darzustellen; ein Abschnitt, dessen Einführung in der Folge zu rechtfertigen ist.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind nur aus drei Bezirken urkundliche Aufzeichnungen erhalten: aus der Martinspfarre, aus der Laurenzpfarre und aus dem Jurisdictionsbezirk Niederich.

Die älteste Karte von Laurenz enthält neben vereinzelten Anschreinungen, die [S. 231.] etwa 1135 beginnen, Bürgerlisten, Notizen über Einnahmen und Ausgaben sowie über

S. 229. 2) Deutsche Stadtrechtsaltertümer, 1882, S. 49.
3) ebend. S. 63 ff.

S. 230. 1) So lautet der Eingang eines Weistums aus der Mitte des 12. Jahrh.: ‚Hec sunt traditiones et leges . . . in *parrochia* Nitherich'. Eine Pfarre des Namens ist zu dieser Zeit nicht vorhanden, auch historisch nicht nachweisbar, und der so bezeichnete Jurisdictionsbezirk umfaßt mehrere Kirchspiele anderen Namens. Die alte Bezeichnung des Bezirks (suburbium inferius) ist also an dem Bodenhängen geblieben, während das ursprüngliche Pfarrgebiet bei zunehmender Bevölkerung geteilt wurde.
2) Mitt. S. 42 ff.

Linie mit — risum teneatis! — dem Kölner Dienstrecht und dem Hofrecht von S. Maximin stellt".

Nicht „*inhaltlich*", sondern lediglich nach ihrer Provenienz aus geistlich-herrschaftlichen Kreisen sind die drei Quellen hier zusammen genannt. Zur Sache vgl. oben S. 26 f. Nr. VI.

Außenstände, eine Veranlagung zur Gebäudesteuer und zwei Namenreihen von zu verschiedener Zeit amtierenden Parochialvorständen. Auf diesem einen Blatt scheint die Parochialbehörde ihren gesamten Notierungsbedürfnissen in primitivster Form genügt zu haben. Die Aufzeichnungen in Niderich fangen ungefähr 20 Jahre später an. Hier finden sich in den frühesten Karten Notizen über Bau und Steuerfreiheit des Parochialbürgerhauses und über Partikularrechte des Jurisdictionsbezirks zum deutlichen Beweis, daß auch diese Blätter Äußerungen einer in sich geschlossenen Gemeindebehörde enthalten.

Es sind engbegrenzte Communal-Angelegenheiten, auf welche sich die Befugnisse der Parochialbehörden erstrecken[1]). Neben der gerichtlichen Auflassung bei Übertragung von Erb und Eigen üben sie nach Ausweis der Eintragungen die Baupolizei in ihrem Bezirk. Desgleichen finden sich Ansätze einer Steuerverwaltung. Wenn wir aus den Äußerungen des Schieds von 1258[2]) zurückschließen dürfen, so unterstand ihrer Ausübung auch die niedere Gerichtsbarkeit. Die aus anderen Quellen erkenntlichen Rechte bei Wahl des Pfarrers und Bestellung des Küsters sind aus den hier erhaltenen Akten nicht zu ersehen[3]). Die ganze Einfachheit dieser Verfassungsverhältnisse bezeichnet am besten die Zeugenreihe einer Urkunde des Laurenzschreins, in welcher neben den beiden magistri vicinorum parochie zwei vocatores vicinorum aufgeführt sind.

Einen umfassenderen Charakter zeigen allein die aus der Martinspfarre stammenden Aufzeichnungen, welche auch zeitlich am weitesten, etwa bis 1130, zurückreichen. Drei ausschließlich mit Namen angefüllte Pergamentrollen aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, deren zwei durch die Aufschrift als Bürgerlisten kenntlich sind, während die dritte als „fraternitas mercatorum gilde“ bezeichnet ist, konnten schon auf
[S. 232.] Grund gleichen Fundorts und analoger äußerer Gestalt[4]) dem Aktenbestand der Schreinskarten zugewiesen werden. Genaue handschriftliche Vergleiche lassen in denselben wiederholt die Hand gleicher Schreiber, wie in den ersten Karten des Martinschreins erkennen. Dazu kommt, daß die durch nähere Bezeichnung der Herkunft, des Familien- oder Beinamens kenntlich gemachten Personen der Kaufmannsgilde fast sämtlich in den Bürgerlisten, Urkunden und Zeugenreihen dieser Parochie wiederkehren.

v. B.: „S. 232 läßt H. für das folgende Ausführungen über den Zusammenhang der Martinspfarre mit der Kaufmannsgilde erwarten und teilt — wie der Leser vermuthet — zu diesem Behuf S. 232—235 Zeugenreihen aus einigen Urkunden mit“

Wir würden daraus zunächst nur auf einen unbestimmten Zusammenhang der Martinspfarre mit der Kaufmannsgilde schließen dürfen, wenn nicht der Umstand, daß erstere den alten und neuen Markt der Stadt umfaßte, einen weiteren Anhalt gäbe.

Eine ausschließlich auf das neugewonnene Material beschränkte Beobachtung bietet allerdings noch andere Aufschlüsse für die hier behandelten Fragen. Zur leichteren Vermittelung des Verständnisses aber scheint an dieser Stelle eine Rücksichtnahme auf anderweite schon früher benutzte Urkunden geboten. Um den Ausgangspunkt dieser Untersuchung nicht zu verrücken, sollen wiederum nur Documente bürgerlicher Provenienz herangezogen werden. Als solche dürfen im strengen Sinne nur die von der Stadt Köln allein besiegelten Urkunden gelten. Es sind deren bis zum Jahre 1159 folgende erhalten:

1) 1149, Stiftungsbrief der Bettziechenweberzunft (Lac. I Nr. 366).
2) c. 1150, Beurkundung der Zollfreiheit in Köln für die Kirchen St. Gertrud zu Nivelle und St. Maria und Begga zu Andenne. (Ennen und Eckertz, Quellen I, Nr. 114).
3) 1155, desgl. für Cornelimünster. (Martène et Durand, Coll. I, S. 829)[1]).
4) 1159, Beschluß, daß in den nächsten zehn Jahren die Beamten der Parochialbehörden der Gilde und der Zünfte nicht wechseln sollen. (Lac. I, Nr. 398).
5) 1159, Auflassung eines Allods an das Stift St. Gereon nach Schreinsrecht. (Lac. I, Nr. 399).

Nur drei der aufgeführten Dokumente, deren Originale sich sämtlich im Kölner Stadtarchiv befinden, haben in der Schlußformel die Zeugen namentlich aufgeführt. Die folgende Tabelle stellt die Namen alphabetisch geordnet untereinander.

S. 231. 1) Vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht I, § 35. Die Gliederung der Bürgerschaften in Specialgemeinden.
2) Lacomblet II No. 452. S. 245 No. 18.
3) Ich erwähne drei interessante Urkunden des Düsseldorfer Staatsarchivs über Streitigkeiten betreffs der Pfarrerwahl. 1212, Columbapfarre (Köln, Domstift Orig. No. 30); 1226, Dec. 17. Peterspfarre (St. Cäcilienst. O. No. 6); 1240, März 27. Johannspfarre (Copiar d. Severinst. f. 36).
4) Gleiche Größe, Einteilung in Felder durch langschaftige Säulen und Befestigung an einem Holzstab, auf welchen sie aufgerollt wurden. Vergl. Mitt. S. 46.
S. 232. 1) Ueber diese Urk. vergl. unten S. 244.

NB. Die vorstehenden Ziffern geben die Rangordnung der Personen, die in Klammern gesetzten Worte sind im Original übergeschrieben [1]). [S. 233.]

1149	1155	1159
15. Albero (de s. Cecilia)	22. Albero de s. Cecilia	3. Albero subcomes
18. Anselm (d. s. Cecilia)		
12. Bruno (frater ejus) [scil. Danielis]	16. Bruno [frater Danielis]	13. Bruno [frater Danielis senator]
11. Daniel (tollenarius) [frater Brunonis]	15. Daniel [frater Brunonis]	12. Daniel [frater Brunonis senator]
31. Emelrich		
32. Emelrich (frater Marcmanni)		
	20. Emunt	16. Emundus [senator]
30. Everart		
23. Evezo		
	21. Franco	18. Franco [senator]
13. Gerardus (Niger)	9. Gerardus Niger	8. Gerardus Niger [senator]
	5. Geradus Albus	
19. Godefrit (filius Volsvendis)	11. Godefridus filius Volsvinde	9. Godefridus Volsvendis filius, senator
20. Godefrit (alius)		
22. Godefrit		
	13. Godefridus de Stavera	15. Godefridus de Stavere [senator]
21. Hartman (de s. Albano)		
4. Heinrich (filius Hermanni)	24. Heinricus filius Hermanni	
8. Heinrich (tollenarius)	8. Heinricus	
29. Heinrich (Vazolf)	23. Heinricus Comes	1. Heinricus urbis prefectus
2. comes Hermannus	3. Hermannus comes	
5. Herman (filius Razonis)	12. Hermanus filius Razonis	11. Herimannus Razonis filius [senator] [S 234.]
24. Herman (a domo bellica)	1. Hermannus advocatus	2. Herimannus advocatus
	6. Hermannus camerarius	4. Herimannus subadvocatus
		10. Herimannus Ditwigis filius [senator]
34. Hupertus		17. Hupret [senator]
28. (Karolus) [1])	25. Karolus	6. Karolus telonearius
16. Ludolfus (Grin)	19. Ludolf Grin	
14. Malbodo	17. Malbodo	
25. Marcman (Hoger)	7. Marcmannus Hoier	7. Marcmannus Hoger [senator]
27. Marcman	18. Marcman Lembichin	
1. Ricolfus (Sporwer) advocatus	4. Richolfus advocatus	
26. Ricolfus		
	10. Richolfus de novo foro	
	14. Richolfus de s. Brigida.	
9. Segewin Comes		
33. Tiderich		
3. Vogelo filius Durkine		
6. Vogelo (filius Hermanni)		14. Vugelo Herimanni filius senator
17. Vogelo	26. Vogelo	
	2. Vogelo theolenarius	5. Vugelo telonearius
7. Willelmus (Fraz)		
10. Wolbero (Slegel)		

Von den zahlreichen Documenten, die, von anderen Seiten ausgestellt, die Namenreihen der vornehmsten Bürger aufzählen, führe ich nur zwei an. In dem ersten beurkundet der Abt von Groß-St.-Martin 1152[2]) eine Schenkung an sein Kloster. Die Urkunde erzählt, wie || una dierum celebratis aput nos exequiis Sigewini subprefecti der Schenker, dum adesset cum summatibus hujus civitatis, quos ibidem repertos convocaverat, an den Hauptaltar tritt. Als Zeugen, quorum in hac causa presentiam et favorem habuimus, stehen: Richolfus advocatus, Richolfus Sparwere, Godefridus de Stavern, Gerardus Niger, Herimannus filius Razzonis, Henricus thelonearius, Vogol theloniarius, Vogol filius [S. 235.]

S. 233. 1) Hier, wie bei jeder anderen Bezugnahme auf Kölner Urkunden, citiere ich nach dem Original. Die zahlreichen Inkorrektheiten der angeführten Drucke, die besonders bei Lesung der Namen störend hervortreten, sind ohne weitere Bemerkung verbessert.

S. 234. 1) Mit anderer Tinte über Marcman nachgeschrieben.

2) Ennen und Eckertz, Quellen I, No. 65.

Herimanni, Herimannus Rufus, Godefridus filius Wolsvindis, Karl de Salzgazzen, Daniel, Brun, Alexander, fratres, Albero de sancta Cecilia, Marcman Hoiger, Richwin Verchen, Wolbero filius Sigewini, Marcman et Emelricus filii Methildis de Hoie, Hertwig et Gerlach de Wstubbe aliique conplures de optimatibus hujus civitatis. Das zweite Dukoment von 1157[1]) trifft Bestimmungen über ein Hospital auf dem Altmarkt, das halb zerfallen von einer Anzahl von Bürgern wieder aufgebaut und dem Martinskloster geschenkt worden war. Erzbischof Arnold II, der die Urkunde ausstellt, nennt im Eingange diese Bürger: burgensium ergo honoratiores, quorum etiam quosdam presenti loco personaliter necessario designare adjudicavimus, id est Richolfus Magnus, Herimannus frater Fugelonis, Richwinus Canus et Herimannus frater ejus, Vogul filius ipsius Herimanni, Godefridus filius Volsvendis, Henricus thelonearius, Henricus Fazolf, Marcman Hoiger, Vogul thelonearius, Gerardus Niger, Herimannus filius Razonis, Richolfus Sparwere et alii conplures, sub quorum cura et ipsa domus habebatur. Im Gegensatz zu diesen Eingangs genannten Personen fungieren als Zeugen am Schluß der Urkunde neben den Prioren nur die ersten erzbischöflichen Ministerialen.

v. B.: „Plötzlich aber macht er ganz unerwartet die überraschende Eröffnung, er habe die Zeugenreihen nur zusammen gestellt, um die Existenz des [S. 236.] Schöffenkollegs nachzuweisen."

Die Uebereinstimmung in diesen Namenreihen mit den in unserer Tabelle aus Urkunden städtischen Ursprungs zusammengestellten Vertretern ist so auffallend, die führende Stellung dieser Personen auch in den beiden Urkunden nichtbürgerlicher Provenienz so bestimmt betont, daß wir in denselben unzweifelhaft die Mitglieder einer leitenden städtischen Gesamtbehörde[6]) anerkennen müssen, deren Existenz im übrigen schon 1149 durch das Stadtsiegel und die Nachricht von einem gemeinsamen Bürgerhause an derselben Stelle, auf welcher noch heute das Rathaus steht, hinlänglich verbürgt ist.

Die Männer, deren Namen uns hier wiederholt bestimmt entgegentreten, werden im allgemeinen als viri illustri[7]) et tocius civitatis ‖ probatissimi (1149) oder mit ähnlichen Wendungen bezeichnet. In der offiziellen Sprache des Erzbischofs und gemeiniglich auch in ihrer gerichtlichen Thätigkeit heißen sie scabini und nur bei eigenen Äußerungen in communalen Angelegenheiten nennen sie sich selbst senatores. Mit einem treffenden Ausdruck hat Heusler diese Körperschaft mit ihren auseinanderfallenden Funktionen in Gerichtssachen und Communalangelegenheiten als „Schöffensenat" charakterisiert.

v. B.: „Nach einigen Sätzen jedoch bricht er sogleich wieder das letztere Thema

Wir wenden uns von diesem Punkte wieder dem Quellencomplex der Schreinskarten zu. Ganz vereinzelt begegnen wir bis gegen 1150[8]) noch Zeugenreihen in Beurkundungen des Martin- und Laurenzschreins, die immer seltener werden, je mehr die diplomatische Form der Urkunde zu einer knappen Notierung zusammengedrängt wird. Die ersten Aufzeichnungen liegen in der Martinspfarre zu weit vor 1149, als daß ein

S. 235. 1) Ebend. I, No 70.

---

6. v. B.: „S. 235 soll die Thatsache, daß mehrere Namen in allen Zeugenreihen städtischer Urkunden wiederkehren, beweisen, daß dieselben „einer leitenden städtischen Gesamtbehörde" angehören, und zwar sei dieselbe das Schöffenkolleg. Daß er hier zu einem für sich allein nichts beweisenden Argument greift, ist um so charakteristischer, als die Urkunden ausdrücklich sagen, daß das Schöffenkollegium Kommunalorgan ist. Im übrigen umfassen thatsächlich die in den Zeugenreihen genannten Personen einen weiteren Kreis als die Schöffen, wie gerade aus der von H. selbst citierten Urkunde von 1149 hervorgeht; es befinden sich vielmehr unter den Zeugen auch die in der Urkunde genannten meliores civitatis."

Ich spreche vom „Schöffensenat." Der Ausdruck „Schöffenkolleg", den v. B. statt dessen substituiert, ist in diesem Zusammenhange irreführend. — Ueber das Schöffenkolleg als Organ des öffentlichen Gerichts vgl. oben S. 41, Nr. 4. — Daß in der Urkunde von 1149 die Zeugenreihe einen weiteren Kreis als die Schöffen umfaßt, bestreite ich weder, noch vermag ich darin ein Argument gegen meine Auffassung zu entdecken.

7. Hier ist der Lapsus, auf Grund dessen Herr v. B. mir noch nicht mäßige Sekundanerqualität zuerkennt. Das Urteil ist offenbar gnädig. Ich würde den Fehler nicht einmal einem Quintaner verzeihen, — wenn ich sein Ordinarius wäre. Vgl. übrigens noch Anm. 12.

Zusammenhang mit den bisher aufgeführten Namen erwartet werden dürfte. Die früheste Spur eines solchen findet sich erst gegen 1140: Hec facta sunt coram civibus et magistris civium, tunc vero magisterium tenentibus Tizone, Vollando et presente prefecto Heinrico. Hujus rei testes adhibiti sunt predictus Tizo, Vogelo filius Volsvendis, Ramunt, Marcman (Hoier), Gerardus juxta ecclesiam Lisolvi, Regenzo[1]). Ich erwähne zwei weitere Stellen, die zwischen 1145 und 1150 liegen:. Hoc totum actum est in tempore Richolfi advocati et Hermanni comitis[2]) Hec facta sunt coram magistris in parochia sancti Martini Gerhardo et Bertolfo tunc officium tenentibus et preterea coram senioribus magistris Sigewino Comite, Marcmanno (Hoier), Heinrico (Fazolfo) Waldevero Crispo, Alberto Nigro, Apro, Everhardo, Brunone, Heinrico (Hasta), Tizone, Wolberone, Alberone, Gozone, insuper et coram pluribus honestis personis Herimanno (fratre Vogolonis) et Heinrico (teleonario) et Eckeberto juxta Renum et Alberone (Hardvusto).[3]) An anderer Stelle werden in derselben Zeit als Fürsprecher und Vertreter der Mauritiuskirche zu Köln vor dem Martinschrein genannt: Sigewinus Comes, Daniel theleonarius, Amalricus Tuskeman, Gerhardus Niger, Vogelo filius Durichine, Godefridus filius Folswindis.[4])

unvermittelt ab und wendet sich von neuem der Martinspfarre zu."

Über das Jahr 1150 gehen diese Zeugenreihen nicht hinaus, spätere sind überhaupt nicht vorhanden. Sie reichen also nur bis an das Jahrzehnt heran, das uns hier vorzugsweise beschäftigt. Immerhin aber ist zu constatieren, daß eine Anzahl von Namen, deren Träger als Mitglieder einer leitenden städtischen Behörde gelten müssen, sich mit einzelnen Amtleuten der Martinspfarre identificieren lassen. In den Zeugenreihen des Laurenzschreins, deren mehrere aus derselben Zeit vorliegen, ist kein einziger analoger Fall mit Bestimmtheit nachzuweisen. Freilich sind die Namen nicht sämtlich näher bezeichnet. Die Möglichkeit eines ähnlichen Verhältnisses ist demnach nicht vollständig ausgeschlossen. Jedenfalls aber begegnen im Großen und Ganzen hier durchweg neue Namen[1]). [S. 237.]

Ebenso auffallend stellt sich das Verhältnis dieser Personen zu dem Inhalt der Urkunden. Während für die überwiegende Mehrzahl derselben der feste Wohnsitz in der Martinspfarre ersichtlich ist, begegnen in der Laurenzpfarre nur ganz vereinzelt die genannten optimates als Besitzer von Liegenschaften und somit als Kirchspielgenossen. Ich will mit dem Citieren aus unedierten Quellen hier nicht weiter ermüden und kann mich um so eher auf knappe thatsächliche Angaben ohne umständlichen Apparat beschränken, als die Herausgabe der sogenannten Schreinskarten demnächst bevorsteht und die Bearbeitung der Register auf dieses Moment besondere Rücksicht nimmt.

Wir haben oben gesehen, daß in der Martinspfarre das schriftliche Verfahren am frühesten aufgenommen wurde. Schon dieser Umstand deutet auf eine vorgeschrittenere Entwickelung. An anderer Stelle habe ich den Nachweis versucht, daß die hier ausgebildete Praxis Vorbild und Muster für die Laurenzpfarre wird[2]). Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Form der Urkunde zunächst noch schwankend bleibt und sich dadurch charakteristisch von der festgefügten Fassung des gleichzeitigen geistlichen und fürstlichen Kanzleibrauches unterscheidet. Noch handgreiflicher aber tritt die von der geistlichen Bildung unabhängige Entwickelung in sprachlichen Eigentümlichkeiten zu Tage. Wir sehen in den Urkunden des Martinsschreins das Latein ziemlich || fließend angewendet. [S. 238.] Die sichere Beherrschung der damaligen Verkehrssprache kann in dem lebhaften Marktgebiet nicht überraschen. Um so interessanter ist die Thatsache, daß mit dem Beginn einer selbständigen schriftlichen Übung außerhalb der Kaufmannspfarre diese Sicherheit in bedenklicher Weise fehlt. In den Aufzeichnungen des Laurenzschreins springt der Schreiber ganz unvermittelt in lateinisch begonnener Urkunde zur deutschen Sprache über, oder schreibt über die lateinische Wendung die deutsche Übersetzung. Noch plumper fallen die ersten Versuche in anderen Bezirken aus. In Gereon ist Satzbildung und Orthographie der ältesten Schreinskunden oft bis zur Unkenntlichkeit corrumpiert.

S. 236. 1) Mart. 1. IV. 11. Ich citiere nach Maßgabe der für die Edition bestimmten Anordnung.
2) Mart. 2. I. 13. Vergl. 1149: Richolfus adv. und comes Hermannus an der Spitze der Zeugen.
3) Mart. 2. I. 20.
4) Mart. 2. II. 22.

S. 237. 1) Z. B. Laur. 1. IV. 4. Udilolf et Godescalc et Theodericus advocatus aliique civium magistri Luzeman et Heriman (frater ejus), Herman et frater ejus et Bertolfus, Thiderich (Judeus) et Emunt, Eckebret (Judeus) et Fordolfus (filius ejus), Gerard (Ungemaz) et Hartwich (Harde), Cuno (Liginde) et Gerard (de Kericinpuzze) et alii cives quam plurimi.
2) Mitt. S. 47.

B.: „S. 238—239 wird dann die Episode des Kölner Aufstandes von 1704, wieder ohne irgend einen Zusammenhang mit dem vorhergehenden oder folgenden eingeschoben."

Bevor wir die letzten Resultate aus dem Vorstehenden ziehen, verdient noch ein Moment der chronikalischen Überlieferung Beachtung.

Der Aufstand von 1074 gegen den Erzbischof Anno ist die erste selbständige Regung der Stadt, von der wir bestimmtere Kunde haben. Der Streit um ein Kaufmannsschiff (mercatoris cujusdam praedivitis)[1]), das der Erzbischof in Anspruch nimmt, giebt den äußeren Anstoß zur Empörung. Einen Kaufmannssohn tum propter generis affinitatem, tum ob merita sua primoribus civitatis maxime carum et acceptum sehen wir an der Spitze der Rebellen, und Kaufherren sind es, die in großer Zahl (sexcenti mercatores opulentissimi), um der Strafe zu entgehen, die Stadt verlassen, nachdem der Erzbischof dieselbe wieder unter seine Botmäßigkeit gebracht hat. Mit lebendigen Zügen schildert Lambert den Charakter der handeltreibenden Stadtbewohner: id hominum genus . . . quippe qui ab ineunte aetate inter urbanas delicias educati, nullam in bellicis rebus experientiam habebant, quique post venditas merces inter vina et epulas de re militari disputare soliti, omnia quae animo occurissent tam facilia factu quam dicto putabant, exitus rerum metiri nesciebant. Wir haben aus der Folgezeit mehr als einen Beweis dafür, daß die Kölner sich mannhaft zu schlagen wußten und wir werden die eigentümliche Färbung von Lamberts Bericht auf Rechnung seiner persönlichen Animosität zu setzen haben. Wir werden unbedingt in dem Marktgebiet der Martinspfarre den Ausgangspunkt jener gegen den herrischen Stadtregenten gerichteten Bewegung suchen müssen. Daß dieselbe, in raschem Impulse planlos begonnen, unglücklich verlief, ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Interessen der übrigen Specialgemeinden und ihrer zahlreichen Ackerbürger [S. 239.] mit denen der Kaufmannsparochie noch nicht eng genug verknüpft waren. Eine feste Einigung derselben stand noch aus[8]). Es liegt nahe, die Conjuratio pro libertate von 1112 von dem

S. 238. 1) Mon. Germ. SS. V. S. 212 ff.

---

8. v. B.: „Besonders tritt das dilettantische Verfahren H.'s in seinen Bemerkungen über die Vereinigung der Sondergemeinden zu einer Gesamtgemeinde hervor. Es trifft hier vollkommen das Wort Weilands von den sog. Wirtschaftshistorikern, welche „das Gras wachsen hören", zu. H. weiß ganz genau, daß die Sondergemeinden zur Zeit des Aufstandes gegen Erzbischof Anno im Jahre 1074 zwar „noch nicht eng genug", noch nicht „fest", aber doch schon vereinigt waren. Der Ausgangspunkt der Bewegung lag nach H. „unbedingt" in dem Marktgebiet der Martinspfarre. Er weiß, daß der Aufstand hauptsächlich deshalb unglücklich endete, weil die Interessen der einzelnen Gemeinden „noch nicht eng genug verknüpft waren". Es liegt nun auf der Hand, daß solche willkürliche Ergänzungen unseres historischen Wissens ohne jeden Wert sind. Wie das Verhältnis der Sondergemeinden zur Zeit jenes Ausstandes gewesen ist, wird nimmermehr festgestellt werden können, da jeder Anhalt dafür fehlt. — Nachdem H. so eine Anzahl planloser Phantasien zusammengehäuft hat, scheut er sich nicht, dieselben als Fundament für weitere Konstruktionen zu verwerten".

Ob Herr v. B. für diese Bankerotterklärung jeder über das unmittelbar Gegebene hinausstrebenden Forschung auf allseitige Zustimmung rechnen darf?

Was den vorliegenden Fall betrifft, so halte ich es für erwiesen, daß der Ausgangspunkt der Bewegung „unbedingt" in dem Marktgebiet zu suchen ist. Daran dürfte selbst der Widerspruch v. B.'s nichts ändern. Daß die Interessenverknüpfung der einzelnen Gemeinden noch fehlte, gebe ich als Vermutung. Ob diese Vermutung und die weiteren Folgerungen „willkürliche Ergänzungen unseres historischen Wissens" sind, lasse ich dahingestellt. Fragwürdiger erscheint mir jedenfalls der Wert von Ergänzungen und Umdeutungen, wie sie Herr v. B. für die Zwecke seiner „Detailpolemik" vorzunehmen für gut findet. Wir haben bereits manches lehrreiche Beispiel kennen gelernt. Hier habe ich wieder auf eine unscheinbare stilistische Aenderung hinzuweisen, die er sich erlaubt:

H.: „Daß die Interessen der übrigen Spezialgemeinden .... mit denen der Kaufmannsparochie noch nicht eng genug verknüpft waren. Eine feste Einigung derselben stand noch aus."

v. B.: „H. weiß ganz genau, daß die Sondergemeinden .... „noch nicht eng genug", noch nicht „fest", aber doch schon vereinigt waren."

bisher stets im Vordergrunde stehenden Stadtteile aus geplant und geleitet zu denken. Vergegenwärtigen wir uns all die bedeutsamen Momente einer überragenden Stellung der Martinsparochie in der zeitlich fast unmittelbar folgenden Entwickelung der Einzelgemeinden, so werden wir den leitenden Einfluß der Kaufmannspfarre auf den Zusammenschluß der damals zur Stadt gehörigen Kirchspiele nicht in Abrede stellen können 9).

Allerdings kann diese allgemeine Fassung noch nicht befriedigen. Wir werden das Organ, welches einen solchen bestimmenden Einfluß auszuüben vermochte, und seinen Zusammenhang mit der Kaufmannspfarre genauer zu bezeichnen haben.

Soviel geht aus dem Bisherigen hervor, daß zunächst der Schöffensenat, der das commune sigillum civitatis führt und in Kommunalangelegenheiten auf dem gemeinsamen Bürgerhause zusammentritt, die Leitung der Geschäfte in Händen hat. Vielleicht gelingt es von seinem ersten die städtische Verfassung nachhaltig bestimmenden Beschluß aus sein Verhältnis zu den Specialgemeinden zu präcisiren 10). v. B.: „Ausführungen über das Schöffenkollegium u. s. w."

Dieser Beschluß von 1159 wird eingeleitet als: Rectorum judicum ac tocius populi sancte Colonie pari voto ac unanimi consensu incommutabile decretum. Derselbe bestimmt, ut in cunctis fraternitatibus aut officiis, que civilem respiciunt justiciam, in X annis nemo magister aut officialis homo mutetur innovetur aut aliquo modo substituatur. Hier begegnet zum ersten Mal der für die spätere Verfassung Kölns so bedeutsame Zeitraum der Decade, und Richthofen hat scharfsinnig bemerkt[1]), daß dieser Umstand den Fälscher des bekannten Weistums zur Datierung auf das Jahr 1169 veranlaßt haben mag. Das Decret bezeichnet in der That den formalen Abschluß einer längeren Entwickelung. Die für eine communale Selbstverwaltung, sowie für selbständige Handels- und Gewerbethätigkeit erwachsenen Institute 11) waren dauernd zu festigen. Die getroffene Verfügung war sehr wohl dazu geeignet. In der Entwickelung des Schreinswesens treten uns die Wirkungen derselben erkenntlich entgegen.

S. 239. 1) Forschungen z. d. Gesch. VIII. S. 72.

---

9. v. B.: „Zum Jahre 1112 bemerkt er [H.] ohne Einschränkung, daß die Martinspfarre bis dahin stets im Vordergrunde gestanden habe! Bemerkenswert ist dabei namentlich das „stets" — vorher hat er nur von dem einen Jahre 1074 gesprochen"! —

Hier ist mein Ausdruck ungenau. Statt „bisher stets" müßte es heißen: „bei unserer Untersuchung bisher stets". Der nachfolgende Satz läßt wenigstens über den Sinn keinen Zweifel.

10. v. B.: „Geradezu unverständlich ist es, weshalb H. dem Beschluß der Stadt vom Jahre 1159, daß die Vorsteher der Sondergemeinden 10 Jahre an ihren Posten gebunden sein sollen, eine fundamentale Bedeutung für die Stadtverfassung giebt. Es sei dies der „erste die stätische Verfassung nachhaltig bestimmende Beschluß" des Schöffen*kollegs*, „der erste formale Abschluß der Stadtverfassung" (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln I, 52). Ich will hier nicht in eine Diskussion über die thatsächliche Bedeutung jener Beschlüsse eintreten, sondern nur darauf hinweisen, daß H. selbst sich nicht die Mühe gemacht hat, auseinanderzusetzen, worin die angebliche große Bedeutung des Beschlusses liegt. Offenbar handelt es sich um Worte ohne Sinn. Was soll man sich unter dem Ausdruck „erster formaler Abschluß der Stadtverfassung" denken?"

„Worte ohne Sinn?" Nicht übel. Man vergleiche die Fortsetzung des Aufsatzes, in der ich die Bedeutung des Beschlusses des Schöffen*senats* — nicht des Schöffen*kollegs* — klar zu legen versuche. Nebenbei bemerkt, bezieht sich der Beschluß nicht nur, wie v. B. angiebt, auf die Vorsteher der Sondergemeinden, sondern auf sämtliche städtische Behörden. Vgl. die folgende Anmerkung.

11. v. B. „H. nennt die Organe der Sondergemeinden die „für selbstständige Handels- und Gewerbethätigkeit erwachsenen Institute". Wörtlich heißt dies: die Organe der Sondergemeinden trieben selbständig Handel und Gewerbe!"

Das Mißverständniß habe ich hier wohl selbst verschuldet. Es muß heißen: „die für eine communale Selbstverwaltnng, sowie *die* für selbständige Handels- und Gewerbethätigkeit erwachsenen Institute." Es handelt sich dabei in erster

Wir müssen hier in Kürze die äußere Beschaffenheit des erhaltenen Quellenmaterials berühren.

[S. 240.] Unter den sogenannten Schreinskarten haben sich einige halbzerissene Blätter vorgefunden, die sich bei genauerer Prüfung als || Reste eines zusammengehörigen Buches erwiesen. Die bisher aufgefundenen Stücke sind mitten aus den Lagen herausgerissen. Die frühesten Aufzeichnungen in denselben reichen bis in die Sechziger Jahre des 12. Jahrhunderts zurück. Ihr Inhalt betrifft in großer Anzahl Besitzübertragungen aus den Kreisen der Geldaristokratie, deren Liegenschaften meist in verschiedenen Pfarrgebieten zerstreut waren, und entspricht in dieser Richtung dem Inhalt des späteren Schöffenschreins. Daneben finden sich die verschiedenartigsten Notierungen: Schöffenurteile über Freiheit und Recht von Personen, Eintragungen wie die Verpfändung der Burggrafschaft oder des erzbischöflichen Zolls an Kölner Bürger oder die Beurkundung von Handelsverträgen mit auswärtigen Städten.

In den Schreinskarten von Martin, Laurenz und Niderich zeigt sich um diese Zeit eine beachtenswerte Veränderung. Bis zum Ausgang der 50ger Jahre ist die diplomatische Form der Urkunde durchaus schwankend, von da an begegnet eine feststehendere Praxis. Kleine stilistische Besonderheiten, die in der Einleitungs- und Schlußformel hervortreten, verbürgen zugleich für jeden Parochialbezirk eine in sich geschlossene Selbständigkeit.

Wir werden die größere Stabilität in der Übung der diplomatischen Form unzweifelhaft auf den Einfluß jenes Beschlusses zurückführen müssen, der die Amtleute der Schreinsgerichte, — denn das sind neben dem Schöffensenat die bedeutendsten Körperschaften, qui[12] civilem respiciunt justiciam —, für zehn Jahre an ihren Posten bindet. Und fast ebenso zwingend ist die weitere Annahme, daß die erwähnten Bruchstücke einem 1159 angelegten Stadtbuch angehören, in welchem die übergeordnete Stellung einer leitenden Gesamtbehörde zu den nunmehr in einheitlicher Verfassung auf die Führung der Grundbücher und einige anderweite Competenzen niederer Gerichtsbarkeit beschränkten Parochialbehörden ihren Ausdruck findet.[13]

Linie um den Schöffensenat selbst, sodann um die Behörden der Theilgemeinden, endlich aber, wenigstens muthmaßlich, auch um Gilde und Zünfte. Da im übrigen Herr v. B. darauf verzichtet, in eine Diskussion über die thatsächliche Bedeutung der Beschlüsse von 1159 einzutreten, so darf ich die weitere Erörterung gleichfalls auf eine passendere Gelegenheit verschieben.

12. qui statt que!!! Diesen Druckfehler hat v. B. übersehen. Er würde sich so schön neben den viri illustri ausgenommen haben. Ich empfehle das Paradestück Herrn v. B. für die Zukunft.

13. v. B.: „Ganz aus der Luft gegriffen ist es aber, wenn H. durch den Beschluß die Kompetenz der Parochialbehörden bestimmt werden läßt. Er behauptet, daß dieselben seit dem Beschluß („nunmehr") auf eine bestimmte Kompetenz „beschränkt" worden seien. In der betr. Urkunde findet sich nicht die geringste Andeutung über eine erfolgte Beschränkung der Parochialbehörden. Wir haben auch nicht eine einzige Nachricht, daß denselben etwa vorher eine weitere Kompetenz zugestanden habe".

Meine Ausführungen sind hier zweifellos nicht mit genügender Klarheit formuliert. Sie sollen demnächst in der Einleitung der Schreinskarten-Edition in präciserer Fassung wiederholt werden.

Der Einwand v. B.'s freilich ist völlig verunglückt. Ich berufe mich weder auf die Urkunde von 1159, noch greife ich in die Luft, sondern ich ziehe nur die Folgerungen, die sich aus dem Schreinskartenmaterial ergeben. Auf S. 228 habe ich ausgeführt, daß die Schreinskarten mit den späteren Schreinsbüchern inhaltlich nicht auf eine Stufe zu stellen sind. Die ältesten Blätter sind nicht ausschließlich Grundbuchakten. Neben den Eintragungen über Grundbesitz enthalten sie die verschiedenartigsten Notizen, über die S. 231 genaueres berichtet wird. Seit 1159 hört das auf. Die Schreinskarten verzeichnen von da an ausschließlich Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit.

Herr v. B. übersieht das alles, er übersieht auch, was S. 231 über

Diese Behörde aber ist der Schöffensenat selbst, der nach dem ersten formalen Abschluß einer längeren Entwickelung neben den übrigen Machtbefugnissen für innenstädtische Verwaltung und auswärtige Handelspolitik 14) die direkte Oberinstanz für die einzelnen Schreinsunterbehörden bildet. Die Tendenz, den wachsenden Anforderungen der communalen Verwaltung durch eine organisch gegliederte Arbeitsteilung zu genügen, führt zu einer weiteren Scheidung. In der Folge löst sich von der unmittelbaren Machtsphäre dieser Behörde 15) der sogenannte Schöffenschrein als selbständige Oberinstanz des Grundbuchwesens los. Damit ist ein wichtiger Schritt in der Trennung der Geschäfte des
|| Rates von denen der Schöffen geschehen. Der ursprüngliche Zusammenhang dieser [S. 241.
regierenden und richtenden Gewalt erhellt noch deutlich aus dem Umstand, daß die Offizialen des Schöffenschreins im Rathause tagen. Zugleich aber hat sich derjenige Zustand der Schreinspraxis ausgebildet, welcher in der Folge ohne wesentliche Veränderungen erhalten bleibt. Die ganze Entwickelung interessiert uns hier nur insoweit, als sie die allmälig fortschreitende Organisation der Stadtverfassung an einem bestimmten Beispiele erkennen läßt.

Wichtiger ist für uns die Frage, aus welchen Elementen sich dieser Schöffenrat zusammensetzt.

„den umfassenderen Charakter der aus der Martinspfarre stammenden Aufzeichnungen" bemerkt ist, und erklärt einfach:

„Wir haben auch nicht eine einzige Nachricht, daß den Parochialbehörden etwa vorher eine weitere Kompetenz zugestanden habe."

Vor allem aber übersieht er, daß die „Unterordnung" früher coordinirter Sondergemeinden „unter eine leitende Gesamtbehörde" ohne Einschränkung der ihnen zustehenden Kompetenz gar nicht denkbar ist.

14. Hier fehlt ein Zwischenglied: die in seiner Hand vereinigt sind, — v. B. meint:

„Der Gipfel logischer Inkorrektheit wird in folgendem Satze erreicht: „Der Schöffensenat bildet . . . . neben den übrigen Machtbefugnissen für innenstädtische Verwaltung . . . . die direkte Oberinstanz".

Sollte es so gar schwierig sein, den in der That verunglückten Satz logisch so zu ergänzen, wie es vorstehend gethan ist.

15. Wiederum eine kleine stilistische Veränderung:

H.: „Löst sich von der unmittelbaren Machtsphäre dieser Behörde (des Schöffensenats), der sog. Schöffenschrein".

v. B.: „Die Uebertragung der freiwilligen Gerichtsbarkeit von den Schöffen auf den sog. Schöffenschrein".

giebt Herrn v. B. die Grundlage für nachfolgende Expektoration:

„H. trägt eine neue Ansicht über die Entstehung des Rates vor: „Ein wichtiger Schritt in der Trennung der Geschäfte des Rates von denen der Schöffen" ist die Uebertragung der freiwilligen Gerichtsbarkeit von den Schöffen auf den sogen. Schöffenschrein als selbständige Oberinstanz des Grundbuchwesens. Thatsächlich ist die freiwillige Gerichtsbarkeit nie dem Schöffenkollegium genommen worden! Die Schreinspraxis des Schöffenschreins hat immer als Schreinspraxis des Schöffenkollegs gegolten! Und ferner: die Entstehung des Rates denkt sich H., wie man sieht, so, daß dem alten Kollegium, welches Kommunal- und Gerichtsorgan zugleich ist, allmählich eine gerichtliche Funktion nach der andern entzogen wird, so daß das Kollegium schließlich nur kommunale Funktionen behielt. H. dreht also das wahre Verhältnis vollkommen um. Denn bekanntlich wurden dem alten Kollegium nicht die gerichtlichen Funktionen entzogen, sondern die kommunalen!"

Wenigstens scheint Herr v. B. hier nichts mehr gegen die doppelte Funktion des Schöffensenats als kommunales und gerichtliches Organ einwenden zu wollen.

Kurz vorher (vgl. Anm. 6) spricht er freilich davon, daß nach Ausweis der Urkunden das Kölner Schöffenkollegium „Kommunalorgan ist" und S. 81 Anm. 233a nennt er dasselbe in ausdrücklichem Gegensatz zum Andernacher Schöffenkolleg, welch letzteres er als Organ des öffentlichen Gerichts bezeichnet. (Vgl. oben S. 41 Nr. 4.)

Die oben aufgeführten Namenreihen geben die Antwort: es sind nicht die Ministerialen des Erzstifts oder alteingesessene patricische Ackerbürger,16) sondern reiche Kaufherren, die fast sämtlich in der Kaufmannspfarre ansässig, zum Teil sogar der leitenden Behörde dieses Kirchspiels angehören.

Wir müssen uns hier die Verhältnisse der Bewohner dieses Stadtteils klar machen. Derselbe lag außerhalb der alten Römerstadt und umfaßte in der Hauptsache das Gebiet der ehemaligen Rheininsel. Eine bunt zusammengewürfelte Bevölkerung hantierte in dem vorstädtischen Marktgebiet. Mit der Versandung des Rheinarms war die lokale Trennung von der Altstadt überwunden, aber der Charakter des Stadtteils als Centralpunkt der gesamten Handelsthätigkeit blieb unverändert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch erbgesessene Bürger der Altstadt auf diese neue Bahn gewinnbringenden Erwerbs überlenkten,17) aber Unkenntnis und Mißtrauen stand in diesen Kreisen dem Aufgeben altgewohnter Lebensart und Arbeit entgegen und in überwiegender Mehrzahl drängte fremder Zuzug hierher.

Einige urkundliche Belege mögen ein Bild dieses Zuzugs geben. Es verschlägt wenig, daß dieselben erst aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts datieren. Im Jahre 1181[1]) beurkundet der Probst von Severin die anderweite Verlehnung einer Hofstatt zu Hugelheim, die von einem gewissen Herman jure censuali bewirtschaftet worden war, welcher seinerseits die Lösung dieses Verhältnisses dringend erbeten hatte. Die Urkunde nennt die Motive des früheren Inhabers: idem juvenis institoris officium gerens plus coluit forum quam agrum, et ut ipse testatus est propter urbis negotia concepit
[S. 242.] ruris fastidia. Das Verzeichnis der Kaufmannsgilde giebt bei zahlreichen Namen die Herkunft an. Von Flandern und vom Niederrhein bis nach Schwaben und Baiern

S. 241. 1) Copieb. d. Severinst. f. 8, No. 11 (Düsseld. Staats-Arch.)

---

16. **v. B.**: „Nicht besser steht es mit der Behauptung H.'s, daß die seit alters in Köln angesessenen Familien sich überwiegend dem Ackerbau gewidmet hätten und in Folge dessen verarmt seien .... Durchaus neu ist jedenfalls, daß nach H. „alteingesessene patrizische Ackerbürger„ der Gegensatz von „reiche Kaufherren" ist. Also die Patrizier trieben nach H. nur Ackerbau und waren arm! Diese Behauptung hindert H. freilich in keiner Weise, ein paar Seiten später die Genossenschaft der Patrizier (die Richerzeche) als hervorgegangen aus einer — Kaufmannsgilde zu bezeichnen".

Meine Ausführungen richten sich gegen die Vorstellung, daß den Ministerialen oder den sog. Erbsassen eine maßgebende Rolle im Schöffenrat zufiel. Es liegt auf der Hand, daß hier der Hinweis auf „alteingesessene patrizische Ackerbürger" nicht als meine Auffassung von dem Charakter des Kölner Patriziats angezogen werden kann. Die „armen" Patrizier endlich hat Herr v. B. frei erfunden.

17. **v. B.**: „Er [H.] weiß zwar ganz genau „Unkenntniß und Mißtrauen stand in diesen Kreisen dem Aufgeben altgewohnter Lebensart und Arbeit entgegen". Allein es läßt sich doch kein Grund erkennen, weshalb die alten Einwohner sich gegen das eigentlich städtische Leben verschlossen haben sollten. Zumal in einem Orte wie Köln, wo gewiß seit der Römerzeit fast ohne Unterbrechung ein Handelsverkehr bestanden hat, wird doch die alteinheimische Bevölkerung nicht Abneigung gegen die kaufmännische Thätigkeit gehabt haben! Daß übrigens der Begriff Altbürger ein flüssiger ist, übersieht H. natürlich".

Daß die alteinheimische Bevölkerung sich schlechtweg ablehnend gegen die kaufmännische Thätigkeit verhalten habe, sage ich zunächst nicht mit der Schärfe, wie v. B. es mir andichtet. Immerhin ist sein Einwurf diskutabel. Die Frage wäre: ob alteinheimische oder zugewanderte Elemente innerhalb der Kaufmannschaft das Uebergewicht hatten. Ich nehme ein Uebergewicht der letzteren an und suche das urkundlich zu belegen. Vor allem betone ich, daß der Markt, außerhalb der alten Römerstadt, auf vorstädtischem Gebiete lag. Wie will Herr v. B. diese Thatsache, die bekanntlich auch anderen Orts nachweisbar ist, erklären, wenn die Erbsassen der Altstadt in erster Linie gestanden haben sollen?

sind zahllose Orte vertreten. Nähere Aufschlüsse über die Personalverhältnisse der Einwanderer sind freilich nur selten zu ermitteln. Es ist von Interesse, wie ein Ankömmling de provincia Frisonum liber homo sich wachszinsig zum Peters-Altar macht[1]), oder wie ein Anderer natione et cognomine Saxo mit seiner Frau denselben Schritt thut pro remedio animarum suarum et ut tanquam advene defensione ecclesie securius inniterentur.[2]) Die Beispiele ließen sich häufen. Sie beweisen zur Genüge, daß hier an eine homogene altfreie und alteingesessene Bevölkerung gar nicht gedacht werden kann.18)

Wenn wir nun sehen, wie der Schöffensenat sich vorzugsweise aus dieser Kaufmannspfarre recrutiert, so liegt es auf der Hand, daß hier eine Verschiebung der ursprünglich schöffenbaren Leute stattgefunden haben muß.19) Der Vorgang, der keineswegs für Köln vereinzelt dasteht, mag sich allmälig und hier jedenfalls in früher Zeit vollzogen haben. Die Quellen geben keinen Aufschluß. Wir mögen uns

S. 242. 1) Urk. v. 1172. Düsseld. St.-A. Domst. Orig. No. 9.
2) Urk. v. 1173, ebend. No. 10.

---

18. v. B.: „S. 242 konstatiert H. triumphirend, die Vorstellung von einer „homogenen altfreien Bevölkerung der Städte widerlegt zu haben. Wie man sieht, schwebt H. die Ansicht Arnolds vor. Er hat sich jedoch nicht die Mühe gemacht, sich über die wahre Meinung Arnolds zu informieren. Bekanntlich ist Arnold weit entfernt gewesen, von einer „homogenen" Bevölkerung der Städte zu sprechen. Niemand hat an eine „homogene altfreie Bevölkerung" gedacht".

Bekanntlich stellte Arnold in den Bischofsstädten der unfreien Palatial- und der unfreien bischöflichen Gemeinde, welche nach seiner Vorstellung zu einem hofrechtlichen Komplex zusammenfließen, eine sog. „altfreie Gemeinde" von Erbsassen als Trägerin der freiheitlichen Entwickelung entgegen. Nachdem der Nachweis erbracht war, daß in Köln der Martinsgemeinde diese leitende Rolle zufällt, war die oben gebrauchte Wendung doch nicht so ganz unzulässig.

19. v. B.: „Die Ausführungen H.'s über die ständische Bewegung in den Städten gipfeln in der Behauptung, daß eine „Verschiebung" der schöffenbaren Leute stattgefunden habe. Er verbindet mit dieser Behauptung ungefähr folgende Gedanken: Die Schöffenstühle waren in Köln in gewissen Familien erblich; und zwar waren dies von Haus aus Familien von Ackerbürgern. Die Entwickelung des Handels hatte dann den Erfolg, daß an Stelle der Ackerbürger Kaufleute die Schöffenstühle einnahmen. — Diese Behauptung beruht zunächst auf einer falschen Voraussetzung. Es ist unerwiesen, daß die Schöffenstühle in bestimmten Familien forterbten".

Unerwiesen ist vor allem, daß ich die Erblichkeit der Schöffenstühle behaupte. Herr v. B. gelangt zu dieser Auffassung auf dem Wege des Gedankenlesens. Aber die spiritistisch-mediumistische Veranlagung, die er hier offenbart, und die in so seltsamem Widerspruch zu seinem „nüchternen, juristisch-historischen" Geiste steht, bewährt sich nicht gerade glänzend.

Den einzigen Anhalt für die von Herrn v. B. beliebte Deutung könnte der Ausdruck „schöffenbare Geschlechter" bieten. Ich habe das Wort gewählt, weil überall da, wo die Ergänzung durch Kooptation erfolgte, naturgemäß ein bestimmter Familienkreis sich herausgebildet hat, der mehr oder weniger ausschließlich für die Wahl in Betracht kam. De facto ging das Amt nicht selten Jahrhunderte lang vom Vater auf den Sohn über. Daß ich jedoch an verfassungsmäßiger Erblichkeit nicht gedacht habe, ergibt sich zwingend aus dem Zusammenhang meiner Ausführungen. Ich spreche von einer in langer Entwickelung erfolgten sozialen Verschiebung. Ein solcher Vorgang ist logisch mit Erblichkeit unvereinbar, wenn man nicht annimmt, daß durchweg innerhalb der beteiligten Familien ein Berufswechsel eingetreten sei. Und gerade das lehne ich, wenn auch nicht ganz, so doch im wesentlichen ab. Danach sind v. B.'s weitere Auslassungen zu beurteilen.

vorstellen, wie mit der wachsenden merkantilen Bedeutung der Stadt jene an die Bedingungen der Naturalwirtschaft gebundenen Kräfte den Anforderungen richterlicher Übung nicht mehr genügten, wir werden auch den siegenden Einfluß der Geldmacht an sich nicht unterschätzen dürfen, um den Hergang zu begreifen. Aber wir müssen uns mit Vermutungen begnügen.

In einem Fall, der in die hier behandelte Zeit hineinreicht, tritt uns die oben angedeutete Verschiebung in greifbarer Deutlichkeit entgegen. Im Jahre 1167 war der Reichshof Andernach an Köln gekommen. 1171 ergeht seitens des Erzbischofs Philipp eine Reform der Schöffenordnung. Es sind nach Angabe der Urkunde[3]) in civitate . . . Andernaco per multos retro computatos annos scabini non ex melioribus, non ex ditioribus et potentioribus electi, sed ex humilioribus et pauperibus assumpti ad jura dicenda sunt constituti. Unde sepe numero accidit, quod in exercendis judiciis debitus justitie rigor minime est observatus pacisque tranquillitas et justitie trames in dampnum multorum est turbatus, eo quod pauper formidolosus ad aspectum et minas potentis, qui forte in causam trahebatur, territus juxta justitie legisque tenorem
[S. 243.] sententiam dictare formidabat. Deshalb sollen die Schöffen in Zukunft ex prudentioribus melioribus et potentioribus genommen werden. Zum Ausscheiden aus dem Collegium, welches Selbstergänzungsrecht erhält, berechtigt bei Lebenszeit neben Altersschwäche nur Armut: qui in paupertatem redactus minime hoc officium explere valeret. Der erlaubte Fall der Behinderung der Schöffen am Erscheinen in der Gerichtssitzung wird zweimal präcisiert: si . . . mercationis vel cujusvis impedimenti causa abesse contingeret und mercatura vel qualibet legitima causa prepeditus, also beide mal unter Voranstellung der Handelsthätigkeit. **20)**

S. 242. 3) Beyer, Mittelrh. Urk.-B. Bd. II, No. 5.

---

20. v. B.: „Es wird sogar diese Ansicht [die Erblichkeit der Schöffenstühle] durch die Urkunde, welche H. zur Erklärung der von ihm angenommenen Entwickelung heranzieht, direkt ausgeschlossen. Der Vorgang soll durch das Privilegium des Erzbischofs von Köln für Andernach von 1171 illustriert werden. In demselben ist jedoch nicht etwa davon die Rede, daß die Schöffenstühle an bestimmte Familien gebunden sind; vielmehr wurden danach die Schöffen — frei gewählt, sei es durch allgemeine Wahl, oder durch Kooptation! Das Privileg sagt nur, es seien bisher nicht reiche, sondern arme Personen zu Schöffen gewählt, weshalb das Schöffengericht den Mächtigen gegenüber sich oft schwächlich gezeigt habe. Das Motiv für die bisherige Praxis ist vielleicht gerade das hiermit angedeutete gewesen: die Reichen wünschten Schöffen ohne Macht und Ansehen, damit sie das Gericht nicht zu fürchten brauchten. Vielleicht aber hatten die Reichen bisher auch nur das Schöffenamt als eine störende Last abgelehnt u. s. w. Es kann somit von einer „Verschiebung der schöffenbaren Geschlechter" nicht gesprochen werden".

Nach dem vorstehend unter Nr. 19 Bemerkten habe ich keine Veranlassung, auf diese Auseinandersetzungen näher einzugehen. Nur darauf möchte ich hinweisen, daß es glücklicherweise Herrn v. B. mit der Abweisung jeder Vermutung aus dem Bereich historischer Forschung, doch nicht so blutiger Ernst ist, wie es nach seiner in Anmerkung 8 citierten Aeußerung erscheinen könnte. Er stellt hier sogar zwei verschiedene Kombinationen zur gefälligen Auswahl.

Daß es dem Manne von „nüchtern juristisch-historischem Geiste" keineswegs an einer starken „Kraft der Phantasie" gebricht, beweisen seine Arbeiten an zahlreichen Stellen. Ich führe nur eine aus seinem letzten Buche an:

v. B. Stadtverf. S. 30: „Der einzige Kaufmann, den Schulte in der ganzen mittelalterlichen Geschichte des Ortes (Allensbach) zu entdecken vermocht hat, handelt mit Wein und liefert ein Streitroß. Er hat also gewiß einen Weinberg und, wegen des Pferdes, einen Ackerhof besessen".

Also: wer mit Pferden und Wein handelt, hat einen Ackerhof und einen Weinberg! Diese Auffassung bekundet allerdings einen Flug der Phantasie, dem ich trotz des von B. mir nachgerühmten Vorzugs nicht zu folgen vermag.

Der Leser möge die Abschweifung verzeihen. Aber wer sich durch diese

Bestimmter kann es gar nicht formuliert werden, daß an Stelle der alten schöffenbaren Geschlechter reiche Kaufleute treten sollen 9), und es bedarf kaum mehr des Hinweises auf die Stelle der Urkunde, in welcher der Erzbischof eine Gerichtsübung nach dem Beispiel [1]) von Köln fordert, um das, was hier in veraltete Verhältnisse hineindecretiert wird, in Köln als längst bestehend erscheinen zu lassen. Sind doch schon 1074 die primoris civitatis in enger Verwandtschaft mit dem vornehmen Kaufmannssohn genannt 21).

Unzweifelhaft sind in die Körperschaft, deren Mitglieder als Repräsentanten der Stadt in den 40er und 50er Jahren des 12. Jahrhunderts mehrfach genannt werden, auch einzelne Vertreter der übrigen Specialgemeinden aufgenommen worden, aber der Kern und die überwiegende Mehrzahl derselben stammt aus der Kaufmannspfarre. Das erklärt dann auch die weitgehende Prärogative, welche der Martinsparochie noch in der späteren Stadtverfassung zusteht. Ich erwähne hier nur zwei Verzeichnisse des weiten Rates aus dem 14. Jahrhundert[2]), in welchen dieses eine Kirchspiel durch 14, beziehungsweise 15 Mitglieder vertreten ist, während in allen übrigen die Zahl zwischen 1 bis 10 variiert.

Wir kennen die Namen der Männer, welche in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts den ersten formalen Abschluß einer gemeinsamen Stadtverfassung für Köln durchführten. Ihr Wollen und Denken aber bleibt uns fremd. Auf fast all die tausend Fragen nach der individuellen Bethätigung des Mannes an den großen Errungenschaften in Recht und Freiheit giebt das spröde Material keine Antwort. In den Tausenden der Schreinsurkunden spricht mancher charakteristische Zug für den regen Erwerbssinn des Bürgers, aber selten greift ihr Inhalt über die Aufzählung toten Inventars hinaus. [S. 244.] Nur ganz vereinzelt treten uns die Personen menschlich näher.

In dem Stiftungsbrief von 1149 fungiert unter den Zeugen ein Segewin Comes. Bis ca. 1150 begegnet derselbe Name wiederholt in den Karten des Martinschreins, einmal in singulärer Stellung neben den beiden magistris parochie, häufig an der Spitze der Zeugenreihe. Ähnlich ist seine Stellung in einer Anzahl meist unedierter Privaturkunden dieser Zeit. In den beiden Bürgerverzeichnissen aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts nimmt er einen sichtlich hervorragenden Platz an der Spitze der

S. 243. 1) Colonie aliarumque civitatum nostrarum consuetudines imitantes.
2) Ennen u. Eckertz, Quell. I. S. 80.

---

wenig erquicklichen Auseinandersetzungen hindurchwindet, hat den Genuß eines fröhlichen Augenblicks redlich verdient.

Ich schalte an dieser Stelle zwei weitere auf die Andernacher Urkunde bezügliche Auslassungen v. B.'s ein. Die erste ist dem eingangs (S. 22) reproduzierten Sündenregister entnommen ist:

„Einer selbstverständlich falsch interpretirten Andernacher Urkunde entnimmt er [H.] eine wunderliche Theorie von einer „Verschiebung der schöffenbaren Leute", die von dem Gedanken ausgeht, die Patrizier seien arme Ackerbauer gewesen und sucht diesen angeblichen Vorgang in alle Städte zu verlegen. S. darüber meine Stadtgem. S. 119 ff."

Ueber die Patrizier als „arme Ackerbauer" ist das unter Nr. 16 Gesagte zu vergleichen. Worin im übrigen das Irrige meiner Interpretation liegt, vergißt Herr v. B. zu sagen. Ich kann dieselbe nach erneuter sorgfältiger Prüfung nur Wort für Wort aufrecht erhalten.

Ziemlich das gleiche sagt Herr v. B. in Quiddes Zeitschrift IV 118:

„Die Theorie von dem angeblichen „Verschieben schöffenbarer Leute" habe ich bereits in meiner „Stadtgemeinde" S. 120 ff., ausführlich erörtert. Diese Theorie, welche H. durch eine mißverstandene Andernacher Urkunde von 1171 stützen will, beruht auf der Voraussetzung, daß diejenigen Städter, welche Landgüter besaßen, keinen Handel trieben und — arm waren!!"

Nur die Landgüter hat Herr v. B. aus seinem eigenen hier noch hinzugethan.

21. v. B.: „Und woher nimmt H. die Berechtigung, die Verhältnisse, wie sie, und zwar doch wohl nur ganz zufällig, in Andernach bestanden, ohne Weiteres auf Köln zu übertragen?"

Ich denke, die obige Stelle gibt darüber einigen Aufschluß.

Namenreihen ein. Aus einigen Ausschreinungen ergiebt sich, daß er in dem Martinskirchspiel ansässig war und dem Bürgerstande angehörte. Die oben (S. 235) citierte Urkunde berichtet von dem feierlichen Leichenbegängnis eines Sigewini subprefecti unter Anwesenheit der vornehmsten städtischen Vertreter. Unzweifelhaft haben wir hier ein und denselben Mann vor uns. Wir erkennen in ihm eine der leitenden und bestimmenden Persönlichkeiten, und der ihm beigelegte Familienname Comes spricht deutlich für die hervorragende Stellung, die man seiner Wirksamkeit einräumte.

In einer beachtenswerten Urkunde finden wir einen Anderen aus dem Kreise jener Männer wieder. Wir haben dieselbe gleichfalls schon oben (S. 232) citiert und ihre Zeugenreihe für unsere Tabelle verwertet. Die Urkunde erzählt, wie der Abtei Cornelimünster von Alters her durch kaiserliches Privileg Zollfreiheit in Köln zugestanden hätte. Contingit autem ex antiquitate temporis, quod Fugelo magne discretionis homo et Coloniensis civitatis honestus theolenarius sub archiepiscopo secundo Arnoldo predictorum Yndensium theolonii libertatem . . . non ex industria nitebatur infringere, sed quadam negligentia, que sepe accidit hominibus ex scriptorum penuria, quia hujus libertatis memoria non fuit scriptis commendata. Auf erfolgte Beschwerde des Abtes beim Kaiser beauftragt dieser den Erzbischof, für Remedur zu sorgen. Archiepiscopus vero tocius sue civitatis senatu convocato et melioribus de civitate, ac aliis qui erant precipui et sanioris consilii astantibus, cepit diligenter discutere, si illi de Ynda quid juris in thelonio in sua civitate sibi et suo debeant theolenario. Tandem super hac causa diu ventilata Henricus unus de senatoribus et in omni legali et politica scientia probatus a summo judice consultus judiciaria sententia omnes supradictos ab omni thelonio judicavit esse liberos, aliis senatoribus et eorum confratribus id ipsum approban-
[S. 245.] tibus. Unde predictus abbas || Coloniensibus tam pauperibus quam divitibus sed precipue senatoribus suam exhibuit presentiam, et ut hoc quod judicis sententia est adjudicatum perpetua firmitudine haberetur roboratum secundum institutionem civilis juris et eorum consuetudinem eis omnibus sui juris persolvit testimonium.

Das Document erregt aus äußeren Gründen Verdacht[1]). Die Datierung ist völlig pervers. Das Siegel hängt verkehrt an einem dicken Lederriemen. Noch auffallender ist, daß im Text Friedrich I als imperator und in der Datierungsformel als rex erscheint. Aber die Handschrift trägt durchaus den Charakter der Zeit, die Zeugenreihe ist unantastbar und die Form des Verfahrens entspricht völlig der sonst bezeugten Übung. Ohne demnach die Echtheit der Urkunde an dieser Stelle eingehend zu prüfen, darf ich den Inhalt anstandslos verwerten. Die Thatsache an sich, daß die Vertretung der Stadt in Zollsachen urkundet, ist nicht ungewöhnlich. In der oben (S. 232) unter Nr. 2 angeführten Urkunde wird in gleicher Weise unter dem Siegel der Stadt die Zollfreiheit für zwei auswärtige Kirchen bezeugt, in den Schreinskarten von S. Martin findet sich eine analoge Notiz für S. Trond aus derselben Zeit, und das Schöffencollegium selbst sehen wir in dem gleichen Verhältnis der hier vertretenen Gewalten mehrfach erwähnt[2]).

Die ganze Urkunde giebt einen charakteristischen Beleg für die Stellung des Erzbischofs zu der Stadt. Wie er hier die städtische Vertretung in ihrer Gesamtheit zu Rate zieht, so begegnen einzelne Mitglieder dieser Körperschaft wiederholt als Zeugen in bischöflichen Urkunden dieser Zeit. Wie Heusler in meisterhafter Beweisführung[3]) gegen die Auffassung „einer Opposition von Anfang an", welche seitens der nach Selbständigkeit ringenden Stadt gegen ihren Herrn zum Ausdruck gelangt sei, dargethan hat, lag es im Interesse des Bischofs selbst, durch Einräumung einer mehr oder weniger selbständig construierten Communalverwaltung seiner Sadt eine wirtschaftlich freiere Entfaltung zu ermöglichen **22**).

S. 245. 1) Ein Copiar von Cornelimünster (Kön. Bibl. zu Berlin, Ms. Boruff. No. 759 in Fol. Bl. 6) enthält die Abschrift dieser Urkunde nach einer notariell beglaubigten Copie von 1540, welcher das im Kölner Stadtarchiv befindliche Original zu Grunde lag.
2) Vergl. Urk. v. 1157 oben S. 235 u. Urk. v. 1169. Beyer, Mittelrh. Urk.-B. I, No. 658.
3) Urspr. d. Stadtverf. S. 207 ff.

---

22. v. B. rügt, daß ich mich „zu den Ansichten Heuslers von der Entstehung des Rates bekenne" und beruft sich dabei auf S. 236 und 245 meines Aufsatzes. —

Der Vorwurf ist an sich ebenso thöricht, wie wenn Jemand in dem An-

Es geht ganz allgemein ein städtefreundlicher Zug durch die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts. Neben den Städtegründungen der || Zähringer stehen Äußerungen der [S. 246.] Bischöfe von Worms und Basel[1]), die unzweideutig dieser wohlverstandenen Fürsorge Ausdruck geben. Dieselbe Richtung äußert sich sehr entschieden in der Urkunde Erzbischof Arnolds I. von Köln für Medebach von 1144[2]). Besonders lehrreich für die hier behandelten Fragen erscheint eine den Bestrebungen der Bürgerschaft weit entgegenkommende Verfügung Arnolds II. von 1154[3]). Die Stadt stellte an die habitatores ville s. Pantaleonis die Forderung zur directen Steuerleistung (ad communem civium collectam) beizutragen. Der Erzbischof entscheidet zwar, daß die Außengemeinde zu solcher Leistung nicht gezwungen werden solle, aber es bleibt nicht bei der einfachen Abweisung stehen; hoc apponentes, heißt es zum Schluß, si quandoque vallo et muro civibus coadunentur, communi etiam civium jure teneantur. Si quis vero intra muros mansionem et proprietatem habens ejusmodi absolutionis occasione ad ipsos se transferat, ipsum a nostre pagine constitutione secludimus.

Unter ausdrücklichem Schutz des Erzbischofs sehen wir den Schöffensenat in Ausübung seiner Amtsthätigkeit; die Stadterweiterung, die der aufstrebenden Bürgerschaft den bedeutendsten Machtzuwachs versprach, wird vom Stadtherrn einwandlos als in Aussicht genommen bezeichnet. Das sind doch vollgültige Beweise einer durchaus wohlwollenden Förderung.

Mit besonderer Betonung hat Heusler hervorgehoben, wie der Gegensatz zum Stadtherrn erst in dem Moment zum Ausdruck gelangt, wo die Entwickelung über „das gerngewährte Ziel" einer Autonomie in Gemeindeangelegenheiten hinausschritt zur vollen Ausbildung einer „städtischen Obrigkeit mit landesherrlichen Rechten"[4]).

Diese weitere Entwickelung ist hier nicht mehr zu verfolgen, und nur noch ein Punkt bleibt zu erledigen. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Kapitalsmacht und Handelsthätigkeit es ist, welche der Kaufmannspfarre das entscheidende Übergewicht über die anderen Parochien verleiht. Da diese Faktoren durch die Kaufmannsgilde genossenschaftlich verbunden waren, deren Mitglieder zum großen Teil der Martinspfarre angehörten, so dürfte die Annahme einer direten Überleitung der Gildeverfassung in die Stadtverfassung hier eine neue Stütze finden[5]).

Das erhaltene Gildeverzeichnis giebt uns für Köln die einzige Nachricht über [S. 247] dieses Institut. Trotzdem von da an die Überlieferung für die Vorgänge des städtischen Lebens reichlicher fließt, wird selbst der Name nicht mehr erwähnt. Das plötzliche Verschwinden einer Corporation, deren Existenz uns mit den Hunderten von Namen ihrer Mitglieder so handfest entgegentritt, ist undenkbar. Die Umwandlung des Gildevorstandes zum Schöffencolleg, beziehungsweise zur Ratsbehörde würde eine Erklärung dafür geben. Aber Schöffensenat und Gilde bestehen in der Mitte des 12. Jahrhunderts noch gleichzeitig n e b e n einander und lassen sich schon aus diesem Grunde nicht wohl in historische Aufeinanderfolge setzen. Aber bei der bloßen Thatsache des Unterganges der alten Gilde

S. 246. 1) Heusler a. a. O. S. 208.
2) Seibertz, Urk.-B. zur Landes- u. Rechts-Gesch. d. Herzogth. Westfalen I, No. 46.
3) Lac. I No. 380.
4) Heusler, Urspr. d. Stadtverf. S. 209.
5) Vergl. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht I, Berlin 1865, S. 242.

---

schluß des Herrn v. B. an die Lehrmeinung v. Maurers ein schwer belastendes Moment entdecken wollte. Die Ansichten Maurers sind gewiß nicht weniger bestritten als die Heuslers. Im gegebenen Fall entspricht aber v. B.'s Aussage nicht einmal der Wahrheit. Auf S. 236 übernehme ich den von Heusler zuerst eingeführten Ausdruck „Schöffensenat". Oben, an der zweiten von Herrn v. B. angezogenen Stelle stütze ich mich auf eine der trefflichen allgemeinen Ausführungen Heuslers über das Verhältnis der Stadtherren zu ihren Städten.

Ueber die Differenz meiner Auffassung gegenüber der Heuslers von der Entstehung des Stadtrats vgl. oben S. 42 Nr. 5. Herr v. B. hat diese Differenz nicht bemerkt. Es bliebe noch zu untersuchen, ob Herr v. B. von meiner Auffassung in der betreffenden Frage, oder von der Heuslers oder endlich von beiden eine irrige Vorstellung in sich aufgenommen hat. Ich denke aber, daß diese Doktorfrage ohne allzugroßen Schaden unerörtert bleiben darf.

darf die Forschung nicht stehen bleiben, wenn irgend Klarheit in die Verhältnisse gebracht werden soll.

Wir wenden uns hier endlich zu jenem rätselhaften Institut, dessen vielartige Deutung die kölnische Verfassungsgeschichte am meisten verwirrt hat, zu der sogenannten Richerzeche. Das Wort hat die mannigfachste Interpretation erfahren. Haltbar ist von allen nur die gebräuchlichste Erklärung als „Genossenschaft der Reichen". Die Richerzeche gilt als uralt. Das Wort selbst aber ist neueren Ursprungs, urkundlich ist es vor dem 13. Jahrhundert nicht nachweisbar. Und ein Umstand ist bisher völlig übersehen worden. **23)** In der großen Anzahl durchweg lateinischer Urkunden, in denen von 1225 an die Richerzeche oder ihre Offizialen erwähnt werden, begegnet auch nicht ein einziges Mal eine lateinische Benennung für den Begriff. Regelmäßig kehrt die deutsche Wendung, die auch in dem gefälschten Schied von 1169 steht, wieder: de Rigerzecheide. Das scheint mir ein schlagender Beweis, daß hier für die sozial abgeschlossene Geldaristokratie die ursprünglich volkstümliche Bezeichnung vorliegt, welche erst verhältnismäßig spät eine offizielle Aufnahme gefunden hat. Eine genealogische Untersuchung giebt zuletzt die vollends befriedigende Lösung. Im 13. Jahrhundert sehen wir die Söhne und Enkel der früheren Gildemitglieder, so weit eine Identificierung der Namen möglich ist, in der Richerzeche vereinigt, die sich damit als direkte Fortsetzung jener fraternitas mercatorum gilde ausweist. In den Competenzen ihrer Offizialen tritt uns der letzte Niederschlag dieser Entwickelung noch erkennlich entgegen. Ihre handels- und gewerbepolizeilichen Befugnisse sind der letzte aus der Gildeverfassung überkommene Rest und ihr Einfluß auf die Besetzung der obersten Stadtbehörde entspricht durchaus dem für diese Periode städtischer Entwicklung niemals in Zweifel gezogenen Charakter einer Plutokratie. **24)**

---

23. v. B. „S. 247 sucht er [H.] den Anschein zu erwecken, als ob noch niemand vor ihm die Vorstellung von einem hohen Alter der Richerzeche widerlegt habe. Bekanntlich ist die Sache aber bereits durch Hegel erledigt worden".

Hegel (Chron. 14, L f.) erklärt das Alter der Richerzeche für „fraglich". Er hebt hervor, daß die Erwähnung des Namens im Schied von 1169 für diese Zeit nichts bedeutet, da die Urkunde unecht ist. So weit stimme ich mit Hegel überein. Aber wenn Hegel dann mit Sicherheit auf das Vorhandensein der Richerzeche schließt, „wo die Bürgermeister genannt sind", und als älteste Urkunde ein Dokument vom Jahre 1177 citiert, in dem die angeblichen Bürgermeister sich als Vorsteher einer Parochialbehörde erweisen, so trennen sich unsere Wege, und zwar vollständig. Hier ist einer der Punkte, wo ich eine zwecklose Polemik a limine ablehne. Daß ich dabei „den Anschein zu erwecken suche", die Vorstellung von dem hohen Alter der Richerzeche zuerst erschüttert zu haben, dürfte dem Leser schwerlich einleuchten. Ich hebe vielmehr einen, über das von Hegel betonte Moment hinausgehenden und, wie ich glaube, entscheidenden Gesichtspunkt ausdrücklich als den einzigen bisher völlig übersehenen Umstand hervor.

24. Herr v. B. erhebt noch einen zweiten ähnlichen Vorwurf. S. 119 erklärt er:

„Die Behauptung, seine [H.'s] Kombinationen wichen von den bisher vertretenen wesentlich ab, wird dadurch charakterisiert, daß er einen seiner Hauptgedanken dem als kritiklosen Schriftsteller bekannten Ennen entlehnt".

S. 124 präzisiert er den Vorwurf genauer:

„Die Richerzeche erklärt H. — er wiederholt damit nur einen Gedanken Ennens, besitzt aber die Kühnheit, sich als den ersten Entdecker auszugeben — für die Fortsetzung der für das 12. Jahrhundert nachweisbaren Kaufmannsgilde".

Daß ich Ennen nicht citiert habe, ist richtig. Ich hatte ihn nicht einmal gelesen. Die Unzuverlässigkeit Ennens war mir bei meinem archivalischen Studien in Köln von vornherein so drastisch entgegengetreten, seine breite Darstellung der Kölner Geschichte erwies sich für die ältere Zeit auf den ersten Blick von so zweifelhaftem Werth, daß ich es sehr bald aufgab, von seinen

Der nachhaltige Einfluß der Gilde auf die Gestaltung der Dinge soll damit keineswegs in Abrede gestellt werden. Vor der Zusammenfassung der Sondergemeinden bot sie den einzigen großen Vereinigungspunkt der Handelsthätigkeit und damit der [S. 248.]

Veröffentlichungen Kenntniß zu nehmen und durchweg auf die orginalen Quellen selbst zurückging.

Daß ich Ennen nicht gelesen hatte, konnte Herr v. B. nicht wissen. Aber wohl wußte er, daß der Vorwurf des Plagiats im gegebenen Falle unter allen Umständen wenig angebracht war. Den Einwendungen Hegels gegenüber hatte Ennen (Hansische Geschichtsbücher, Jahrgang 1876, 234) sich auf die „Vermutung" zurückgezogen, „daß zwischen der alten Kaufmannsgilde und der Richerzeche ein bis jetzt nicht klargestellter Zusammenhang bestanden habe."

Hegel hatte dazu bemerkt (ebendas. Jahrg, 1877 S. 119):

„Wertvoll ist mir die, wenn auch mit Zurückhaltung ausgesprochene Zustimmung Ennens zu meiner Ansicht über die Entstehung der Richerzeche, womit wohl auch seine frühere Ableitung derselben von der alten Kaufmannsgilde von Köln, über welche er Gesch. I, S. 531 ff. so viel zu sagen wußte, aufgegeben ist".

und Kruse (Die Kölner Richerzeche, Zeitschr. d. Sav. Stift. Germ. Abtlg. IX, 155) sagt mit Bezug auf Ennen:

„In die Details seiner Auseinandersetzungen ihm zu folgen, hieße freilich ihm ihm zu viel Ehre anthun. Er hatte weder von der Kaufgilde noch von der Richerzeche eine kritisch gereinigte Vorstellung, redete sich aber nach seiner Art in alle möglichen Gedanken und Vergleiche hinein, die mehr oder weniger schief waren".

Herr v. B. selbst spricht von dem „kritiklosen Ennen," der Hegel gegenüber „ganz kleinlaut geworden war" (Gött. Gel. Anz. 1891 S. 766 Anm. 1.)

Ich für meine Person bedaure es, daß ich einem von bestem Willen beseelten, aber mit unzureichendem Können ausgerüsteten Manne nicht das Maß der Anerkennung gezollt habe, das ihm gebührt, aber ein Dritter ist bei dieser Lage der Dinge schwerlich befugt, gegenüber dem Versuch einer neuen Begründung des Zusammenhanges den beregten Vorwurf des Plagiats zu erheben. Herr v. B. entfernt sich in seinen Angaben vollends von dem objektiv leicht festzustellenden Thatbestande, wenn er hinterdrein (Gött. Gel. Anz. 1891 S. 766 Anm. 2) erklärt:

„Es handelt sich um eine von Hegel längst widerlegte Meinung Ennens, die Hoeniger nicht etwa neu begründet, sondern lediglich noch einmal ausgesprochen hat"

v. B. fährt in seiner Kritik (Stadtgem. S. 124) fort:

„Sein [H.'s] Hauptargument ist: es sind die Söhne und Enkel der früheren Gemeindemitglieder, soweit eine Identifizierung der Namen möglich ist, in der Richerzeche vereinigt. Wie er sich den Uebergang der Gilde in die Richerzeche denkt, sagt er wohlweislich nicht. Man müßte sich ihn bei seiner Ansicht so vorstellen, daß die Familien, deren Hausväter zu einer bestimmten Zeit der Kaufmannsgilde angehören, sich als ein erblicher Verein (die Richerzeche) konstituieren. Sehr wahrscheinlich ist dies schon an und für sich nicht. Im Uebrigen wird durch die Thatsache, daß zwei Körperschaften sich aus demselben Familienkreis rekrutieren, noch durchaus nicht bewiesen, daß die eine aus der andern hervorgegangen ist. H. selbst bemerkt, daß an eine Entstehung des Schöffenkollegs aus der Gilde nicht zu denken ist, obwohl auch dieses sich aus demselben Familienkreis rekrutiert. In Köln besteht in jener Zeit Geschlechterherrschaft. Die Geschlechter stellen die Mitglieder der städtischen Körperschaften; ihrem Berufe nach sind sie zum größten Teile Kaufleute. Unter diesen Umständen ist es das normale Verhältnis, wenn wir in den städtischen Behörden eine Anzahl Familien wiederfinden, die der Kaufmannsgilde angehört haben. Es liegt also nicht eine Besonderheit vor, aus welcher sich bestimmte Schlüsse ziehen ließen. Für die Entstehung der Richerzeche aus der Gilde verweist H. weiter auf die Kompetenz der der letzteren (vgl. Jahrbuch für Gesetzgebung 1887, S. 729: „Erbschaft der Gilde" — die Stelle ist oben S. 43 abgedruckt —). Indessen ihre Kompetenz spricht gerade

Gesamtinteressen der für die autonome Entwickelung in Betracht kommenden Elemente. In der überragenden Bedeutung der Kaufmannspfarre und in der angedeuteten Stellung der Richerzeche kommt dieses Moment mit überzeugender Macht zum Ausdruck. **25.**)

dagegen. Wir finden weder bei der Richerzeche etwas von dem, was der regelmäßige Zweck der Kaufmannsgilden ist, noch bei irgend einer Kaufmannsgilde etwas von dem, was die Kompetenz der Richerzeche ausmacht. Der Richerzeche steht z. B. das Recht der Aufnahme in den Bürgerverband zu. Wie könnte diese Befugnis von einer Gilde herstammen, zumal ja die Mitglieder zum Teil gar nicht dem Bügerverbande angehörten (s. Anm. 167). H. sollte einmal ein Gildestatut lesen, um sich zu überzeugen was eine Gilde ist".

Wie ich mir den Uebergang der Gilde in die Richerzeche denke, habe ich inzwischen in einem Vortrage (Sitzungsber. d. Hist. Gesellschaft zu Berlin, Sitzung v. 3. März 1890) dargelegt. Da ich die Frage demnächst monographisch eingehender zu erörtern gedenke, darf ich hier eine breite sachliche Auseinandersetzung unterlassen.*)

Nur eine kurze Bemerkung sei hier noch gestattet: Herr v. B. empfiehlt mir „einmal ein Gildestatut zu lesen". Unmittelbar vorher citiert er meine Besprechung von Pappenheim, Altdänische Schutzgilden, in Schmollers Jahrbuch. Will er etwa zart andeuten, daß ich die von Pappenheim im Anhang abgedruckten Gildestatuten keines Blickes gewürdigt habe?

Vielleicht noch erheiternder dürfte es den Leser berühren, daß sich v. B. an derselben Stelle — es ist fast unglaublich — auf mich beruft. Seine Anmerkung 167 stützt eine Behauptung durch den Hinweis auf Frensdorff und — auf mein Referat über Groß, Gilda mercatoria, im wirtschaftsgeschichtlichen Jahresbericht für 1883. Dürfte ich nicht stolz darauf sein, daß die Welt erfährt, wie ich wenigstens einmal selbst nach Ansicht dieses Rhadamanthys einen brauchbaren Satz geschrieben habe? — aber eitles Hoffen fahre wohl! — v. B. sagt (Stadtgem. S. 57 Anm. 167) kurz und bündig: „Hildebrands Jahrbücher 42 S. 579." Er hat gerade an dieser Stelle vergessen — meinen Namen zu nennen.

25. Herr v. B. schließt die Liste seiner Ausstellungen (S. 125) mit einem vielsagenden: u. s. w. u. s. w.", wohl um die Fülle des Ungeheuerlichen, von dem er liebevoll schweigt, angemessen zu bezeichnen. — Daran schließt sich die bereits mitgetheilte Erklärung, daß man den Aufsatz selbst lesen müsse. Ich habe nur der Vollständigkeit wegen noch die Worte nachzutragen, die er dem hinzufügt:

„Man wird dann insbesondere finden, daß ihm [H.] die Fähigkeit, den induktiven Beweis zu handhaben, vollständig abgeht. Ich weise nur noch darauf hin, daß H. während er sich in den planlosesten Vermutungen über Dinge, von denen wir nichts wissen können, ergeht, die wirklich wichtigen Fragen nicht berührt. Er wirft nicht eines der interessanten Probleme der Stadtverfassung auf (von dem Wesen der Gemeindegewalt, von der obligatorischen Auflassung u. s. w. ist ihm nichts bekannt)".**)

*) Um wenigstens alle sachlichen Einwendungen, die v. B. gegen mich vorzubringen hat, vollständig zusammenzutragen, sei hier noch erwähnt, daß er, (Gött. Gel. Anz. 1891 S. 766 Anm. 1 u. 2) auf einen Wiederspruch in meinen Angaben über die Mitgliederzahl der Gilde hinweist. Ich habe in einem ersten Bericht über das Kölner Quellenmaterial (Mitteilungen a. d. Stadtarchiv v. Köln 1882 I S. 51) auf Grund ungenauer Schätzung von „1600 Namen" der Gildeliste gesprochen. Die Liste enthält nur circa 1300 Namen. Bei genauerer Prüfung ergab sich weiter, daß diese 1300 Namen einer wesentlich geringeren Personenzahl entsprechen, da dieselben Namen fast sämmtlich doppelt und viele sogar viermal in die Liste eingetragen sind. — Soviel an dieser Stelle zur Erklärung des Wiederspruchs in meinen Zahlenangaben.

**) Es folgt eine weitere Reihe von Ausstellungen, die sich gegen meine übrigen

Nur ein zeitlich begrenzter Ausschnitt ist im Vorhergehenden behandelt. Indem die Untersuchung an die im 12. Jahrhundert vorhandenen Bildungen anschließt, vermeidet sie so weit als möglich die Berührung aller controversen Fragen über deren Ursprung. Gleicherweise ist jede verallgemeinernde Schlußfolgerung unterblieben. Die Consequenzen dieser Auffassung von dem Ursprung der Ratsverfassung dürfen nicht auf Grund der Darstellung einer Stadt gezogen werden.

Im Vorstehenden hat der Leser meinen Aufsatz und die Ausstellungen v. B.'s übersichtlich vor Augen. Der Abstand zwischen dem, was ich sage und was v. B. mich sagen läßt, ist in der Regel ein eklatanter. Ein oder der andere sachliche Einwand läßt sich vielleicht hören. Ohne Einschränkung ist kein einziger stichhaltig. v. B. citiert fast in jedem Falle ungenau, er läßt die entscheidenden Punkte beiseite, verkehrt meine Auffassung geradezu in ihr Gegenteil oder dichtet mir unsinnige Vorstellungen an, für die sich in meinen Worten nicht der geringste Anhalt findet. Nur die stilistischen Schnitzer, die v. B. mir schulmeisterlich vorhält, kann ich nicht entschuldigen. Sie sind z. T. die Folge einer gesuchten Kürze. Aber daneben bleibt doch der Vorwurf zu Recht, daß ich den spröden Stoff sprachlich oft nur mangelhaft zu bewältigen wußte. —

Herr v. B. hat im übrigen meinen Kölner Aufsatz bei seiner „schneidigen" Kritik nicht zum ersten mal erwähnt. Er führt denselben bereits in der Liste vermißter Schriften auf, welche die „beispiellose Lückenhaftigkeit der Jastrow'schen Berichterstattung über mittelalterliche Verfassungsgeschichte erweisen soll.*)

Jastrow hat gerade in diesem Falle sein Versehen ausdrücklich eingeräumt.

Das hat Herrn v. B. jedoch nicht abgehalten, hinterdrein in wiederholten Fällen**), um die gänzliche Werthlosigkeit meiner Arbeit zu erhärten, auf das angeblich stillschweigend gefällte Vernichtungsurtheil Jastrow's hinzuweisen.

So versteht es Herr v. B. aus ein und derselben Thatsache in entgegengesetztem Sinne Capital zu schlagen. Einmal hält er Jastrow das Nichterwähnen des Aufsatzes als Unterlassungssünde vor, das andere mal spielt er dieses selbe Nichterwähnen als Trumpf gegen mich aus.

Arbeiten richten: „Die anderen litterarischen Produktionen H.'s unterscheiden sich von der soeben analysierten nicht. So . . . . . " Die zur Sprache gebrachten Fälle sind oben Nr. III, VIII, X, XI, XII, XIII bereits erwähnt. — Nur eine kurze Notiz ist dabei übergangen:

v. B. (Stadtgem. S. 126.) „In den Annalen des historischen Vereins f. d. Niederrhein 46, S. 94, bezeichnet H. eine Grund- und Gebäudesteuer [des 13. Jhs.] mit dem von ihm neu kreierten Namen „Grundnutzungssteuer".

Ich habe in der That die moderne Bezeichnung absichtlich vermieden.

*) S. oben S. 10.

) **v. B. (Quidde's Ztschr. IV 117): „Ich will nur, da Koehne mir kein Urtheil beimißt, auf Jastrow, dessen Autorität in K.'s Augen unvergleichlich höher als die meinige steht (Ursprung S. 80 Anm. 2), verweisen; dieser hat in den Jahresberichten der Geschichtswissenschaft Hoeniger's Aufsatz einfach unerwähnt gelassen."

v. B. (Ebendas. V. 155 in der Anm.): „Ich will nur noch hervorheben, ... daß Jastrow, den Köhne (Ursprung S. 80 Anm. 2) als Autorität bezeichnet, Hoenigers Aufsatz doch wohl nicht einfach „übersehen" hätte, wenn derselbe wirklich ein so glänzendes Meteor wäre, wie K. behauptet."

XV. Schlußwort. v Below's „Detailpolemik" gegen mich, soweit dieselbe sachliche Momente enthält, dürfte nunmehr erschöpfend behandelt sein. Ich verzichte auf jede Würdigung.

Nur noch einen Punkt, der völlig außerhalb der Grenzen wissenschaftlicher Diskussion liegt, habe ich zu berühren.

v. B. sagt in seinem letzten Buche am Schluß des (oben S. 22) mitgetheilten anmuthigen Urteils über mich:

(Stadtverf. S. 8 in der Anm.) „Ich würde auf dieses geistsprühende Genie [Hoeniger] hier nicht zurückkommen; wenn sich nicht ein Schriftsteller bereit gefunden hätte, in einem von Hoeniger veranlaßten und ihm gewidmeten Buche diesen allen Ernstes als den Heros unter den Forschern auf dem Gebiete der deutschen Städtegeschichte zu feiern. Es ist dies Koehne."

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß Koehne sich von der ihm hier insinuierten Geschmacklosigkeit weit entfernt gehalten hat. Mit schlichten Worten gedenkt er meiner als seines Lehrers. Soweit von meinem Antheil an der Forschung die Rede ist, wird nicht sowohl das Gewicht meiner eigenen Meinung, als vielmehr die Bedeutung des von mir erschlossenen Quellenmaterials in erster Linie hervorgehoben. Wenn K. sich in wichtigen Punkten meinen Anschauungen angeschlossen hat, so ist er doch oft genug zu einer abweichenden Auffassung gelangt, die er dann auch mit ruhiger Sachlichkeit vertreten hat. Die angebliche Glorificierung darf also ruhig zu dem Uebrigen gelegt werden.

Aber nachdrücklich hinweisen muß ich auf die hier noch halb verschleierte Verdächtigung ‚bestellter Arbeit.' Auf dem so gelegten Grunde baut Herr v. B. weiter. S. 136 Anm. 1 heißt es mit Bezugnahme auf das eben angeführte Diktum:

v. B.: „Lamprecht hat sich sogar dazu hergegeben, die oben charakterisierte Reclame für die Elaborate Hoenigers zu unterstützen! (Vgl. D. Z. B. 1890 Sp. 1464). Ich bin immer geneigt eher einen intellectuellen als einen moralischen Defekt anzunehmen. Ist dies auch hier zulässig?"

Hier ist zunächst die „Reclame" bereits unzweifelhaft erwiesene Thatsache.

Was Lamprecht anbetrifft, so sagt dieser a. a. O. bei Besprechung des Koehneschen Buches:

„. . . . trefflich ist die . . . . grundlegende Anschauung, daß das kaufmännische Dasein die tiefste Kraft der städtischen Entwicklung gestellt habe; eine Meinung, die zwar sehr oft ausgesprochen ist, mit deren voller Anwendung auf die Entwicklung aber vor K. fast nur Hoeniger Ernst gemacht hat."

Ob Lamprecht zu diesem Urteil Veranlassung hatte, dürfte der Leser selbst ermessen können, der von den vorstehenden berührten Punkten IV—XIV Kenntniß genommen hat, in denen ich gezwungen war, meine Ausführungen über die wichtigsten Grundfragen städtischer Verfassungsgeschichte in breitem Umfange wörtlich zu wiederholen.

Und nun noch ein Wort der Erklärung zu der unqualifizierbaren persönlichen Verunglimpfung Lamprechts. Die Recension Lamprechts, die Herrn v. B. Veranlassung zu seinem Ausfall gegeben hat, ist dieselbe, aus der oben S. 17 das Urtheil über „die Unreife und Unwahrhaftigkeit der Forschung und Polemik v. Below's" mitgetheilt ist.

Herr Professor v. Below hat dieses Urteil seiner Zeit stillschweigend über sich ergehen lassen, und desselben auch später nie mit einer Silbe gedacht. Nun hat er nach seiner Weise darüber quittiert.

Nachtrag und Berichtigungen.

Die Recension v. B.'s über Hegel, Städte und Gilden in den Göting. Gel. Anzeigen (1892 S. 406) ist mir zu spät zu Gesicht gekommen, um sie hier zu verwerten. Sie entspricht vollkommen seiner sonstigen Praxis.

Inhaltlich charakterisiert sich dieses neueste Produkt seiner Recensentenfeder als ein, in erster Linie gegen Gierke gerichtetes Pamphlet. Gierke, der nunmehr auch unter die „Schriftsteller und Erfinder" zu zählen sein wird, ist Herausgeber der Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, in deren Reihe Koehne's Buch erschienen ist. Gierke hat außerdem die Ergebnisse des letzten Hegel'schen Werkes (D. L. Z. 1892, Sp. 55 ff.) nachdrücklich abgelehnt. Mit Hegel ist aber der einzige namhafte Fachmann bedroht, der sachlich mit der Grundauffassung v. B.'s in Uebereinstimmung steht. Das mag zur Erklärung des Tones genügen, den v. B. jetzt auch gegen Gierke anschlägt.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Daß v. B. gegen Gierke Stellung nimmt, ist selbstverständlich sein gutes Recht. Aber die Form, der Ton und die Art seiner Diskussion müssen als schlechthin unzulässig bezeichnet werden, und völlig unbegreiflich ist es, daß ein Blatt von dem Range der Göttingischen Gelehrten Anzeigen ihre Spalten einer solchen Sprache öffnet.

Soeben finde ich, daß v. B. (Stadtverfassung S. 125) bemerkt, der Aufsatz Lamprechts, Ursprung des Bürgertums, sei erst nach Vollendung der Arbeit zu seiner Kenntniß gelangt. Der Titel ist danach von mir zu Unrecht in die oben S. 4 aufgestellte Absenzliste aufgenommen, und es muß dahingestellt bleiben, in welcher Weise Herr v. B. denselben rubriziert hätte.

S. 32 in der zweitvorletzten Zeile ist ein Wort irrthümlich in doppelte Anführungszeichen gesetzt, es ist ‚bahnbrechenden' zu lesen.

J. S. Preuß Berlin C. Jerusalemerstr. 21

Seite

Die Arbeiten G. v. Below's zur Verfassungsgeschichte der deutschen Städte . 1
Forscher und „Erfinder" 4
I. Lamprecht 7
II. Zastrow 9
III. Liesegang 13
IV. Hoeniger 14
V. Koehne 15
VI. v. Inama-Sternegg 19
In eigener Sache 21
v. Below's allgemeines Urteil über Hoeniger 22
I.—III. Einige Seitenhiebe 23
Zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung 25
IV. Forderung einer zusammenfassenden Darstellung 25
V. Eintheilung der Städte in Bischofs-, Pfalz- und Landstädte . . 26
VI. Scheidung der urkundlichen Ueberlieferung nach ihrer Provenienz 26
VII. Zur Geschichte des Eigenthums 28
VIII. Freie Verfügungsgewalt über geliehenen Grundbesitz nach Stadtrecht 33
IX. Freie oder unfreie Herkunft des Bürgerstandes 35
X. Die kommunale Bedeutung der Kirchspiele 36
XI. Stadtverfassung und Schöffenverfassung 40
XII. Stadtverfassung und Gilde 43
XIII. Stadtrecht und Kaufleuterecht 44
XIV. Köln 46
XV. Schlußwort 68
Nachtrag und Berichtigungen 69

Verlag von Hermann Walther, Walther & Apolants Verlagsbuchhandlung
in Berlin W., Kleiststraße 16/17.

Schriften von Hans Delbrück.

Das Leben des Feldmarschalls Grafen Neithardt von Gneisenau.

Mit Gneisenaus Bildniß und einem Plan von Colberg.
737 Seiten. 8°. 1882. — In zwei Bänden geheftet Preis Mk. 8.—. In einem Leinwandband gebunden Mk. 9.—.

Delbrücks ‚Gneisenau' ist bisher das einzige Buch, welches, mit Gerechtigkeit gegen alle Betheiligten, den strategischen Zusammenhang der Freiheitskriege, nicht blos Einzelbilder zu geben versucht. Das Werk bietet daher seiner Natur nach nicht nur eine Gneisenau-Biographie, sondern auch eine politisch-strategische Charakterisirung der ganzen Zeit der Erhebung und des Kampfes gegen Napoleon.

Historische und politische Aufsätze.

Inhalt: Die historische Methode des Ultramontanismus. — Canossa. — Die Gothik und der Katholicismus. — Anglicanismus und Presbyterianismus. — Whigs und Tories. — Die Monarchie in England. — Der preußische Landrath. — Der Hausmeier. — Stein, Hardenberg und die sozialpolitischen Ideen der Gegenwart. — General von Clausewitz. — Ueber den Unterschied der Strategie Friedrichs und Napoleons. — Prinz Friedrich Carl. — Der preußische Offizierstand. — Ueber die Bedeutung der Erfindungen in der Geschichte.

350 Seiten. 8°. 1887. Preis Mk. 6.— brochiert; halbfranz gebunden Mk. 7.50.

Die Perserkriege und die Burgunderkriege.

Zwei kombinirte kriegsgeschichtliche Studien nebst einem Anhang über die römische Manipulartaktik

314 Seiten gr. 8°. 1887. Preis Mk. 6.— brochiert; Mk. 7.50 gebunden.

Friedrich, Napoleon, Moltke.

Aeltere und neuere Strategie. Im Anschluß an die Bernhardische Schrift: „Delbrück, Friedrich der Große und Clausewitz."

$3^1/_2$ Bogen Lexikon 8°. 1892. Preis Mk. 1,50.

Vom papiernen Stil.

Von

Otto Schroeder.

Inhalt: Der große Papierne. — Derselbe. — Wörter und Worte.

102 Seiten groß-Oktav. 3. durchgesehne Auflage 1892. Preis 2 Mk. broschirt, 3 Mk. geb.

Soeben erschien:

Konservatives Handbuch

herausgegeben unter Mitwirkung der **parlamentarischen Vertretung der konservativen Parteien.**

Aus parlamentarischen Kreisen haben an dem „Konservativen Handbuch" mitgearbeitet die Abg. Dr. Arendt; v. Helldorff-Bedra; v. Kardorff-Wabnitz; Frhrr. v. Manteuffel-Crossen; Graf v. Mirbach-Sorquitten; Dr. Ritter-Waldenburg; Frhrr. v. Zedlitz-Neukirch.

VI, 383 Seiten groß-Oktav.

Preis brochirt Mk. 2.—; flexibel gebunden Mk. 2.50.

3. S. Preuß, Berlin S., Jerusalemerstr. 21.